

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Freis
Wochenblatt 50 Pf., monatlich 1.10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsstelligen Adressen
einer oder deren Raum 50 Pf., für
politische und gesellschaftliche Erörterungen
und Besprechungen 20 Pf., das erste
„Kleine Anzeigen“, das erste
(steigende) Wort 10 Pf., jedes weitere
Wort 5 Pf., Stellenangebote und
Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
jedes weitere Wort 5 Pf., sowie über
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69,
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 12. Februar 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69,
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Rechtlose! Gebt Antwort auf den Hohn der Wahlreformlüge
durch Massenbesuch der Demonstrations-Versammlungen am Sonntag!

Der Reichskanzler gegen das Reich

Auf die Forderung der Beseitigung der Dreiklassen-
schmach hat der preussische Ministerpräsident mit dem Schand-
gesetz geantwortet, das eine Verjährung der Ent-
scheidung bedeutet. Den stürmischen Ruf nach der end-
lichen Verwirklichung der Rechtsgleichheit
wagt Herr v. Bethmann mit einem Angriff auf das
einzig wertvolle politische Recht des deutschen Volkes zu be-
antworten. Das Reichstagswahlrecht, die Grund-
lage des Deutschen Reiches, hat in dem Manne, dem ein
schlechter Witz des rachsüchtigen Bülow den Reichskanzler-
posten verschafft hat, einen abgesetzten Feind und
verbissenen Gegner. Der Mann, den sein Amt zum
Schützer der deutschen Verfassung machen sollte, konspiriert
mit der preussischen Junkersippe gegen das deutsche Volk
und sein Recht!

Unsere Gegner werfen uns vor, daß unsere Ziele nur
mit Gewalt verwirklicht werden könnten, denn freiwillig
würden die heute Herrschenden doch nicht auf ihre Macht
verzichten. Sozialdemokraten seien deshalb, wenn sie sich
noch so sehr an die Gesetze hielten, doch Hochverräter,
die auf den gewaltsamen Umsturz der Verfassung hinarbeiten.

Nun wohl, wenn solche Logik gelten sollte, was ist
dann Herr von Bethmann? Glaubt denn irgend
jemand, daß die deutschen Arbeiter stumme Hunde seien,
die dem Raube ihres wichtigsten Rechtes, der ersten Lebens-
bedingung ihres politischen und ökonomischen Daseins ruhig
mit gefalteten Händen zusehen würden? Wer das Reichs-
tagswahlrecht anrührt, der will den gewaltsamen Um-
sturz, der ist kein Schützer der Verfassung, der ist ein
Hochverräter am deutschen Volke!

Herr von Bethmann hat vor den Geschöpfen des
Geldadprivilegs zu Hah und Verachtung gegen die Gewäh-
rten des gleichen Rechts aufgetreten. Wir wollen nicht ver-
kennen, daß der Mann, dessen Leben sich aus Abhängigkeiten
zusammenfügt, sich dabei in einer gewissen Zwangslage be-
fand. Denn wer das Dreiklassenwahlrecht verteidigen muß,
wie dieser Minister, dessen einziges Attribut die Gunst der
Junker ist, der kann ja das gleiche Recht nicht anerkennen.
Hier gibt es keine doppelte Buchführung. Entweder gibt
man zu, daß der deutsche Arbeiter berechtigt und befähigt ist,
seine Stimme bei der Entscheidung seines politischen Ge-
schickes — und die ganze Existenz des Arbeiters hängt in
erster Linie ab von dem politischen Einfluß, den sich seine
Klasse erobert hat — in die Waagschale zu werfen oder man
leugnet, daß der Arbeiter ein gleichberechtigter Staatsbürger
ist. Ein drittes gibt es nicht. Deshalb ist jeder, der dem
Arbeiter, sei es im Lande oder in der Kommune, sein Recht
vorenthält, auch der Feind seines Rechtes im
Reiche, ein Todfeind seiner Klasse. Mag er mit
dem Munde tausendmal das Gegenteil beteuern, die schöne
Tat der Aufrechterhaltung des Rechtsbrautes beweist seine
wahre Gesinnung. Deshalb darf der Arbeiter seinem seine
Stimme geben, der nicht immer und überall seine
Gleichberechtigung anerkennt, denn er wähle dann einen, der
ihn, wenn er die Macht hätte, auch im Reiche verriet,
wie er ihn im Lande verrät.

Was aber den preussischen Ministerpräsidenten von
seinen Vorgängern unterscheidet, ist eben das, daß er nicht
einmal mehr den Versuch macht, seine Feindschaft gegen das
Reichstagswahlrecht zu bemänteln. Freilich, im Reichstag
selbst hat dieser Reichskanzler, der dem Parlament des
gleichen Rechts durch seine Teilnahmslosigkeit geflissentlich
seine Mißachtung fühlen läßt, noch nicht den Mut ge-
funden, seine Ansichten zu vertreten. Aber vor dem Drei-
klassenhaus hat er sich bemüht, noch Kräfte den Reichs-
tag herabzusehen in einer Weise, wie sie vorher höch-
stens ein übermütiger Herrenhäusler gewagt hat.

Die Glück hat allerdings der Ungeschickte nicht dabei
gehabt. Wenn er dem Reichstag einseitige Interessenpolitik
vorgeworfen und dabei auf die Steuer- und Zollgesetzgebung
hingedeutet hat, so hat er vergessen, daß er damit nur die-
selben Parteien getroffen hat, die im Dreiklassenhaus die
überwältigende Majorität bilden. Nur daß das gleiche
Wahlrecht nach dem Wahrspruch Passalles auch die Wun-
den heilen kann, die es schlägt, während das Dreiklassenwahl-
recht dem Volke auf immer jede Möglichkeit nimmt, seinen
Willen durchzusetzen. Nicht gegen die Nebel, die wahrlich
nicht das gleiche Recht, sondern die Klassenherrschaft der Be-
sitzenenden den Besitzlosen zufügt, hat dieser Minister sich ge-
wandt. Aber weil das gleiche Recht den Ausgeburteten und
den Unterdrückten das vornehmste Mittel der
Gegenwehr ist, deshalb ist dieser Sachwalter der Junker
und nur der Junker, ein so heftiger Gegner des Reichstags-
wahlrechts.

Wenn aber Herr v. Bethmann in seiner politischen Naivi-
tät vielleicht der Meinung ist, das Eingeständnis seiner
Feindschaft gegen das gleiche Wahlrecht im Reiche werde die
Volksmassen vor dem Kampfe um das gleiche Recht im Lande
abshreden, so befindet er sich gründlich auf dem Holzwege.
Es gibt nur eine wirkliche und verlässliche Sicherung
des Reichstagswahlrechts und das ist seine
Durchsetzung auch für Preußen. Vom Preußi-
schen Landtage gehen immer und immer wieder
die Angriffe auf die deutsche Verfassung aus, nur hier noch
findet man den Mut, gegen das gleiche Recht zu heben.
Kein Erwählter des gleichen Rechts darf das wagen;
aber keine Debatte im Dreiklassenparlament ohne Bedro-
hung des Reichstagswahlrechts. Herrn v. Beth-
manns Rede darf nur die eine Wirkung haben, die Ar-
beiter neuerlich zu belehren, daß der Sieb die beste Ver-
teidigung ist, daß das Wahlrecht im Reiche nur ver-
teidigt werden kann, wenn es in Preußen erobert ist.

Diese Lehre, die die Arbeiter aus der Rede ihres Feindes
ziehen werden, sie wird noch eindringlicher durch den Beifall,
den der Wahlrechtshah des Ministerpräsidenten im Drei-
klassenhaus gefunden hat. Herrn v. Bethmanns Bekenntnisse
blieben nicht die einzigen. Ihnen folgten am zweiten Tag
der Wahlrechtsdebatte die Ausführungen des Freiherrn
v. Zedlitz. Der alte Reaktionär und Scharfmacher wittert
Morgenluft. Herr v. Bethmann hat ihm Mut gemacht. Was
der Ministerpräsident nur angedeutet, sprach sein Bruder in
Geiste der Reaktion offen aus. Unverkümmelt predigt er den
Umsturz der Reichsverfassung. Die Gleichberechtigung
der Arbeiter ist ihm der Stachel der Ungerechtigkeit, die
gleiche Stimme für Besitzende und Besitzlose der größte Anstöß.
Mit jüdischer Offenheit forderte er die Beibehaltung
der Dreiklassenschmach, aber die Beseitigung des
Reichstagswahlrechts. Kein Minister protestierte
gegen die Staatsstreichdrohungen; hatte ja auch Herr
v. Bethmann kein Bedürfnis gehabt, gegen die Frechheit
des Herrn v. Oldenburg ein Wort zu sagen. Aber stür-
mischer Beifall der Konservativen belohnte Herrn v. Zedlitz.
Im Reichstag müssen selbst die Konservativen ihre Feind-
schaft gegen das gleiche Recht verbergen; im Landtag glauben
sie solche Rücksichten nicht nötig zu haben.

Auf die Rede des preussischen Ministerpräsidenten,
auf die Angriffe, die gegen die Grundlage seiner
Existenz gerichtet sind, darf die Antwort nicht
ausbleiben. Die Arbeiter werden sie in ihren
Versammlungen geben. Aber diese Antwort darf nicht
die einzige bleiben. Der Reichstag hat das Wort! Preußen
ist die Vormacht Deutschlands, hat stolz der Wortführer der
Konservativen verkündet. Die Reden der beiden seelenber-
wandten Reaktionäre Bethmann und Zedlitz zeigen, wie es
gemeint ist. Der Verprechtung Deutschlands gilt
es zu wehren, und dies kann nur geschehen, wenn Preußen
politisch auf die Höhe gebracht wird, die der größte Teil des
übrigen Deutschlands erreicht hat.

Dreiklassenwahlrecht gegen Reichstags-
wahlrecht, so lautet der Ruf der preussischen Junker und
ihrer Firmenträger, der preussischen Regierung.

Das Reichstagswahlrecht an Stelle des Dreiklassenwahl-
rechts, muß die Antwort der Vertretung des
deutschen Volkes lauten.

Der Gerichtstag über das Schandgesetz.

Im Dreiklassenhaus wurde am Freitag der Kommentar
zu der kurzen, aber eindrucksvollen Begründung gegeben, die dem
Major v. Bethmann am vorigen Tage zuteil geworden war.
Genosse Ströbel unterzog sich der Mühe, vor dem Hause der
Geldadvertefenern alle jene Gründe darzulegen, die die
Beseitigung der Dreiklassenschmach und die
sofortige Abschaffung des Bethmannschen
„Reform“-gesetzes erfordern, in ausführlicher Rede dar-
zulegen. Das Proletariat und alle freiheitlich gestimmten
Kreise des preussischen wie des deutschen Volkes kennen die
Gründe. Es war darum aber eine nicht weniger verdienstvolle
Arbeit, sie auch den Junkern und Junkerengenossen vorzuführen.
Selbstredend gibt sich niemand der Hoffnung hin, mit Gründen den
politischen Eigennutz und mit Logik das nackte Machtinteresse be-
kämpfen zu können. Eine herrschende Klasse hat auf ihre Vorrechte
noch nie freiwillig verzichtet. Und von der borniertesten und
scheufälligsten aller Aristokratien, dem preussischen Krattjunkertum,
einen solchen Verzicht zu erwarten, ist höchstens einmal in der
Blütezeit der Bülowpaarung dem allervertrauensseligsten
Liberalen im Träume beigesallen. Nicht ein Ueberredungsversuch,
sondern eine Kriegserklärung war die Rede Ströbels. Eine
Kriegserklärung an die Junker, aber auch eine Aufforderung
an alle bürgerlichen Parteien, denen es einigermaßen
erst um eine einigermaßen ernste Reform zu tun ist, ihre Aufgebote

mit dem Heerhaufen des Proletariats zu einer unwiderrück-
lichen Wahlrechtshalanz zu vereinigen.

Der Rede Ströbels folgte noch eine kurze, aber anerkenntnisdienst-
liche Rede des Polen Korfanti, dessen richtige Charakterisierung
des Majors von Bethmann den Vize-Vorsitzer Porfch in die Kosten
eines Ordnungsrufes stürzte.

Vorausgegangen waren den eindringlichen Ausführungen Ströbels
drei Reden, deren mittlere allerdings selbst bei wohlwollendster Be-
urteilung kaum unter den Begriff einer Rede zu bringen ist. Es
sprachen Herold vom Zentrum, der Minister von Nolke und
Octavio von Zedlitz, der satifom Bekannte.

Herr Herold ist in seiner Art eine interessante Erscheinung,
der den Ultramontanen, den Agrarier und doch auch den Demokraten
in seiner Person vereinigt. Ein Westfale, der den gesunden Ab-
neigungsinstinkt seiner Heimat gegen ostelbisches Junkertum hegt,
scheint er es in seiner Weise ehelich mit der Forderung der
Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf
Preußen zu meinen. Freilich soll die Beibehaltung
der schänden ungeredeten Wahlkreiserteilung
— dieses preussischen Gegenstücks zu den verrottenen Wahl-
kreisen Englands vor der ersten Reformbill — im Verein mit
der sieben Geistlichkeit und der verlichlichten Volksschule
dafür sorgen, daß das Zentrum auch bei einem demokratisierten
Wahlrecht seine Machtstellung behält. Höchstens ein paar Konzeptions-
stücke wird der agrarische Zentrumdemokrat aus Westfalen den Industrie-
bezirken zubilligen. Aber dem sei, wie ihm wolle: Wenn das Zentrum
wirklich das Reichstagswahlrecht auf Preußen ausdehnen will, wird es die
Sozialdemokratie bis zu dieser Vegetation des politischen Fort-
schreitens an seiner Seite finden. Freilich: die Westfälerei,
mit der sich durch Herolds Mund das Zentrum zur positiven Kom-
missionsarbeit bereit erklären ließ, wird die skeptischen
Zweifel an der Würgeleichtigkeit des zentrumlichen Wahlrechtsbundes
nicht eben zum Schweigen bringen.

Neder Nolke, den Minister des Innern, läßt sich nicht all-
zuviel sagen. Nolke verdient Bethmanns und Bethmanns Rolkes
Kollege zu sein. Höchstens ist der Sinn für unfreiwillige Komik bei
Nolke noch stärker ausgeprägt. Den mittelständischen Bedenken
gegen die Verborgung der Unteroffiziere Begegnete er mit dem Ein-
wand: Man dürfe doch nicht zu viel Elemente in die 2. Klasse
schleusen, um die Arbeiter in der 3. Klasse nicht zu isolieren! Wahr-
scheinlich fürchtet der große Zivilstratege, daß die Arbeiter sich dort
sonst zu einfach fühlen.

Eine Scharfmacherleistung allerhöchsten Grades war die Rede
des Freikonservativen v. Zedlitz. Der Herr scheint sich wieder
einmal bei den oberen Regionen in Empfehlung bringen zu wollen,
auf daß ihm die Frommen im Lande seine Ehe mit der geschiedenen
Frau verzeihen und er bei der nächsten Ministerkabine endlich einmal
Verständigung findet. Herr Roggenmann Garden, der für die heftigsten
Kraut- und Schlotzunker wie Oldenburg und Nordorf schwärmt, glüht
auch für Herrn Octavio v. Zedlitz, dem er die Eigenschaft,
der klügste deutsche Lakater seit Miguel zu sein, nachredet.
Von dieser Klugheit des alten schlauren Fuchses ist in der Freitag-
rede nichts zu spüren gewesen. Die offen bekannte Tod-
feindschaft gegen das Reichstagswahlrecht schreibt
einen Kommentar zur Oldenburgrede, den auch der
geschickteste junkerliche Zintenkuli nicht wird weglassen können, und
mit der ernsthaften Wiederholung des wahnwitzigen Vorschlags, die
die Städte geheime und für das Land öffentliche
Wahl einzuführen, hat Herr v. Zedlitz, wenn anders Lächerlichkeit
tötet, den Ruf eines ernsthafte zu nehmenden Politikers wohl selbst
bei den hysterischen Jungfern männlichen und weiblichen Geschlechts
auf immer verwirkt.

Am Sonnabend wird voraussichtlich Gustav Raikhanel Wallewig,
der bürgerliche Konzeptionschulze der Landtagsjunker, den Reigen der
Redner zweiter Garnitur eröffnen.

Der Wahlrechtskampf.

Die Drohung mit dem Polizeifädel.

Durch die bürgerliche Presse geht das Wahlrechts-
demonstrations-Fieber. Zahlreiche Preßscharf-
macher sind am Werke, die Polizei zu blutigen Taten auf-
zureizen. Die „National-Zeitung“ malt den „Straßenkampf“
an die Wand, „Kreuzzeitung“ und „Reichsbote“ fordern die
„rücksichtslose Energie“ und das lehrere Blatt hat gar die
Unverschämtheit, zu schreiben, daß erst neulich einige Male
größere Herden lärmend und stehend durch die Straßen
gezogen seien, und die Polizei werde am kommenden Sonntage
nur ein um so wachsameres Auge auf etwaige „spontane“
Taten haben müssen. (Die Unverschämtheit dieser Inimination
ist um so größer, als dem frommen Blatte, dem das Gebot
„Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen
Nächsten!“ offenbar veraltet erscheint, sehr wohl weiß, daß
jene Bande unreifer Vurschen, die neulich auf ihrem Wege
ausgestellte Obstkörbe gestreut und ihren Inhalt teils gemaust,
teils auf die Straße gestreut hat, aus Clementen bestand, die
wir gute Patrioten nennen könnten, wenn wir die schmutzige

Kampfbeweise des „Reichsboten“ nachahmen wollten. Jene Burschen hatten nämlich vor Verübung ihrer Heldentaten einen mit Musik marschierenden Truppenteil zur Kaserne geleitet!

„Kreuz-Zeitung“ und „Reichsbote“ bringen überdies Aufforderungen an die „ansässigen Bürger“, am Sonntag von der Straße fernzubleiben, damit sie nicht in Gefahr kämen! Die „ansässigen Bürger“ brauchen natürlich nichts für ihre kostbare Haut zu fürchten, sofern die Antragsgeber der Polizei ihr vernünftiges Verhalten zur Pflicht machen! Die Arbeiter Berlins haben nicht die Absicht, die öffentliche Sicherheit zu gefährden, weshalb die Wutausbrüche der schamlosen Reaktionsblätter sie auch sehr kalt lassen. Die Sicherheit der Straßen wird nicht gefährdet werden, wenn die Polizei sie nicht fährt!

Gleichzeitig kommen Meldungen, daß Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge den sozialdemokratischen Organisationen, die um polizeiliche Genehmigung nachsuchten, verboten wurden. So hat der Polizeipräsident zu Frankfurt a. M. eine für den Sonntag im Tholgarten geplante Volksversammlung unter freiem Himmel wieder einmal verboten mit der „Begründung“, es sei nach den in der letzten Zeit in sozialdemokratischen Versammlungen gemachten Erfahrungen

die Befürchtung begründet, daß mit der Abhaltung der Versammlung unter freiem Himmel Streikdemonstrationen verknüpft sind, die geeignet sind, die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu gefährden.

Die Frankfurter Genossen haben darauf für Sonntag in 20 Sälen Versammlungen einberufen.

Der Sozialdemokratische Verein zu Magdeburg hatte die Genehmigung zu einem Umzuge durch die Stadt im Anschluß an die Wahlrechtsversammlung am Sonntag nachgesucht unter ausdrücklicher Uebernahme der Verantwortung dafür, daß weder der öffentliche Verkehr noch die Sicherheit von den an dem Umzuge Beteiligten gestört werden würde.

Das Gesuch wurde abschlägig beschieden mit der Begründung, daß der Umzug bei der zu erwartenden regen Beteiligung eine derartige Ansammlung von Menschen herbeiführen werde, daß Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten sei.

Ebenso erging es den Waldenburger Genossen, die für Sonntag eine Streikdemonstration polizeilich angemeldet hatten. Der Bescheid des Bürgermeisters lautete: „Durch die Veranstaltung eines solchen Umzuges als Kundgebung gegen das bestehende Wahlrecht resp. die von der königlichen Regierung eingebrachte Wahlrechtsvorlage ist eine große Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten, zumal solche Demonstrationen in den der Sozialdemokratie abgeneigten Kreisen der Bevölkerung mit großer Erbitterung aufgenommen werden. Ausschreitungen und Reibungen der verschiedenen politischen Parteien der Bevölkerung zu erwarten. Im übrigen haben die im vorigen Jahre seitens der sozialdemokratischen Parteileitung hierorts ohne polizeiliche Erlaubnis veranstalteten Umzüge, bei denen es zu erheblichen Störungen der öffentlichen Ruhe und Sicherheit gekommen ist, und die am letzten Sonntag in Breslau stattgehabten Skandale hinlänglich bewiesen, wie gefährlich derartige Aufzüge und Demonstrationen der sozialdemokratischen Massen für die wirtschaftliche Ordnung und Sicherheit und für die Verkehrsverhältnisse sind.“

Hier wird also wieder das alte Argument angewendet, daß die nichtsozialdemokratische Bevölkerung durch sozialdemokratische Demonstrationen zu Gewalttätigkeiten angereizt werde. Wertwürdig, daß sich das noch nirgends gezeigt hat, wo sozialdemokratische Demonstrationen stattgefunden. Weder dort, wo sie mit polizeilicher Erlaubnis vor sich gingen, wie feierlich in Dresden und erst vor kurzem in Elberfeld, noch dort, wo sie wider den Willen der Polizei unternommen wurden. Die Demonstranten sind niemals aus der Bevölkerung, sondern stets nur von der Polizei angegriffen worden! Und wo sie nicht angegriffen, sind die Demonstrationen stets ohne die geringste Störung der öffentlichen Sicherheit verlaufen!

In Steinfurt hat das Polizeipräsidium die Erlaubnis für zwei große Versammlungen, die die sozialdemokratische Organisation auf öffentlichen Plätzen abhalten wollte, verweigert. Auch hier ist angeblich Gefahr für die öffentliche Ruhe und Sicherheit zu befürchten. — Die Genossen haben nun neun Protestversammlungen in den größten Sälen der Stadt und Umgegend einberufen.

Aus Breslau wird uns vom 11. Februar depechiert: Polizei, Regierung und Oberpräsident hielten heute eine Konferenz ab zur Beratung von Maßnahmen gegen Wahlrechtsdemonstrationen.

Die „Schlesische Zeitung“ kündigte fälschlich Demonstrationen für Sonntag an.

Die Polizei scheint demnach stellenweise schon recht nervös zu sein. Das läßt auch eine Meldung aus Essen erkennen. Dort tagte am Donnerstagabend eine von den Demokraten einberufene Wahlversammlung, die von 3500 Personen, darunter von mehr als 3000 Sozialdemokraten besucht war. Obwohl durchaus nicht die Absicht bestand, der um 1/2 Uhr endigenden Versammlung einen Demonstrationzug folgen zu lassen, nahm die Polizei dies doch an und sperrte durch ein Schutzmännchenausgebot von 300 Mann die gesamte innere Stadt ab, so daß selbst Fremde nicht zum Bahnhof kommen konnten. Nur der Ruhe und Besonnenheit unserer Genossen ist es zu verdanken, daß dies unglückliche Vorgehen der Polizei ohne ernste Folgen blieb! Das Proletariat wird auch am Sonntag Ruhe und Besonnenheit beweisen.

Die Wahlrechtsvorlage im Hanauer Rathause.

Im Hanauer Stadtverordnetenkollegium haben die Sozialdemokraten einen Dringlichkeitsantrag gestellt, beim Preussischen Abgeordnetenhaus um Ablehnung der Wahlrechtsvorlage zu petitionieren und den Magistrat zu ersuchen, diesem Antrage beizutreten. Die Dringlichkeit wurde abgelehnt und zwar von allen außer den sozialdemokratischen Stadtverordneten. Auch die freisinnigen haben also gegen die Dringlichkeit gestimmt und dadurch die Beschlußfassung vereitelt.

Nach kurhessischem Muster!

Im Reichstag kam es gegen Schluß der Sitzung noch zu einem äußerst lebhaften Nachspiel des Falles Oldenburg. Zunächst waren in der Diskussion über die einzelnen Etatsartikel von den Genossen Zubeil, Stücken und Schöpflin Beschwerden über die Belästigung und

draconische Bestrafung von Reservisten und Landwehrleuten bei Kontrollversammlungen zur Sprache gebracht worden. Eine vom Zentrum ausgehende und vom Abg. Raden befürwortete Resolution, daß künftig nur eine Kontrollversammlung jährlich stattfinden sollte, wurde denn auch gegen die Stimmen der Konservativen, der Reichspartei und der Nationalliberalen angenommen.

Beim Kapitel B (Bildungswesen) verlangte Genosse Emmel, daß die Offiziere und Soldaten auch im Verfassungswesen und über die Grenzen des militärischen Gehorsams unterrichtet werden. Zeige doch das Beispiel des Herrn v. Oldenburg und selbst des Kriegsministers, wie mangelhaft dieser Unterricht sein müsse, da diese beiden militärischen Kapazitäten eine bedauerliche Unkenntnis der den Offizieren durch die Verfassung und die Strafgesetze gezogenen Schranken verraten hätten. Während dieser Ausführungen verhielt es der amtierende Vizepräsident Spahn wiederholt, dem Genossen Emmel das Eingehen auf die Oldenburgerei als nicht zum Punkte der Tagesordnung gehörig unmöglich zu machen, doch gelang es Emmel, stets den Zusammenhang mit dem Bildungswesen zu finden.

Der Kriegsminister glaubte sich dadurch aus der Affäre ziehen zu können, daß er im Tone der Erhabenheit erklärte: „Ich lehne es ab, auf die Angriffe einzugehen.“

Nunmehr verlas Genosse Ledebour wörtlich die Stelle in der Rede des Kriegsministers, in der er ganz im Sinne der nachherigen Ausführungen des Herrn v. Oldenburg erklärt hatte, es sei gut, daß die Offiziere nicht den Eid auf die Verfassung geleistet hätten, das hätte „in vielen Schwierigkeiten des Vaterlandes zum Segen gereicht.“ Ledebour stellte dem eine Kabinettsorder Friedrich Wilhelms III. aus dem Jahre 1799 gegenüber, in der ausdrücklich betont wird, die Offiziere und Soldaten ständen im Brot der Bürger. Er stellte dann die präzise Frage an den Kriegsminister, ob er etwa mit jenen „Schwierigkeiten“ die Auseinandersetzung der preussischen Nationalversammlung durch König Friedrich Wilhelm IV. gemeint habe oder welches sonstige historische Ereignis. Auch diese Auseinandersetzungen müßten im beständigen Kampf mit dem Vizepräsidenten Spahn vorgebracht werden.

Der Kriegsminister General v. Heeringen kam darauf mit der allgemein verblüffenden Entschuldigung heraus, er habe mit jenen Schwierigkeiten nur an Vorkommnisse in seinem Heimatlande Kurhessen gedacht. Ledebour nagelte den amtierenden Kriegshelden auf dieses unglückliche Eingeständnis fest, indem er unter lebhafter Zustimmung darauf hinwies, daß das Volk Kurhessens unter dem niederträchtigsten Machthaber in Deutschland gelitten habe. Herr Spahn erklärte, man dürfe auch „verstorbene Fürstenthäuser“ nicht niederträchtig nennen. Ledebour schloß dann mit den Worten: „Ich kann nur wünschen, daß die Parallele noch weiter geht und daß die Machthaber in Preußen, die sich beikommen lassen sollten, das preussische und deutsche Volk ebenso zu behandeln wie die Machthaber in Kurhessen das heffische, das nämliche Schicksal erleiden wie diese Verfassungsbrecher!“

Trotzdem Ledebour den Kriegsminister ausdrücklich aufgefordert hatte, nun auch die bestimmten Fälle aus der kurhessischen Geschichte zu nennen, die er im Auge gehabt haben wollte, als er davon sprach, die Nichtbeibehaltung der Offiziere habe dem Vaterlande zum Segen gereicht, verharrte Herr v. Heeringen in hilflosem Schweigen.

Herr v. Oldenburg und sein russischer Lehrmeister.

Die unverschämte Provokation des Herrn von Oldenburg-Naunhau im Deutschen Reichstage weist eine so frappante Ähnlichkeit mit den Erzessen der echt-russischen Pogromhelden in dem russischen Zunkerparlament auf, daß man sich unwillkürlich dieselbe Frage vorlegen muß, die Professor Delbrück jüngst aus Anlaß der wohlwollenden Haltung des preussischen Finanzministers zu den Steuerhinterziehungen der Junker in den „Preussischen Jahrbüchern“ gestellt hat: „Leben wir in Preußen oder leben wir in Rußland?“ Trotz des Unterschiedes der historischen Entwicklung und des politischen und sozialen Milieus tritt der gemeinsame Charakter der Preußen und Rußland beherrschenden Junkerkaste, die Gemeinsamkeit ihrer Ziele, und Kampfmittel in den jüngsten Ereignissen mit so greller Deutlichkeit hervor, daß man die Frage des konservativen Gelehrten und Politikers als treffende Charakteristik der preussisch-deutschen Zustände betrachten muß.

Als interessante Ergänzung zu der so deutlich hervortretenden Seelenverwandtschaft der preussischen und russischen Junker dienen die Reminiszenzen, die der frühere Gehilfe des Vorsitzenden des echt-russischen Pogromitenverbandes und jetzige Dumassendantist Burischewitsch aus Anlaß seines vorjährigen Besuchs des Deutschen Reichstages in seiner Zeitschrift „Prjamoj Putj“ veröffentlicht. Es war „ein herrlicher Julitag“, als Herr Burischewitsch (der damals gerade einen Leitartikel in der „Kreuzzeitung“ abgelagert hatte), den Reichstag aufsuchte und sich auf jede Weise bemühte, irgendwelche Bekanntschaften zu schließen. Er wollte schon nach vielen fruchtlosen Versuchen abziehen, als sich einer der Diener seiner erbarnte und ihm seine Karte abnahm. „Nach etwa 20 Schritten“ — so erzählt Herr Burischewitsch — „erschwand mein Virgilius hinter einer Tür und kehrte nach weniger als einer Minute in Begleitung eines stattlichen, schönen, bejahrten Mannes von militärischer Haltung zurück, der sich mir als Graf Oldenburg vorstellte. Es wäre kaum statthaft, wenn ich auf den Seiten des „V. Putj“ alles Schmeichelhafte anführen würde, was ich wegen meiner Person von meinem neuen Bekannten vernahm. Kurz gesagt: obgleich ich in den Reichstag an einem Tage geraten war, wo seine Fraktion äußerst angestrengt zu arbeiten hatte (es wurde wohl gerade die Finanzreform durchgepeitscht! D. R.), genoh ich nicht nur im Verlauf einer Stunde die bezauberndste Freundlichkeit des Herrn von Oldenburg, sondern wurde auch von ihm, nachdem ich auf der Tribüne einen Platz unmittelbar neben der Loge des deutschen Kaisers angewiesen erhalten hatte, in alle Einzelheiten der Arbeiten des Reichstages und der Gruppierung und Zusammensetzung der Parteien eingeweiht. — Nachdem Graf Oldenburg mich noch mit einigen seiner Fraktionskollegen (von Treuenfels, Graf Fink von Zindenstein und einigen anderen Herren, deren Namen ich vergessen habe) bekannt gemacht, verließ er mich und stieg zu seinem Platz in den Saal hinab.“

Es ist kaum anzunehmen, daß Burischewitsch, der mit der „Kreuzzeitung“ in so intimen Beziehungen steht, ein

falsches Bild von seiner Begegnung mit Herrn von Oldenburg (den er beharrlich „Graf“ tituliert) gegeben hat.

Andererseits wird Herr von Oldenburg kaum unbekannt gewesen sein, daß er eine der widrigsten Gestalten aus der Würgergarde des Zaren vor sich hatte, einen Mann, der jahrelang im Verein mit Dr. Dubrowin die Tätigkeit des Pogromitenverbandes geleitet hat und mitschuldig ist an dessen Verbrechen und Schandthaten, einen Mann, der mehrfach wegen Beschimpfungen der Duma von den Sitzungen ausgeschlossen wurde und allgemein, selbst in der dritten Duma als Schandfleck angesehen wird. Aber freilich — für Herrn von Oldenburg und seine Fraktionskollegen war er der konsequenteste Verteidiger des „monarchischen Prinzipis“ und der Unantastbarkeit der Junkerprivilegien, der grimmige Feind jeden Fortschritts und der Apologet des Staatstreiches in seiner brutalsten Form — und das garantierte ihm die schmeichelhafte Anerkennung und die „bezauberndste Freundlichkeit“, die Herr von Oldenburg seinem russischen Gefinnungsgenossen entgegenbrachte.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Februar 1910.

Koalitionspläne?

Wie der „Berl. Lokalanz.“ erfahren haben will, ist im Abgeordnetenhaus bereits eine feste Mehrheit, bestehend aus Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen, für die Beseitigung der Drittelung in den Wahlbezirken und deren Ersetzung durch Drittelung in den Wahlkreisen vorhanden.

Wir vermögen an diese Meldung nicht zu glauben; denn ein derartiges Vorgehen der Konservativen ließe auf eine bewußte scharfe Brückierung des Zentrums hinaus. Wahrscheinlich soll dem Zentrum nur ein nationalliberaler Wind mit dem Zaunpfahl erteilt werden, daß es auch ohne seine Mitwirkung geht.

Der Psui!

Die Gefinnungsgenossen der Dieß-Daber, Oldenburg, Kreth, usw. fühlen sich durch das Auftreten der kleinen sozialdemokratischen Fraktion im Preussischen Abgeordnetenhaus schwer in ihrem ästhetischen Empfinden verletzt. Besonders hat ihnen das „Psui!“ in der gestrigen Sitzung unangenehme Verdamnungsschreie verursacht. Reicht dieser Ausruf auch sicherlich nicht an das schöne Ansinnen heran, das einst Herr von Dieß-Daber im Zirkus Busch an die Feinschmeckerei der preussischen Minister stellte, so hat doch seit der Sättigung der Agrarkonservativen durch die Erhöhung der Landwirtschaftlichen Zölle sich ihr Benehmen gegenüber den Ministern wesentlich verfeinert. Die Konservativen haben deshalb im Verein mit der Zentrumsfraktion des Abgeordnetenhauses beschloffen, eine „Der Psui!“ einzubringen, die dem Präsidenten gestattet, die obstinaten sozialdemokratischen Abgeordneten, die in bezug auf den guten Ton nicht den neuen, sondern den alten konservativen Traditionen folgen, aus dem Sitzungssaal hinauszuführen.

Die „Kreuztg.“ berichtet darüber: Die Störungen, die die sozialdemokratische Fraktion des Abgeordnetenhauses zu Beginn und im Verlaufe der gestrigen Sitzung hervorgerufen hat, haben in den Kreisen der Rechten und des Zentrums den Wunsch geweckt, daß der Präsident des Abgeordnetenhauses größere Machtsvollkommenheiten zur Aufrechterhaltung bezw. Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung während der Sitzungen erhalte. Die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses gibt bisher dem Präsidenten nur das Recht, Ordnungsrufe zu erteilen. Darüber hinaus ist er vollkommen machtlos. Man wünscht deshalb eine Aenderung der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses und denkt dabei die Macht des Präsidenten wenigstens so zu erweitern, wie es im Deutschen Reichstage der Fall ist. Dem Präsidenten des Deutschen Reichstages steht nämlich außer dem Recht des Ordnungsrufes nach der Geschäftsordnung auch die Befugnis zu, widerspenstige Abgeordnete von der Sitzung auszuschließen. Von diesem Recht hat beispielsweise während der Zolltarifdebatten des Jahres 1902 der damalige Vizepräsident Graf Stolberg-Berningerde gegenüber dem Abg. Singer Gebrauch gemacht. Allerdings vermag nach der Geschäftsordnung des Deutschen Reichstages der Vorsitzende nur den Ausschluß von der Sitzung anzusprechen; die tatsächliche Durchführung ist ihm, falls der betreffende Abgeordnete nicht freiwillig die Sitzung verläßt, unmöglich gemacht. In dem erwähnten Falle ist der Abg. Singer auch in der Tat trotz des Ausschlusses im Sitzungssaal geblieben, worauf dem Vorsitzenden nichts anderes übrig blieb, als die Sitzung auf kurze Zeit zu unterbrechen. Als bei Wiederaufnahme der Abg. Singer wieder im Saale anwesend war, erklärte der Vorsitzende, daß er nicht die Möglichkeit habe, ihn aus dem Saale entfernen zu lassen, daß er ihn aber zur Mitarbeit während der ganzen Sitzung nicht zulassen werde. Bestimmte Vorschläge über die Aenderung der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses sind bisher nicht formuliert, doch hat man, wie erwähnt, die Absicht, die Geschäftsordnung nach dem Muster des Deutschen Reichstages zu verschärfen.“

Alberne Einschüchterungsversuche.

Die „Kreuzzeitung“ fordert in ihrer nervösen Aufgeregtheit ein strenges Einschreiten der Polizei und des Staatsanwalts gegen die Unterzeichner des am Donnerstag vom „Vorwärts“ veröffentlichten Aufrufs, also gegen den geschäftsführenden Ausschuss der preussischen Landeskommision, den Parteivorstand und die sozialdemokratische Landtagsfraktion. Doch das genügt dem Blatt der Hammer- und Kalksteine nicht. Außerdem soll nach seinem Wunsch der „Vorwärts“ belangt werden, da der Anfang des gestrigen Leitartikels, in dem es heißt, daß die Sozialdemokraten sich erhoben hätten, um dem Leiter der preussischen Politik ein Psui ins Gesicht zu schmeißen, einen Ausruf der Verachtung gegenüber dem Volksverräter, sich als eine Verächtlichmachung von Staatsautoritäten und staatlichen Einrichtungen qualifiziere.

Wörtlich schreibt das Zunkerblatt: „Der „Vorwärts“ veröffentlicht in Nr. 34 den betreffenden Parteibefehl, der wieder von aufreizenden Redensarten troht. Das von dem „Preußenauschuss“, dem Parteivorstande und der Landtagsfraktion unterzeichnete Schriftstück nennt die Wahlrechtsvorlage „einen perfiden Streich gegen das preussische Volk“. Wir meinen, eine solche Schmähung in einem parteioffiziellen Ausrufe sollte die Regierung nicht gleichgültig hinnehmen.“

Und ferner an einer anderen Stelle: „Soll denn solchen Unverschämtheiten gegenüber noch immer Langmut bewahrt werden? Hier handelt es sich um

systematische Verschönerung von Staats-
autoritäten und staatlichen Einrichtungen, hier
wird der Versuch gemacht, die Woffen in revolutionäre Stimmung
zu versetzen. Wenn da nicht bald mit rücksichts-
loser Energie eingeschritten und den über-
mäßig gewordenen Aufruhraposteln in Käsen bei-
gebracht wird, kann es leicht zu Ausbreitungen kommen,
gegen die weit härtere Mittel angewendet werden müssen, als
heute noch genügen würden."

Wir finden das schöne Verlangen der christlichen „Kreuz-
zeitung“ ganz begreiflich, einmal, weil es seit jeher zu den
Dogmen der preussischen Junker gehört, daß Volksgärungen
sich durch Verichte und Polizeifabel leicht kurieren lassen,
zweitens, weil in dem Zustand der nervösen Ueberreizung,
in dem sich zurzeit die Macher des Blattes befinden, ihnen
jede Kenntnis der Rechtsbestimmungen entschwunden zu sein
scheint. Wir haben nichts dagegen, wenn die Regierung der
Anweisung der „Kreuzzeitung“ folgt, denn die Anklagen
würden nicht nur eine recht hübsche, im In- wie im Auslande
Aufsehen erregende Illustration zu den gestern von Herrn
v. Bethmann Hollweg vorgetragenen Wrasen über den
preussischen Kulturstaat und seine geistigen Güter sein, son-
dern voraussichtlich obendrein mit einer Blamage der preussis-
chen Rechtspflege enden. Also, nur los!

Auf Oldenburgs Spuren.

Zu den wenigen Zeitungen, die der bekannten Aeußerung der
konservativen Parteigröße aus Januschan, des Herrn Elard v. Olden-
burg zugestimmt haben, gehören die rechtsnational-liberal-scharf-
macherischen „Hamburger Nachrichten“, das bekannte Blatt der para-
lytischen Bismarcklinge, das zwar von dem Geiste seines Obigen
recht wenig geerbt hat, dafür aber um so anerkannterwert
die Methode konserviert, wie „Er“ sich einst räusperete und
wie er spudete. Aus den frechen Worten des Januschaner-
lichen Genies zieht das Hamburger Blatt nicht etwa
die Folgerung, daß das Militär auch auf die Reichsverfassung be-
eidigt werden, sondern daß der § 47 des Militärstrafgesetzbuches auf-
gehoben werden muß, da er viellecht doch die Soldaten hindern
könnte, bei Verfassungskonflikten unbedingt und willenlos den Be-
fehlen ihrer Vorgesetzten zu folgen.

Das Blatt bezieht sich auf folgende Stelle in Heinrich
v. Treitschkes Vorlesungen über Politik (nach seinem Tode von seinen
Schülern herausgegeben):

Aus der Pflicht des unbedingten Gehorsams folgt weiter die
Notwendigkeit eines einzigen Fahnenheides, der mit ganz unwei-
deutiger Klarheit sagt, wem zu gehorchen ist. Man kann nicht
versprechen, sein Leben hinzugeben unter Vorbehalten. Junge
Menschen, zum großen Teil aus den niederen Ständen, darauf
zu verpflichten, dem König zu gehorchen, aber auch der Ver-
fassung, sie also ausdrücklich vor die Alternative stellen, ob sie im
gegebenen Falle das eine oder das andere tun wollen, das ist doch
der bare Wiberfinn. Einen jeden Soldaten zum Richter machen
darüber, ob im einzelnen Falle die Verfassung verletzt ist, das
heißt alle Disziplin auflösen. Diese Theorie, die heute in ihrer
Gefährlichkeit erkannt ist, ging im Jahre 1848 siegreich durch die
Welt, überall verlangte man die Vereidigung des Heeres auf die
Verfassung.

Deshalb ist der unbedingte Gehorsam, der bei uns fast bis
zur Härte ausgebildet ist, ein Ruhm und ein Zeichen der Tüchtig-
keit unseres Heerwesens. Die Verachtung, mit der man so oft
unter rabulalen Leuten von diesem Hundegeschrei spricht, erweist
sich als reine Illusion. Der schweigende Gehorsam nach oben
und zugleich der strenge Befehl nach unten verlangt eine Selbst-
ständigkeit des Charakters, welche sehr hoch anzuschlagen ist.
Unsere preussischen Generale sind nie etwas anderes gewesen als
freimütige Männer.

An diese Worte anknüpfend meint das Blatt der bismarckischen
Epigonen allen Ernstes:

„Diese Treitschkeschen Ausführungen bilden für uns einen
Grund mehr, auf der neulich von uns vertretene Ansicht zu be-
harren, daß § 47 Ziffer 2 des R.-St.-G.-B. im Interesse der
Sicherheit der unbedingten Gehorsamspflicht aufgehoben werden
sollte, weil er die Angehörigen des Soldatenstandes nötigt, in
gewissen Fällen darüber zu entscheiden, ob der Befehl des
Vorgesetzten gesetzlich oder ungesetzlich ist, d. h. ob der Unter-
gebene ohne die Gefahr, nachträglich dafür von den Gerichten
zur Verantwortung gezogen zu werden, ihn ausführen kann oder
nicht. Sonst haben wir den trefflichen Worten Heinrich
v. Treitschkes nichts hinzuzufügen. Sie führen eine Sprache zu-
gunsten einer unbedingten Gehorsamspflicht, wie sie bereditet nicht
gedacht werden kann.“

Es gibt doch recht sonderbare Spezies in dem großen Animal-
reich!

Die politische Tätigkeit der Innungen.

Der Rat der Stadt Leipzig hat an die Innungen folgendes
Schreiben gerichtet: Leipzig, den 29. Januar 1910.

Nach den Haushaltsplänen verschiedener Innungen werden der
Mittelstandsvereinigung für das Königreich Sachsen regelmäßig
Beiträge aus Innungsmitteln zugeteilt. Die Verwendung von
Innungsmitteln für die Mittelstandsvereinigung, die in der letzten
Zeit ihre Tätigkeit auf politische Gebiete erstreckt hat, ist aber
gesetzlich und statutarisch unstatthaft. So lange
die Mittelstandsvereinigung politisch tätig sind, haben daher die
Innungen künftig zu unterlassen, Beiträge zur Mittelstands-
vereinigung aus Innungsmitteln zu leisten.

Der Rat der Stadt Leipzig.

Gewerbegericht.

Daraufhin holte die Mittelstandsvereinigung die Innungen auf-
gefordert, nach wie vor Beiträge zu zahlen, da sie keine politische
Tätigkeit ausübe, vielmehr am 22. November beschlossen habe, sich
jeder parteipolitischen Betätigung streng fern-
zuhalten. Das Organ des Rates der Stadt Leipzig, das „Leipz.
Tageblatt“, bemerkt dazu: Daß die Mittelstandsvereinigung bei den
letzten Landtagswahlen, die am 21. Oktober stattfanden, in
hervorragendem Maße agitiert hat und politisch tätig
gewesen ist, kann niemand bestreiten. Beweis: Die Mittel-
standsvereinigung hat eigene Kandidaten aufgestellt und ein
Wahlprogramm verbreitet, das unter anderem auch zu sehr
wichtigen, rein politischen Problemen Stellung nahm. Am 22. No-
vember, d. h. nachdem man auch noch bei den Stichwahlen mit-
gewirkt hatte, wurde vom Landesvorstand der Vereinigung der
nach einer solchen Betätigung gewiß humoristisch ammutende Welsch-
gefaßt, daß sich die Mittelstandsvereinigung „von jeder parteipoliti-
schen Betätigung streng fernhalte“.

Es ist somit die politische Tätigkeit der Innungen aufs neue be-
stätigt.

Oesterreich gegen die Schiffsabgaben.

Auf eine Interpellation im niederösterreichischen Landtag er-
klärte der Statthalter Graf Niemannsdorff, daß Oesterreich gegen die
Einführung von Schiffsabgaben auf der Elbe Protest einlegen
werde. An der böhmischen Elbestrecke habe sich eine große Industrie
niederzulassen, für die die Möglichkeit des Exports nicht von weni-
gen auf der durch internationale Abmachungen verbrieften Abgaben-
freiheit des Stromes beruht. Auf dieses Instrument der Volkswirt-
schaftspflege könne abfolat nicht verzichtet werden.

Amerikaner Wirt.

Wie wir in Nr. 24 (vom 10. Februar) mitteilten, hat die neue
Wochenzeitung des Windthorst-Bundes, „Das Zentrum“, sich von
verschiedenen der unter der Sonnähigkeit des hohen Klerus stehenden
kerikalischen Blätter strenge Rügen zugezogen, weil sie sich gegen das
fleißige Schwelgen in Kulturkämpfermerungen ausgesprochen hatte.

Diese Verweise haben gewirkt. Jaghaft zieht die Redaktion des
„Zentrums“ ihre Ausführungen zurück und erklärt nach bekanntem
Rezept, ganz mißverstanden zu sein. In der „Köln. Volksztg.“ ver-
öffentlichend sie folgende Entschuldigung:

„Die Angriffe, die in einem Teil der Zentrumspresse gegen
die neue politische Wochenzeitung „Das Zentrum“ gerichtet worden
sind (vgl. Nr. 110 der „Köln. Volksztg.“), beruhen auf falschen
Voraussetzungen. In dem vielbesprochenen politischen Feuilleton
„Eine entwertete Münze“ wird keineswegs die Forderung aufgestellt,
die deutschen Katholiken sollten den Kulturkampf bergessen. Es heißt
vielmehr darin: Die Erinnerung an den sogenannten Kulturkampf
soll damit nicht ausgelöscht werden. Wird es nicht mit anderen
Bedeutungen belastet, dann kann der geschichtliche Sinn des Wortes
Kulturkampf rein und klar ausgeprägt werden.“ Auch der soge-
nannte „falschende“ Kulturkampf ist an mehreren Stellen als be-
stehend anerkannt: „Der Geist (des Kulturkampfes) ist noch lebendig“,
„Mißstände und Uebergriffe, die vom alten Kulturkampf her
gegeben sind“, „Benachteiligungen und Kränkungen des katholischen
Volksteils usw.“ Der Sinn des Feuilletons ist: Damit der wahre
Kulturkampf recht genötigt wird, werde man das Schlagwort
„Kulturkampf“ nicht beim geringfügigsten Anlaß ad hoc umher-
bringen. Die Schuld an der Verleumdung dieses klaren Sinnes tragen ein
liberales Blatt und ein kleineres Zentrumsorgan, das hier nicht
genannt sei. Das erstere nahm ein paar zusammenhanglose Sätze
aus dem Feuilleton und deutete sie in seinem Sinne an, das
letzte stützte sich auf dies Jutal, ohne den Auftrag selber nach-
zulesen und erhob dann seine ungerechtfertigten Vorwürfe.“

Doch so leicht findet — „Das Zentrum“ nicht Verzeihung.
Die „Köln. Volksztg.“, die meist selbst so oft des verletzten
Modernismus verdächtigt worden ist, neuerdings aber den Spuren
der „Germania“ folgt und sich auf die alten ewigen Wahrheiten
zurückzieht, fügt strafend hinzu: „Wir haben gern der vor-
stehenden Zuschrift Raum gegeben, welche den fraglichen
Artikel des „Zentrums“ kommentiert. Es ist aber schon miß-
lich, wenn man zu einem Zeitungsartikel einen
Kommentar schreiben muß. Der Verfasser des hier in Rede
stehenden Artikels hat etwas Verständiges sagen wollen, aber er hat
sich in den auch von uns wiedergegebenen Sätzen mindestens
mißverständlich ausgedrückt. Die Ausführung war, wenn wir
uns so ausdrücken dürfen, zu „sein“, um nicht die Gefahr einer Aus-
mischung von verschiedenen Seiten heranzubekäufeln.“

Die „Germania“ dürfte finden, daß auch die „Köln. Volksztg.“
sich schon recht oft „mindestens mißverständlich“ aus-
gedrückt hat.

Italien.

Das Programm Sonninos.

Rom, 11. Februar. Ministerpräsident Sonnino entwickelte
heute in der Kammer unter lebhafter Aufmerksamkeit sein Re-
gierungsprogramm. Der Ministerpräsident kündigte vor
allem die Vorlage betreffend die Schiffahrtsubven-
tionen an. Die nationalen Werften sollen unterstellt und die
freie Schiffahrt gefördert werden durch Frachtvergütungen einer-
seits für die Einfuhr von Rohstoffen in italienische Häfen, wofür
diese Stoffe in Italien verarbeitet werden, andererseits für die
Ausfuhr von Erzeugnissen des Ackerbaues und der Industrie. Feste
Subventionen sollen nur Linien erhalten, die postalischen oder poli-
tischen Charakter haben. Die vorgeschlagenen Maßnahmen werden
das Budget zusammen mit 30 Millionen Lire jährlich be-
lasten, wovon 15 Millionen auf feste Subventionen entfallen. Die
Regierung hofft, daß infolge dieser Maßnahmen die italienische
Flagge ein mächtiges Werkzeug wirtschaftlicher Ex-
pansion sein werde. Der Ministerpräsident schlägt ferner die
Errichtung eines Eisenbahns und eines Ackerbauministeriums vor,
sowie eine umfassende Vorlage zur Beseitigung der Erb-
erbensünden vom Jahre 1908. Der Entwurf sieht auch
Steuererleichterungen vor und einen Zusatzrecht von
30 Millionen zu den dem Arbeitsministerium früher bewilligten
50 Millionen für außerordentliche Ausgaben aus Anlaß der Erb-
erbensünden. Ein anderer Entwurf betrifft die Gründung
einer Genossenschaftsbank nach preussischem und unga-
rischem Muster. Im Einvernehmen mit Frankreich sollen Maß-
nahmen zugunsten der jugendlichen Arbeiter insbesondere
in den Glasfabriken getroffen werden. Auch die Wiederbeauf-
sichtigung soll nach Kräften gefördert werden. Der Ministerpräsi-
dent ging sodann zur Frage der Zollgesetzgebung über und
betonte, die billige Befreiung der italienischen Zölle trete immer
mehr in die Erscheinung angesichts der wachsenden Härte
der Zollsätze anderer viel reicherer Länder. Daher sei der Zeit-
punkt gekommen, wo Italien bei aller Gerechtigkeit, mit allen
Ländern in wirtschaftlichem Frieden zu leben, zur Verteidigung
seiner großen berechtigten Interessen sich rüsten müsse für den
Fall, daß seine friedliche Haltung keine Erwidderung finden sollte.
Die Regierung werde daher eine Enquete bei allen Interessenten
veranstalten, um für den Fall, daß politische Sperrenregeln
anderer Länder dazu zwingen sollten, die Aufstellung eines
Maximal- und Minimaltarifes mit Vermehrung der
spezifischen Zölle vorzubereiten.

Sonninos Programm wurde, wie uns ein Privattele-
gramm unseres römischen Korrespondenten weiter meldet, mit
eifrigem Stillschweigen aufgenommen, woran teilweise
die außerordentliche Länge und die ermüdende Detaillierung mit
Schuld liegt. Einzelne der angekündigten Reformen, wie die
Steuerreform für die Gemeinden, das Gesetz über die Er-
forschung der Wasserkräfte, die Förderung der Volksschule und
das Gesetz über den Unterrichtswesen würden sicher einen
Fortschritt bedeuten. Dagegen muß die Androhung der Zoll-
erhöhung und der Erhöhung der Zölle für den Wider-
stand der Arbeiter hervorkufen.

Spanien.

Eine Erklärung Canalejas.

Madrid, 11. Februar. Der neue Ministerpräsident Canalejas
erklärte in einem Interdium, er habe weder direkt noch indirekt den
Sturz Morets veranlaßt. Er habe ihm während seiner Regierungszeit
keinerlei Schwierigkeiten bereitet und immer an seiner Seite gestanden,
so oft seine Handlungsweise von liberalem Geiste inspiriert war.
Canalejas fuhr fort: „Ich übernehme die Regierungsgewalt mit
dem Programm, welches ich während meines ganzen politischen
Lebens verfolgt habe, und ich werde dieses Programm noch vor
den Generalwahlen veröffentlichen. Diese Wahlen werden unbes-
gründlich stattfinden, denn der König hat mir bei Uebertragung der
Regierungsgewalt keinerlei Einschränkungen auferlegt.“

Norwegen.

Das Regierungsprogramm.

Christiania, 11. Februar. In der heutigen Sitzung des
Storting verlas der Staatsminister Nowow im Namen der
Regierung eine Erklärung, in der es unter anderem heißt: Da
die Stellung Norwegens als selbständiger Staat eine wohl-
geordnete Verteidigung zu Wasser und zu Lande ver-
lange, so werde es Aufgabe der Regierung sein, im Zusammen-
arbeiten mit dem Storting die von letzterem angenommene
Heeresorganisationsplanmäßig durchzuführen, sowie die
Marine auf die Höhe der Forderungen zu bringen, die an sie

mit Rücksicht auf eine genügende Verteidigung gestellt werden
müssen. Dies alles müsse den ökonomischen Verhält-
nissen des Landes angepaßt werden. Die Regierung werde
nachdrücklich, eine gleichmäßige, den ökonomischen Hilfsmitteln des
Landes angepaßte Entwicklung der Gesellschaft zu fördern sowohl
in sozialer wie auch in ökonomischer Beziehung. Die Frage der
sozialen Reformen werde sorgfältig und vorurteilsfrei be-
handelt werden.

Finnland.

Wahlresultate.

Helsingfors, 8. Februar. (Eig. Ber.) Das Endresultat
der Wahlen wird erst am Ende dieser Woche bekannt werden,
doch schon jetzt kann man den Schluß ziehen, daß die So-
zialdemokratie ihre alte Machtposition behauptet hat und
wahrhaftig die der russischen Reaktion gegenüber meist
nachgiebige Partei der Altfinnen mit jeder Wahl zurü-
ckgedrängt wird. Das zeigte sich besonders bei den Wahlen
in der Provinz Nyland (Helsingfors), wo die Wahlergebnisse
schon abgeschlossen vorliegen. Gewählt sind hier 9 Sozial-
demokraten, 10 Mitglieder der schwedischen Volkspartei, drei
Altfinnen und ein Jungfinne; die Altfinnen verloren einen
Sitz, der von den Schweden gewonnen wurde. Die altfinni-
schen Stimmen sind um 2500 zurückgegangen, während die
Sozialdemokratie einen Zuwachs von 500 und die Schweden
von 2000 Stimmen zu verzeichnen haben. Der Erfolg der
schwedischen Volkspartei erklärt sich dadurch, daß sie gerade
in der Provinz Nyland ihre populärsten Männer (so z. B.
den früheren Vorsitzenden des finnländischen Senats, Leo
Reghelin) als Kandidaten aufstellten. Von den gewählten
sozialdemokratischen Vertretern müssen Minna Sil-
lonpää, die Vorkämpferin der proletarischen Frauenbewe-
gung, Ed. Balpas (Redakteur des Zentralorgans
„Työnties“), Lundström und Hörhammer aus der
schwedischen Arbeiterbewegung genannt werden. —

Persien.

Die Russen bleiben.

London, 11. Februar. Das russische Bureau erfährt offiziell
aus Teheran, die russische Gesandtschaft habe der Regierung eine
Verdahnote zugehen lassen, in welcher sie erklärt, sie beabsichtige nicht,
sich in eine Erörterung der Frage des Verbleibens der
russischen Truppen in Persien einzulassen.

Marokko.

Ein neuer Konflikt.

Paris, 11. Februar. Den Morgenblättern wird aus Fez ge-
meldet, Sultan Mulay Hafid sei nach Kenntnisnahme des von
El Wefei abgeschlossenen Abkommens in großen Zorn geraten, habe
Drohungen gegen Frankreich ausgesprochen und be-
fohlen, die von französischen Ingenieuren ausgebildeten
Truppenteile aufzuheben und den Artillerieoffizier Etienne Enuffi,
der dem französischen Major Mangin zur Verfügung gestellt war,
zu verhaften. Der französische Konsul habe gegen dieses Vorgehen
Einspruch erhoben, sei aber vom Sultan keiner Antwort
gewürdigt worden. Die französische Militärmission habe den In-
struktionsdienst sofort eingestellt. Man erwarte ihre Abberufung
und noch ernstere Zwischenfälle, falls Mulay Hafid auf
seiner Haltung beharre.

Parlamentarisches.

Deutsch-Russisches.

Der Abg. Semler beklagte sich darüber, daß die
Presse aus den Marinekreisen zu gut informiert werde. Er
habe im vorigen Jahre mit Genehmigung des Reichsmarine-
amtes ein Schiff der Nassauer Klasse besichtigt, bei welcher
Gelegenheit ihm auch vertrauliche Mitteilungen gemacht
worden seien. Obgleich er hierüber zu niemand ein Wort ge-
sagt, haben nach zwei Tagen diese ihm vertraulich gemachten
Mitteilungen in den Zeitungen gestanden.

Auf eine Anfrage, ob bei der Besichtigung der Schiff-
werften durch die chinesische Marinekommission auch die mili-
tärischen Geheimnisse hätten gewahrt werden können, erklärt
Staatssekretär v. Tirpitz, daß die Besichtigung auf Wunsch
des Auswärtigen Amtes gestattet worden sei. Man habe
übrigens der Kommission nur gezeigt, was fertig gewesen sei,
also wo Geheimnisse überhaupt nicht mehr in Frage kamen.

Abg. Baasche teilte mit, daß eine deutsche Werft von
einer kleinen fremden Macht einen Auftrag erhalten solle. Die
Firma Krupp habe es abgelehnt, die erforderlichen Panzer-
platten zu liefern, um den Auftrag für die eigene
(Germania-)Werft zu erhalten. Als dann die Firma sich
wegen der Plattenlieferung nach England gewandt habe, sei
ihre von der englischen Firma der Bescheid geworden: Sie
gehöre mit Krupp zu einem Konzern und dürfe daher nicht
nach Deutschland liefern.

Aus welchem Grunde die russische Regierung den deutschen
Werften keine Aufträge erteile, glaubt Abg. Baasche auf die
häufigen Beschimpfungen, die namentlich das „Berliner Tage-
blatt“ sich gegen die russische Regierung zu leisten pflege,
zurückführen zu können. Er sei nach einer auf einem anderen
Gebiete erfolgten Verhandlung vom russischen Finanzminister
zum Frühstück geladen worden, wobei dieser ihm mitgeteilt
habe, daß er bereit gewesen sei, einer deutschen Werft einen
Auftrag zu geben, daß aber, nachdem ein die russische Re-
gierung beschimpfender Artikel im „Berliner Tageblatt“ er-
schienen sei, die Ehre der russischen Regierung es erfordere,
diese Absicht aufzugeben!

Daß diese Darstellung des Abgeordneten Baasche den
wirklichen Vorgängen nicht entspricht, zeigte eine Bemerkung
des Abg. Leonhardt, der mitzuteilen wußte, daß der
französische Gesandte in Petersburg durch

ein vorzeitiges Telegramm von hoher deutscher Stelle

von dem Vorhaben der russischen Regierung, Schiffsbauauf-
träge nach Deutschland zu geben, Kenntnis erhalten und dann
zugunsten Frankreichs interveniert habe!

Nach diesen erbaulichen Mitteilungen wurde die Fort-
setzung der Beratung des Marineetat's auf Dienstag an-
beraumt.

Neues Kontrollgesetz.

In der Budgetkommission teilte heute der Staatssekretär des
Reichsfinanzamts Wermuth mit, daß der Bundesrat den neuen
Gesetzentwurf über die Kontrolle bei den Reichsämtern
gutgeheißen habe und daß der Entwurf in den nächsten Tagen dem
Reichstage zugehen werde. Es soll nur an der Begründung zuvor
einiges geändert werden.

Ausdehnung des Versammlungsbereichs verlangt die sozialdemo-
kratische Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses. Sie hat be-
antragt, die Regierung möge Gesetzesvorlagen einbringen, nach denen
der Gebrauch fremder Sprachen in öffentlichen Versammlungen a l-
gemein gestattet wird und Versammlungen unter freiem
Himmel und Aufzüge nicht mehr genehmigt zu werden brauchen,
sondern lediglich der öffentlichen Selbstaussage bedürfen.

Aus der Partei.

Genosse Singer ist gestern nacht bedauerlicherweise plötzlich erkrankt. Er muß das Bett hüten und kann sich an den Parteiarbeiten voraussichtlich für einige Zeit nicht beteiligen. Hoffentlich wird er sich recht bald wieder in aller Frische der Bewegung widmen können.

Die Revision der Lokalliste. Die „Leipziger Volkszeitung“ teilt mit:

„Der Genosse Maurenbrecher fühlt das dringende Bedürfnis, wie er in einem Inserat des „Leipziger Tageblatt“ mitteilt, vor dem Leipziger Publikum zwei Vorträge über das höchst aktuelle Thema: Hat Jesus gelebt? zu halten. Daß er bei diesen Vorträgen auf die Anwesenheit von Arbeitern und Parteigenossen nicht rechnet, geht schon daraus hervor, daß er für seine Vorträge ein Lokal, den Zoologischen Garten, gewählt hat, das den Arbeitern nicht zur Verfügung steht.“

Wir würden es als einen erfreulichen Fortschritt begrüßen, wenn die Revisionsisten sich künftig auf die Revision der Lokalliste beschränken wollten.

Unsere Toten.

Ein Veteran der Arbeiterbewegung ist in Hamburg gestorben. Genosse Eduard Müller ist im Alter von 84 Jahren dahingegangen. Er war ein geborener Kölner und ist — nachdem vor wenigen Tagen in London der alte Kölner verschied — wohl der letzte gewesen von denen, die in den Kölner Kommunistenprozeß verwickelt waren. Mit Marx und Engels und den führenden Männern der rheinischen Demokratie war er persönlich befreundet, und es war für jüngere Genossen stets ein Genuß, den alten Müller aus jener Zeit der Sturm- und Drangperiode reden zu hören.

Aus Brüssel wird uns unterm 9. dieses Monats gemeldet: Gestern ist in Brüssel zur schmerzlichen Uebertragung der Partei einer der Begründer der belgischen Sozialdemokratie plötzlich gestorben. Desiré Vandendorpe, Typograph von Beruf, wurde im Dezember vergangenen Jahres vom Brüsseler Gemeinderat zum Stadtverordneten gewählt — dem Gemeinderat selbst gehörte er als eines der angesehensten Mitglieder an 25 Jahre an. Er war der erste Arbeiter und Sozialist, der in eine kommunale Vertretung einzog. Er hat unter César de Waepe und Golders dem „Peuple“ angehört und lange Zeit für diesen — übrigens auch in seiner Eigenschaft als Seher — gearbeitet. Vandendorpe war auch Mitglied des Provinzialrats, wo er insbesondere in den Fragen der öffentlichen Fürsorge Bedeutendes leistete, welches Nestor er auch als Schiffe inne hatte. Vandendorpe war erst 54 Jahre alt. Den Tag vor seinem Tode sah man ihn noch frisch und gesund — am Dienstagmorgen erlag er einem Herzschlag. Die Partei betrauert mit dem Tode Vandendorpes einen ihrer tätigsten, arbeitsamsten Kämpfer, dessen Sozialismus soziale Arbeit im schärfsten Sinne war. Auch die bürgerliche Presse hebt in ihren Nachrufen die Verdienste des Verstorbenen um die Allgemeinheit und seine lebenswürdige Natur hervor.

Gewerkchaftliches.

„Kamerad“ Effert abgeschüttelt!

Bekanntlich hatte sich der Sekretär des „Christlichen“ Gewerkschaftsvereins der Bergarbeiter, Effert, durch einen Redakteur der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, des ausgesprochenen Unternehmerorgans, ausfragen lassen über seine Meinung über die Stimmung der Bergarbeiter. Das Kohlenblatt, nicht zu faul, hat das Aufgeschnappte natürlich für die Unternehmerinteressen zu verwerten gesucht und abgedruckt. Danach hatte Effert unter anderem erklärt:

„Es sei gar nicht ausgeschlossen, daß man eine Zeit (für einen Abwehrstreik gegen den Zwangsnachweis) wählen werde, in der die politischen Wagen hoch gingen und den Arbeitern Gelegenheit gegeben worden wäre, ihren Groll auch politisch zu bekunden. Ein solcher Moment habe ja bereits in 2 Jahren bestanden.“

Von dem zu erwartenden Zustand versprechen sich die Führer der Bergleute tiefgehende Aenderungen. Der Schlag soll so vollständig geführt werden, daß das gesamte Gewerbe, die ganze Industrie lahmgelegt werde. Mit den Arbeiterverbänden der übrigen Länder sollen unter der Hand Verhandlungen angeschlossen werden, damit sie nicht allein mehr finanzielle Unterstützung gewähren, sondern auch gegebenenfalls die Ausfuhr von Kohlen nach Deutschland zu verhindern suchen.“

Diese Auslassungen wurden von den Unternehmern gegen die „Wahrheit“ der „Christen“ auszunutzen versucht in Parlament und Presse, und da ist es nun sehr bezeichnend, daß die „Christliche“ Gewerkschaftspressen von ihrem „Kameraden“ Effert weit abdrückt. „Du irrst Dich, ich bin nicht so eine“, versichern die „Christen“ ein über andere mal, monstrieren seine Wahrheit und politische Unerblichkeit und verheben, wie es wiedergegeben worden ist, ohne aber genauer anzugeben, was er denn gesagt haben will. Der „Bergknappe“, das Blatt der „Christlichen“ Bergarbeiter, schüttelte Effert durch eine Briefkassennotiz ab:

„An mehrere „Kamerad Effert hat selbstverständlich bei dem Redakteur der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ gar nicht mit einem politischen Massenstreik der Bergleute gedroht. Er konnte das schon deshalb nicht, weil ja direkte Bestrebungen unserem Programm und unseren Zielen direkt zuwiderlaufen. . . Effert gab, wie er selbst sagte, doch nur seiner eigenen persönlichen Meinung Ausdruck und sprach nicht im Namen der Gewerkschaftsleitung.“

Nun erfolgt die Abschüttelung der Reihe nach von den verschiedenen Blättern der „Christlichen“ Gewerkschaften. Jedes Blatt will das ihm in den Mund Gelegte nicht so gesagt haben, wie es in der Tat ist, daß es noch echt in punkto punkti sei.

Die Unternehmern lassen aber den Spinnen nicht so leicht fahren, wissen sie ja übrigens von der Stellungnahme zur Finanzreform, wie der Schwur der „Christen“ auf ihre politische Jungfernschaft zu werten ist.

Da kommt nun das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ und nimmt sich, um die Rechenherren zu beruhigen, den Effert noch einmal in einem Leitartikel gründlich vor. Das Blatt schreibt unter anderem:

„Es ist an und für sich eine glücklicherweise in der christlichen Gewerkschaftsbewegung bisher nur vereinzelt auftretende bedauerliche Erscheinung, wenn Gewerkschaftsführer sich von arbeiterfeindlichen Blättern über ihre Ansicht oder über die Stimmung ihrer Kollegen zu einer bestimmten Angelegenheit ausfragen lassen. . . . Aber nicht bloß aus tatsächlichen Gründen ist ein solches Vorgehen zu tadeln, sondern noch mehr aus sachlichen. Kollege Effert war nicht berechtigt, eine solche Darstellung von der Sachlage zu geben, weil die Voraussetzungen dafür fehlten. Die Inanspruchnahme eines Streiks kann speziell im rheinisch-westfälischen Industriegebiet nur dann sachlich begründet sein, wenn die maßgebenden Organisationen dazu bestimmte Stellung genommen haben. Das muß man ganz besonders verlangen von einem Streik, der wie ein Bergarbeiterstreik auch andere Berufskreise aufs allerhöchste in Mitleidenschaft zieht, und in der Beurteilung dieser Sachlage darf nicht bloß die Möglichkeit eines Erfolges ausschlaggebend sein, sondern auch die Wirkungen auf Unbelebte. Wir sind auch überzeugt, daß die Gewerkschaftsleitung diese Gesichtspunkte, falls sie zu einer entscheidenden Stellungnahme kommen würde, durchaus berücksichtigen wird. Ein Kampf im Ruhegebiet wird zwischen den interessierten Bergarbeiterorganisationen allein kaum aus-

gekämpft werden können. Es wird dabei die ganze Gewerkschaftsbewegung aller Richtungen engagiert werden, wenn derselbe Erfolg haben soll. Somit sind die Äußerungen von Effert nicht bloß taktisch ein Fehler, sondern auch sachlich nicht berechtigt, weil die Voraussetzung für die Androhung eines so schwerwiegenden Kampfmittels vorläufig noch fehlt. Unverständlich ist uns, wie der Zeitpunkt zur Wahl eines Streiks im Ruhegebiet auch von politischen Erwägungen abhängig gemacht werden könnte. Aus politischen Gründen gibt es für die christlichen Gewerkschaften keinen Streik, auch für den Gewerkschaftsverein christlicher Bergleute nicht.“

So kann das christliche Zentralblatt natürlich nur schreiben, wenn es annimmt, daß Effert die streitigen Worte tatsächlich doch gesagt hat. Vollauf berechtigt ist ja die Frage, daß sich Effert mit dem Kohlenblatt überhaupt eingelassen hat. Aber die Art, wie die Christen dann den Effert abschütteln und sich den Staub vom braven Christengewand büchsen, ist doch außerordentlich charakteristisch. Die Christen vergessen dabei ja völlig, daß sie doch nicht scheinen lassen dürfen, was sie sind. Nach dem Raisonnement des „Zentralblatts“ sind die Christen also dann nicht für einen Bergarbeiterstreik, wenn er möglichst tiefgreifende Wirkungen im Gefolge hat und deshalb aussichtslos ist! Wirklich nett, dieses Geständnis, denn aus nichts anderes kommt das Verstehe doch hinaus.

Wie das Beispiel wieder zeigt, wird in den christlichen Gewerkschaften jeder gleich gestäubt, der Gedanken über umfassende und darum aussichtsvolle Arbeiterbewegungen auch nur von sich gibt. Nur wegen der sozialdemokratischen Bewegung muß man ab und an etwas besonnen, um die Gewerkschaft nicht zu verlieren, denn gegenüber der starken sozialdemokratischen Bewegung sind auch die „Christlichen“ Zentrumsarbeiter „mit Süßholzraspeln“ nicht für die Zentrumsbewegungen zu gewinnen, wie ja Stegerwald, der christliche Generalsekretär,

Berlin und Umgegend.

Kein Porträtmalerstreik.

Vom Freitag voriger bis Dienstag dieser Woche streikten im „Internationalen Porträt-Institut“, Brückenstr. 10, die Printenmaler. Die Firma hatte mit diesem Tage den Preis für das Ausmalen der Printen von 1 Mk. auf 75 Pf. pro Stück herabgesetzt. In der am Freitag früh abgehaltenen Versammlung der Printenmaler war eine Kommission gewählt worden, welche unter Mitwirkung eines Vertreters der Organisation der Lithographen, Steindruckers und verwandten Berufe mit dem Inhaber der Firma zu verhandeln hatte. Herr Verlach wollte nun den besseren Kalern 80, den anderen 70 Pf. pro Bild bezahlen. Dieses Angebot lehnten die Printenmaler fast einstimmig ab und beschloßen in den Streik zu treten. Dieser wurde auch durch das Stellen von Streikposten wirksam durchgeführt, so daß Herr Verlach sich am Montag schon bereit erklärte, 95 Pf. an die Kalern und 6 Pf. an den Bildabnehmer (Angestellter der Firma) zu bezahlen. Obwohl die letzte Forderung, 5 Pf. an den Abnehmer zu bezahlen, ein direkter Abzug ist, gingen die Kalern auf Forderungen des Organisationsvertreters H. Klein auf das Angebot ein. Obgleich sich die Printenmaler aus allen möglichen Berufen zusammensetzten, es sind darunter Akademische, Lithographen, Kartographen, Photographen, Kalern usw., war die Haltung der Streikenden eine begeisterte. Man hatte offenbar schon viel zu lange und geduldet die Praktiken des Herrn Verlach und seiner gleichgesinnten Kollegen ertragen, um weiter gleichgültig zu bleiben. Des Geistes Kind Herr Verlach ist, beweist eine für Kaution ausgestellte Quittung. Dieselbe lautet (auf Mitteilungen der Firma vervielfältigt):

„Wir bescheinigen dem Herrn . . . eine Kaution in Höhe von 20 R. bei uns für evtl. Retouren hinterlegt zu haben. Diese Kaution erhält Herr . . . einen Monat, nachdem er seine Tätigkeit als Printengehülfe bei uns eingestellt hat, voll zurückgezahlt, sofern nicht Abzüge für irgendwelche Neuankertigungen stattfinden. Herr . . . haftet folglich auch noch einen Monat nach der Einstellung seiner Tätigkeit für alle von ihm gemachten Arbeiten und verpflichtet sich, die während dieser Zeit von seinen unferer Kundschaft gewünschten Aenderungen vorzunehmen, oder aber für diese Kosten aufzukommen. Herr . . . erklärt sich mit Vorstehendem einverstanden.“

Stempel der Firma
Name des Abnehmers (Vertreter der Firma).

Dieses Schriftstück fertigt die Firma in zwei Exemplaren aus und behält das von dem Kalern unterschriebene. Können die Kalern diese Kaution nicht auf einmal entrichten, wird sie ihnen in Raten von ihrem verdienten Akkordlohn abgezogen, worüber sie vielfach keine Quittung erhalten. So hatten 47 Kalern, von denen Angaben zu ermitteln waren, 724 R. Kaution gestellt. Man sieht an dem Streik der Printenmaler, daß das rigorose Vorgehen der Unternehmern auch indifferenten Kreisen die Augen öffnet. Vorläufig kann die junge Printenmaler-Organisation mit ihrem Erfolg zufrieden sein. — Das Publikum kann auch das seine zur Verbesserung der Verhältnisse beitragen, wenn es nur gute Bilder verlangt und abnimmt.

Der Streik bei der Firma A. Gutschow (Wehl- und Landesprodukte) wurde am Donnerstag in einer vom Transportarbeiterverband einberufenen Versammlung der Geschäftskutcher und Vagrarbeiter Berlin besprochen. — Der Referent Hermann Schulz erörterte die Ursachen des Streiks, die bereits im „Vorwärts“ bekanntgegeben sind. Es handelt sich im wesentlichen darum, daß die Firma den Vertrauensmann der Arbeiter aus wichtigen Gründen entließ. Die Arbeiter sahen das als eine Maßregelung an. Sie ersuchten die Firma um Wiedereinstellung ihres Kollegen. Die Firma lehnte das scharf ab. Darauf legten 22 Kutcher und Bodenarbeiter, die 5 bis 20 Jahre im Betriebe tätig waren, die Arbeit nieder. Ein Versuch der Organisation, die Differenzen beizulegen, scheiterte an dem schroffen Verhalten des Geschäftsinhabers, der den Verbandsvertreter erklärte, jede Vermittlung sei überflüssig, er sei froh, daß er die alten Arbeiter los sei. — Auch ein seit 16 Jahren bei der Firma beschäftigter Kassenbote, der mit dem Streik gar nichts zu tun hat, wurde entlassen, weil er früher Vertrauensmann des Verbandes war. Wie der Referent weiter ausführte, hat die Firma genug Streikbrecher gefunden, die jedoch völlig ungeeignet zur Verrichtung der Arbeiten sind. Jeder Versuch der Streikenden, die Streikbrecher aufzuklären, wird von den Polizeibeamten, die auf Verlangen des Herrn Gutschow angerufen sind, mit allen Mitteln verhindert. — Die Streikenden haben die Kunden der Firma Gutschow, meist Grünräumer, Vorloshändler usw., durch Flugblätter über den Konflikt informiert und auch bei einem erheblichen Teil derselben Gegenkommen insofern gefunden, als dieselben ihre Geschäftsverbindungen mit der Firma abgebrochen haben.

Nachdem mehrere Redner über Einzelheiten des Streiks gesprochen hatten, wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der die Versammelten ihre schärfste Mißbilligung gegenüber der Firma ausdrückten, und sich verpflichteten, ihre Arbeitsblätter von der Firma Gutschow mit allen geschäftlichen Mitteln in ihrem gerechten Streik zu unterstützen und überall, wo sie als Kutcher in Geschäften oder sonstwie mit der Bevölkerung in Verbindung kommen, das Verhalten der Firma zu kennzeichnen. Ferner wurde beschlossen, daß die Firma Gutschow für organisierte Arbeiter gesperrt ist.

Achtung, Arbeiter! Der Bau Inhaber der Straße 8, Unternehmer Gildberg aus Schweidnitz, Bauherr Lorenz, ist, da der Unternehmer am Mittwoch durch Verhandlungen die Tarifpreise bewilligte, am Freitag aber erklärte, den Tarif nicht mehr zu bezahlen, für Arbeiter gesperrt. Die Verbandsleitung.

Achtung, Metallarbeiter! Die Lohnarbeiter der A. E. G. Turbine, Hüttenstraße, befinden sich im Streik. Die Kollegen hatten eine Erhöhung ihrer bisherigen Stundenlöhne gefordert.

Obwohl von den Kollegen alles versucht wurde, eine Verständigung mit der Direktion durch Verhandlungen herbeizuführen, wurden keine genügenden Zugeständnisse gemacht. Deshalb haben sich die Kollegen veranlaßt, die Arbeit einzustellen. Da hierbei die Kollegen aller Branchen in Betracht kommen, so ersuchen wir alle Metallarbeiter, die Abteilung Turbine der A. E. G. Hüttenstraße, zu meiden. Diese Abteilung ist bis auf weiteres gesperrt. Einwige Arbeitsangebote sind zurückzuweisen.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Zum Streik in der hannoverschen Kassefabrik S. C. F. Bahlsen wird uns noch berichtet, daß am Streik 360 Personen beteiligt sind, darunter sind die Mehrzahl weibliche. Die Firma ist eifrig bemüht, Streikbrecher anzukräftigen; sie sucht solche in bürgerlichen Blättern, doch hat sie bisher recht wenig Glück gehabt. — Der Unternehmer rechnet damit, daß die Mehrzahl der Streikenden am Freitag mittag an ihre Arbeitsplätze zurückkehren werden, daß ist der Zeitpunkt, bis zu welchem die Firma den Streikenden die Möglichkeit geben will, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen. Die Stimmung unter den Streikenden bürgt dafür, daß das nicht geschehen wird. Es ist somit begründete Aussicht vorhanden, daß sich die Firma über kurz oder lang zu Verhandlungen wird verhalten müssen.

Die Lohnbewegung der Breslauer Tapezierer ist in ein ernstes Stadium getreten. Die Innungsmeister und Geschäftsinhaber erklärten in einer Versammlung, in welcher die Gehilfen noch einmal mit Nachdruck ihre Forderungen vertraten, daß sie vom 1. April ab nur eine Lohnerhöhung von 2 Pf. pro Stunde bewilligen könnten, aber das auch nur, wenn der Tarif auf 5 Jahre abgeschlossen würde. Da die Gehilfen, die seit Jahren keine Lohnerhöhung erhalten haben, damit keineswegs sich einverstanden erklären können, so steht ein ernstes Konflikt bevor, wenn die Unternehmern nicht noch im letzten Augenblick Einsehen haben.

Die Konfektionsarbeiter zu Lauban in Schlesien stehen im Streik. Die Streikenden hatten das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen. Die Konfektionäre erschienen wohl, lehnten aber jede Verhandlung ab.

Verhandlungen im Steindruckergewerbe!

München, den 11. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts“). Zwecks Beilegung der Differenzen fanden am Freitag im Sitzungssaal des Kaufmannsgerichtes München zwischen dem Schuerverband und den drei beteiligten Verbänden Verhandlungen statt. Nach Eintritt in die Verhandlungen gab der Schuerverband eine Erklärung ab, daß auf eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht eingegangen werden könne. Nach längeren Verhandlungen kam folgende Vereinbarung zustande:

Zwecks Beilegung der in Nürnberg wegen Einführung der Normalarbeitsordnung und wegen Juchhaltung der infolge der Gewerbeordnungsnovelle vom 1. Januar 1910 am Sonnabend resp. an den Vorabenden der gesetzlichen Feiertage ausfallenden Arbeitszeit ausgebrochenen Differenzen ist zwischen den unterzeichneten Verbänden heute folgende Vereinbarung getroffen worden:

1. Der Schuerverband erklärt sich bereit, mit den Verbänden der unterzeichneten Arbeiterverbände in Verhandlungen betr. Revision der dritten Punkte der Normalarbeitsordnung einzutreten, die anfangs der kommenden Woche in Berlin stattfinden und Donnerstag, den 17. erichtet sein sollen. In dieser Verhandlung soll darauf hingewirkt werden, daß eine für beide Teile befriedigende Lösung gefunden wird. Ist diese gefunden, dann werden gegen die zur Einholung der am Sonnabend beziehungsweise am Vorabende der gesetzlichen Feiertage ausfallenden Arbeitszeit in der Arbeitsordnung oder in einem Nachtrag zu derselben, soweit Betriebe des Schuerverbandes in Betracht kommen, bereits getroffenen Aenderungen von Seiten der Arbeiterkassen irgend welche Schwierigkeiten nicht gemacht.
2. Nachdem die Differenzen in München erledigt sind, insbesondere nachdem die Arbeiterkassen der „Graphia“ heute nachmittag die Arbeit wieder aufgenommen hat, besteht für den Schuerverband keine Veranlassung zu weiteren Maßnahmen. Die bereits ausgeprochenen Kündigungen werden zurückgenommen. Die von Seiten der drei Arbeiterverbände beantragten Kündigungen werden ebenfalls zurückgenommen.

Die Vereinbarung trägt die Unterschriften von Vertretern des Unternehmer-Schuerverbandes, des Senefelder-Bundes, des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Gehilfen und des Buchbinder-Verbandes.

Ausland.

Die Konföderation der Arbeit über die Spaltung der Eisenbahner.

Rom, 8. Februar. (Sig. Ver.) Aus dem Syndikat der italienischen Eisenbahner, dem alle Kategorien des Berufs und auch die Eisenbahnarbeiter angehören, sind vor einigen Monaten die Arbeiter der Florentiner Sektion ausgetreten, um einen neuen Zentralverband der Eisenbahner ins Leben zu rufen. Als Grund des Austritts wurde Unzufriedenheit mit der Zentralleitung angegeben, der der Vorwurf gemacht wurde, das Ergebnis des Referendums über die Verlegung der Verbandzentrale gefälscht zu haben. Weiter warf man ihr vor, das Verbandsvermögen zur Schaffung einer sozialistischen Tageszeitung verwenden zu wollen. Die Konföderation der Arbeit, deren Ausschuss sich soeben mit der Frage beschäftigt hat, glaubt unter diesen Umständen, die Sezession der Florentiner nicht als bloße Disziplinlosigkeit abtun zu können, und erklärte die erfolgte Spaltung zur Kenntnis zu nehmen. Den neuen Zentralverband könnte sie jedoch nur in ihrer Organisation aufnehmen, falls er die Mehrheit der organisierten Eisenbahnarbeiter umfasse, was heute bei weitem nicht der Fall ist.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ertrunkene Kinder.

Chemnitz, 11. Februar. (B. L. B.) In Lungenau brachen heute nachmittag auf dem Eise des zum Rittergut Werthebsdorf gehörigen Teiches drei Arbeiterkinder im Alter von 13, 10 und 7 Jahren, darunter Bruder und Schwester, ein und ertranken, da das Unglück nicht sofort bemerkt worden war.

Ein schweres Dampferunglück.

Paris, 11. Februar. (B. L. B.) Der Passagierdampfer der Compagnie Central Atlantique, „General Chanzy“, ist in der Nähe der Valcarlos Inseln mit 160 Menschen gesunken. Von den 120 Passagieren soll nur einer gerettet sein. Der Dampfer hatte vor dem Sturm in der Nähe der Inseln Anflucht gesucht. Der bedauerliche Unglücksfall ereignete sich zwischen Minorca und Majorca.

Eine Bombenexplosion.

Paris, 11. Februar. (B. L. B.) In Craulich explodierte in vergangener Nacht im Keller des Hauses eines Fabrikbesizers eine Bombe, wodurch großer Schaden angerichtet wurde.

Ein politisches Attentat.

Algier, 11. Februar. (B. L. B.) Der libianische Konsul Dacht ist heute nachmittag von einem Unbekannten durch vier Revolverkugeln in dem Augenblick getötet worden, als er sein Automobil zu einer Ausfahrt bestiegen wollte.

Abgeordnetenhaus.

19. Sitzung, Freitag, den 11. Februar 1910, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Nolcke, Besefer.

Die Tribünen sind überfüllt, die Besetzung des Hauses weist Lücken auf.

Die erste Lesung der Wahlrechtsvorlage.

(2. Tag.)

Abg. Herold (Z.): Unsere prinzipielle Stellung zum preussischen Wahlrecht ist unverändert. Was das Reich im Reichstagswahlrecht gewährt, wird auf die Dauer auch den Einzelstaaten nicht vorenthalten werden können. (Sehr richtig! im Zentrum.) Von diesem Standpunkte aus kann die jetzige Vorlage unseren Beifall nicht finden. Das Reichstagswahlrecht hat sich durchaus bewährt. Der Deutsche Reichstag steht mit seinen Leistungen hinter seinem Parlament, auch hinter dem Abgeordnetenhaus nicht zurück. (Sehr richtig! im Zentrum.) Der Reichstag hat das Bürgerliche Gesetzbuch geschaffen, er hat die notwendigen Rüstungsausgaben bewilligt, er hat die nationale Arbeit gefördert; er hat noch mehr getan; er hat dem Reiche die notwendigen Einnahmequellen erschlossen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wenn wir für das Reichstagswahlrecht eintreten, so kann man uns nicht vorwerfen, wir wollten die Staatsautorität untergraben. Den Ministern bekämpft man nicht dadurch, daß man seine Vertretung vom Parlament fernhält, sondern nur dadurch, daß man die sozialdemokratische Bestimmung in der Bevölkerung bekämpft. (Sehr richtig! im Zentrum.) Das geschieht am besten durch die Förderung eines positiven gläubigen Christentums. (Bravo! l. Z.) Will man die unteren Volksschichten heben, so darf man ihnen nicht Rechte nehmen, sondern man muß ihnen Rechte geben. (Zustimmung im Zentrum und links.) Dann werden auch die unteren Schichten nicht mehr Männer hierherziehen, die hier Szenen wie gestern aufzuführen. (Bravo! im Zentrum.)

Vom reinen Parteistandpunkt aus könnte uns die Form des Wahlrechts sehr gleichgültig sein, denn kein Wahlrecht bringt uns Nutzen oder Schaden. Wir sind hier so stark vertreten wie im Reichstag. Der Ministerpräsident hat das zugegeben aber gemeint, unter dem gleichen Wahlrecht würden sich die Personen der Abgeordneten ändern. Das würde für uns nicht zutreffen. Unter dem Dreiklassenwahlrecht sitzen in unserer Fraktion sechs wirkliche Arbeiter (Hört! hört! im Zentrum); sie sind von der ersten und zweiten Wählerklasse mit derselben Einmütigkeit gewählt worden, wie bei den Reichstagswahlen unsere Arbeiter Männer in hervorragender Stellung gewählt haben. (Bravo! im Zentrum.) So das Zentrum herrscht, da halten alle Volkskreise zusammen. (Bravo! im Zentrum.)

Daß die Vorlage

keine Neueinteilung der Wahlkreise

bringt, halten wir für einen Vorzug. (Lautes Lachen links.) Berlin kommt zwar in seiner Einwohnerzahl, nicht aber im Flächeninhalt seines Gebietes Ländern wie Württemberg und Hessen nahe. Berlin kann sich deshalb schon wegen seines geringen Flächenraumes nicht mehr vermehren. (Zuruf links: Sie unterschätzen uns! Stillschreiende Heiterkeit.) Wir sind nicht prinzipiell gegen die Neueinteilung der Wahlkreise, die uns auch jetzt — ebenso wie 1908 — eine ständige Vermehrung bringen würde. (Lache links: Na, na!) Wir halten aber eine Neueinteilung zurzeit nicht für notwendig, (Lachen links.) Schon deshalb nicht, weil die Verquickung der Vorlage mit dieser Frage ihr Zustandekommen noch mehr erschweren würde. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Die Begründung der Vorlage ist außerordentlich dürftig. Nicht einmal

die geheime Wahl

ist in der Vorlage enthalten. (Sehr wahr! im Zentrum und links.) welche

von allen Bevölkerungsschichten schon lange gewünscht

wird. Ich erkenne darin den Mut der königlichen Staatsregierung. (Lachen im Zentrum.) Die geheime Wahl ist notwendig, damit die Wahl eine freie ist. Die Vereinfachung kommt nicht nur von der Regierung, sondern sie geht auch von den Arbeitgebern aus, vor allem auch von den Sozialdemokraten, welche neuerdings sogar zur Bonlottierung der Geschäftsleute geschritten sind. Von der weitesten der geheime Wahl, nachdem Kantonen erst einer so kurzen Vergangenheit angehört. (Lachendes Sehr richtig! links und im Zentrum.) Nach seiner Ueberzeugung zu wählen ist eine ständige Pflicht, und den Abhängigen, vor allem den Beamten, ist dies nur möglich bei der geheimen Wahl. (Beifällige Zustimmung links und im Zentrum.) Gerade diejenigen Kreise, denen die Vorlage ein Vorrecht bei der Wahl gewährt, wollen, bestehen aus abhängigen Personen, aus Beamten, die ihrer Stellung entzogen werden können, Zivilamtsverwaltern, die überhaupt erst etwas werden sollen. (Beifällige Zustimmung im Zentrum und links.) Das Parlament soll den Willen des Volkes zum Ausdruck bringen, nicht den der Regierung. An eine Volksvertretung die Zammung zu stellen, abhängigen Personen ein verkehrtes Wahlrecht zu geben, das ist wirklich ein starkes Stück. (Sehr richtig! im Zentrum.) Aber auch abgesehen von der Stärkung des Einflusses der Regierung, sind die für die Verleihung des pluralen Wahlrechts gewählten Kriterien ganz verfehlt.

Herr Schiffer sprach sich lebhaft gegen die Drittelung in den Wahlbezirken aus. Aber gerade diese Drittelung drückt den plutokratischen Charakter des Dreiklassenwahlrechts herab und muß daher erhalten bleiben. (Sehr richtig! im Zentrum. Widerspruch bei den Nationalliberalen.)

Mit der Vorlage des Entwurfs ist dem Landtage eine große wichtige Aufgabe zugefallen. Ein Wahlrecht, welches unseren Anschauungen entspricht, werden wir in nächster Zeit in Preußen ganz gewiß nicht erreichen. Aber der vorliegende Entwurf bedarf einer durchgreifenden Veränderung nach verschiedenen Richtungen, um überhaupt eine Verbesserung darzustellen. Wir werden uns bemühen, solche Veränderungen in der Kommission zu erreichen. (Beifälliges Bravo! im Zentrum.)

Minister des Innern v. Nolcke:

Die liberalen Redner des gestrigen Tages und der Abg. Herold haben das geheime Wahlrecht gefordert. Nachdem gestern der Ministerpräsident mit aller Bestimmtheit den ablehnenden Standpunkt der Staatsregierung in dieser Frage entwickelt hat, glaube ich darauf heute nicht näher eingehen zu sollen. Dagegen geben mir andere Erörterungen Veranlassung, jetzt das Wort zu ergreifen. Die Ausführungen des Abgeordneten v. Nitschhofen lassen mich erkennen, daß der Uebergang zur direkten Wahl in seiner Fraktion auf Beben steht. (Sehr richtig! rechts.) Ich muß daran festhalten, daß die Gründe, die die Einführung der indirekten Wahl seinerzeit wünschenswert erscheinen ließen, heute nicht mehr vorliegen. (Widerpruch rechts.) Ich will gern zugeben, daß in ganz einfachen ländlichen Verhältnissen, wo kleine Leute weit von der Stadt wohnen, sie die Zwecke und die Ziele der Parteien nicht genügend übersehen und im kritischen Moment, vielleicht verlockt durch gegenteilige Vorstellungen, sich auf eine Seite stellen, die ihrer inneren Ansicht und ihren Interessen eigentlich nicht entspricht. In dem bisherigen System hatten sie in der Person eines ihnen nahestehenden Vertrauensmannes als Wahlmann eine Anleitung, wurden sie durch diesen an der Stange gehalten. Das sind aber doch heutzutage Ausnahmefälle, auf die man ein Wahlrecht nicht aufbauen kann. (Widerpruch rechts.) Die Einrichtung der indirekten Wahl entstammt einer Zeit ohne Eisenbahn und Telegraphen, einer

Zeit ohne Zeitungen und Vereine. Heute ist die Oberfläche des öffentlichen Lebens erweitert worden. Es kommt heute darauf an, die Wähler aufzuklären, damit sie zur Wahl gehen. Die Wahlbeteiligung war unter der indirekten Wahl eine sehr geringe, und man kann daher sagen: die indirekte Wahl hat wirklich kaum noch eine politische Bedeutung; (Sehr richtig! links und im Zentrum, Widerspruch rechts) sie mindert die Fühlung zwischen den Abgeordneten und den Wählern und beeinträchtigt die selbständige politische Betätigung. Sie ist außerdem äußerlich eine höchst unhandliche Modalität geworden. (Unruhe rechts.) Es liegt im ganzen System der indirekten Wahl, daß sie

die Minderheiten benachteiligt,

und schon dieser Umstand hält viele Wähler von der Wahl zurück. Die Minderheit weiß eben, daß sie nicht zur Geltung kommt. Das Ihnen vorgeschlagene System ist gerechter. Es verhilft den Minderheiten und damit den wirklich in der Masse der Wähler vorhandenen Strömungen zur Geltung. Wenn behauptet wird, daß der Wegfall der indirekten Wahl nicht mehr unter dem Begriff einer organischen Fortentwicklung des bestehenden Wahlrechts fällt, so muß ich darauf verweisen, daß

das geltende Klassenwahlrecht unberührt bleibt. Die Wirkung des Klassensystems läßt sich auch mit anderen Mitteln erreichen, als durch eine Mittelperson. Gegen

die Magimierung

sind verschiedene Einwendungen erhoben worden. Der Abgeordnete Träger meinte, daß nur 13 000 Wähler davon betroffen würden. Da hat er offenbar den indirekten Einfluß dieser Wahrgesetz ganz außer Betracht gelassen. Ueber den Punkt, wo die Magimierung einreißt, läßt sich selbstverständlich streiten. Wie man aber auf eine andere Weise praktisch zu einer Milderung der besagten plutokratischen Wirkung des Wahlrechts gelangen kann, das ist nicht ohne weiteres zu erkennen.

Dann sind von verschiedenen Seiten die Vorschläge angefochten worden, die sich auf

die Merkmale für das Aufrücken in eine höhere Wählerklasse

beziehen. Man hat in meinen Vorschlägen eine ungerechte Benachteiligung der Gewerbetreibenden erblicken wollen. In einer angelegenen Zeitung stand, daß die Maßregel eine Entrechtung des flachen Landes zugunsten der Städte bedeute. Die Wirkung unserer Vorschläge wird überhäuft. Man überseht, daß

die wichtigste Grundlage nach wie vor die Steuerleistung

bleibt, man überseht, daß bei der Berechnung der Steuer die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer ihre volle Vertretung findet. Man konnte daher dem Besiz nicht noch besondere Aufzählungsmerkmale geben.

Die Vorlage soll auch dem Beamtentum eine zu große Berücksichtigung geben. Ja, sind denn die ausgeführten Akademiker und die, die das Zivildienstverhältnis beibehalten haben, ferner die, die sich im Besiz des Zivildienstverhältnisses befinden, wirklich alle Beamte? — Der Abgeordnete Herold sagte von den Zivildienstberechtigten, es wären Leute, die erst etwas werden wollten. Es sind aber in Wirklichkeit Leute, die durch eine lange Reihe von Jahren bereits etwas geleistet haben. (Heiterkeit links.) Auch die Gruppe der im Zivildienst befindlichen Personen kann nicht als eine solche angesehen werden, die der Bürokratisierung des Wahlrechts dienen soll. Es mag sich ja gegen unsere Vorschläge manches und vieles einwenden lassen (Beifälliges Sehr richtig! links), aber es ist doch zu berücksichtigen, daß es nicht wünschenswert war, aus den unteren Abteilungen, besonders aus der dritten alle Elemente heraus zu nehmen, die irgendwie besondere Merkmale beizubringen hatten. Es ist nicht unsere Absicht, den Arbeiterstand in der dritten Klasse zu isolieren. Alle Abteilungen sind untereinander gleich und gleich gut. (Lautes Gelächter links.) Wer von Wählern erster oder dritter Qualität spricht, hat den Sinn des Dreiklassenwahlrechts nicht erfasst (Wiederholtes Gelächter) oder will das nur zu agitatorischen Zwecken ausnutzen, wie es die Sozialdemokraten tun.

Auch aus anderen praktischen Gründen warne ich vor dem Vordringen, bei der Bestimmung der Merkmale für das Aufsteigen in eine andere Abteilung zu weit zu gehen. Nach wie vor soll die materielle Leistung für das Staatswesen — unter besonderer Berücksichtigung des Realbesitzes — die Grundlage für die Abteilungsbildung bleiben.

In der Kommission werden wir uns weiter über Einzelheiten verständigen.

Abg. Frhr. v. Jeditz (fr.):

Die Begründung der Vorlage geht leider um den Nachweis der Notwendigkeit einer Wahlreform herum. Der Herr Ministerpräsident meinte, an der Wahlrechtsagitation sei weniger der Zustand des Wahlrechts selber als vielmehr eine Reihe von Mängeln schuld, deren Beseitigung in der Bevölkerung von einer Wahlrechtsreform erhofft würde. Es ist ja richtig, daß ein stark demokratischer Zug durch unser Volk geht. Leider aber ist diese demokratische Bewegung antimonarchisch und damit auf die Gefährdung der staatlichen Machtstellung Preußens, die ein Grundpfeiler des Reichs ist, gerichtet. (Lachen links, Beifall rechts.) Diese Demokraten verunglimpfen das heutige Preußen in unerhörter Weise. Ich bin stolz darauf, ein Preuze zu sein (Beifälliger Beifall rechts) und weiß, daß die Einrichtungen Preußens dem Vergleich mit keinem anderen Lande zu scheuen haben. (Beifällige Zustimmung rechts.) Ich halte es mit dem Worte des Fürsten Bismarck: Preußen in Deutschland voran! Deshalb fordere ich auch die Vereinfachung von öffentlichen Verhältnissen.

Die Reformbedürftigkeit des Wahlrechts hat man häufig damit begründet, daß es eine zu starke Vertretung des Großgrundbesitzes und der Konservativen bewirke. Aber der Herr Ministerpräsident hat schon darauf hingewiesen, daß unter demselben Wahlrecht früher die Fortschrittspartei und dann die Nationalliberalen hier weit stärker vertreten waren als jetzt die Konservativen. Das beweist, daß nicht der Großgrundbesitz die Ursache dieser starken Vertretung ist, sondern die konservative Strömung im Volke (Lachen links), eine Strömung, welche gerade durch die sozialdemokratische Bewegung gestärkt wird. (Erneutes Lachen links, Zustimmung rechts.) Diese Erklarung der konservativen Strömung zeigt sich nicht nur in Ostpreußen, sondern auch in der Provinz Hannover. Keineswegs unter dem Schutze der Regierung (Beifällige Zurufe links: Doch! doch!), sondern aus inneren Gründen geht sie hervor. Wenn eine große Partei über ein Drittel der Vertretung im Volkshaus stellt (Zuruf links: Volkshaus?) — allerdings! haben wir etwa ein anderes Volkshaus? (Heiterkeit) — wenn also eine große Partei hier so stark ist, so muß sie auch einen Einfluß auf die Regierung ausüben, und das um so mehr, wenn sie von einem so willensstarken Nomen geleitet wird wie gegenwärtig die konservative Partei. (Große Heiterkeit.) Aber dieser Einfluß darf nicht zu einem unmittelbaren Einfluß auf die Maßnahmen der Regierung führen; würden wir wirklich einen ungetrübten König von Preußen haben, so würde das eine Gefahr für unsere politischen Verhältnisse und für Preußen bedeuten. (Heiterkeit links, Zustimmung rechts.) Deshalb war es gut, daß der Ministerpräsident hervorhob, daß die Regierung nicht im Dienste einer Partei steht. (Zuruf links: Das glaubt er selber nicht!) Herr v. Bethmann spricht sicher nur aus seiner Ueberzeugung heraus. (Beifällige Zustimmung rechts.) Und wenn er verärrert, er wolle nicht, daß die Beamten eine bestimmte Partei begünstigen, so ist ihm zu glauben. Aber nicht auf das Volk, sondern auf das Königen kommt es an. (Beifälliges Sehr richtig! links.)

Die Reformbedürftigkeit des Wahlrechts erkennen wir an. Aber die Konsequenz kann nicht sein, das Wahlrecht, unter dem Preußen groß-

geworden ist, durch das Reichstagswahlrecht zu ersetzen. Wenn die Entwicklung in der nächsten Zeit so weiter geht, wird auch Herr Herold bald einsehen, daß das Reichstagswahlrecht sehr große Schattenseiten hat, daß vielleicht bald die Frage gestellt sein wird, ob Reich, ob Reichstagswahlrecht. (Beifälliger Beifall rechts.) Beim Reichstagswahlrecht wird Ungleichartiges als gleichartig hingestellt. Das ist gegen die Gerechtigkeit. Und ist es vernünftig, die Stimmen, die verschieden schwer wiegen, als gleich zu erachten? Dabei wird die Entscheidung in die Hand der Massen gelegt, die an Erfahrung und Urteil nicht reich sind. Das ist nicht Vernunft, sondern politische Unvernunft. Das gleiche Wahlrecht entspricht also weder der Gerechtigkeit noch der Vernunft. (Beifälliger Beifall rechts; Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Zu einer allgemeinen Neueinteilung der Wahlkreise werden wir nicht schreiten können. Diesen Gedanken hat das Haus in jeder Form mit mehr als Zweidrittel-Mehrheit abgelehnt, und daher wäre es ganz unkonstitutionell, wenn die Staatsregierung jetzt in einer Vorlage die Neueinteilung fordern würde. Herr Schiffer verlangt diese Neueinteilung auch nicht auf Grund der Volkszahl, sondern auf kultureller, wirtschaftlicher und historischer Grundlage. Aber auf kultureller, wirtschaftlicher und historischer Grundlage beruht die gegenwärtige Einteilung der Wahlkreise (Stillschreiende Heiterkeit links), und deshalb kann von einer allgemeinen Neueinteilung nicht die Rede sein. (Beifällige Zustimmung rechts.) Worauf es ankommt, das ist die Beseitigung der Mängel des gegenwärtigen Wahlrechts und die Erreichung der Zwecke, die das Wahlgesetz beabsichtigt hat. Wie weit die Vorlage das im einzelnen erreicht, das wird noch Gegenstand eingehender Kritik sein müssen. Sehr bedeutsam ist

die Einführung der direkten Wahl,

die keineswegs bloß formell ist, sondern auch eine sehr wesentliche materielle Bedeutung hat. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die indirekte Wahl lähmend auf die Wahlbeteiligung wirkt und daß eine starke Wahlbeteiligung im Interesse der politischen Erziehung der Bevölkerung zu staatlicher Bestimmung liegt. Mit Recht hat der Minister auch hervorgehoben, daß durch die indirekte Wahl die Minderheit stark beeinträchtigt würde. Bei der direkten Wahl dagegen werden sowohl die ländlichen wie die städtischen Minoritäten mehr zur Geltung kommen. (Ministerpräsident v. Bethmann tritt den Saal.) Bedenken erregt in der Vorlage der starke Sprung, der mit dem Uebergang vom Urwahlbezirk zum Stimmbezirk gemacht wird. Dieser Sprung wird wohl ein Sprung ins Dunkle sein. Es würde auch bei der direkten Wahl eine starke Agitation einsetzen, die der Agitation bei den Reichstagswahlen nichts nachgibt. Und wer weiß, wie verkehrt diese Agitation wirkt, der wird gegen eine Wiederholung Bedenken erregen. In England gestaltet man sich nur alle sechs Jahre eine solche allgemeine Wahl, wir dagegen haben in fünf Jahren zwei derartige Wahlen. Hierin liegt ein starkes Bedenken gegen die direkte Wahl. (Sehr richtig! rechts.)

Die Magimierung

würde nicht dem flachen Lande zugute kommen, sondern den Städten. (Sehr richtig! rechts.) So, wie die Vorlage sie vorschlägt, nach der Höhe der Kommunalsteuerzuschläge, ist sie ungerecht. Die einschneidenden Wirkungen der Magimierung könnten abgeschwächt werden, wenn man von der Drittelung in den Urwahlbezirken, die in vielen Fällen nur der Sozialdemokratie zugute kommen würde, zur Drittelung in den Gemeindebezirken überginge. Dadurch würde man der Demokratisierung des Wahlrechts entgegenstehen, und das entspricht auch dem Sinn des Wahlrechts, das ja dem Mittelstand in der zweiten Abteilung eine entscheidende Rolle zuweisen will. (Sehr richtig! rechts.)

Die

Privilegierung der Bildung

ist ein vernünftiger Gedanke. Bildung und Besiz sind meist nicht mehr — wie früher — miteinander vereint. Da ist eine besondere Berücksichtigung der Gebildeten gerechtfertigt. Aber man darf nicht einseitig die Studierten privilegieren, auch die Männer der Praxis müssen solche Privilegien erhalten.

Unannehmbar ist für uns

die Bevorzugung der Militäranwärter,

weil sie die anderen Beamten, vor allem aber den erwerbstätigen Mittelstand benachteiligt. Man müßte den selbständigen Gewerbetreibenden und den Bauern mit einem Einkommen von mehr als 1800 M. das Aufrücken in die höhere Wählerklasse gewähren. (Abg. Liebnicht (Soz.): Und die Arbeiter?) Die Interessen der Arbeiter werden heute durch das Reichstagswahlrecht schon in einem das berechnete Maß überschreitenden Umfang vertreten, so daß es einer besonderen Berücksichtigung ihrer Interessen im preussischen Wahlrecht nicht mehr bedarf. (Zustimmung rechts.) Trotzdem fällen wir uns stets verpflichtet, die Arbeiterinteressen genau so wie die Interessen der anderen Volksschichten zu vertreten, denn wir sind eben Vertreter des ganzen Volkes! (Beif. Beifall rechts.)

Der Redner geht nunmehr auf die geheime Wahl ein. (Auf: Lauter! Lauter! Auf links: Er genießt sich! Große Heiterkeit.) Die Mehrheit meiner Freunde steht

auf dem Boden der öffentlichen Wahl.

Die geheime Stimmabgabe ist heute der Sozialdemokratie weniger vorteilhaft als die öffentliche. Aber wie dem auch sei, etwas Positives wird bei dieser Vorlage nur herauskommen auf der Grundlage der öffentlichen Wahl! (Beif. Beifall rechts, Unruhe links.) Selbst wenn wir hier die geheime Wahl beschließen wollten, würde das Herrenhaus da nicht mitgehen, sondern wieder die öffentliche Wahl einsehen. Und die Regierung würde kaum geneigt sein, durch einen Verzicht auf diese Opposition des Herrenhauses zu brechen. (Auf links: Abwarten!) Also:

die Sache wird mit der öffentlichen Stimmabgabe gemacht, oder sie wird nicht gemacht.

(Zuruf links: Nie!) Das sollten Sie (nach links) sich bei Ihrer endgültigen Stellungnahme vor Augen halten. Das wirtschaftliche Abhängigkeitsverhältnis kann gegen die öffentliche Wahl nicht vorgebracht werden. Es ist wirklich nicht so arg mit dieser Abhängigkeit, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Vergarbeiter in Oberschlesien und im Rheinland in aller Öffentlichkeit und ungeachtet der Kandidaten ihrer Arbeitgeber niederknien müssen. Eine Minderheit meiner politischen Freunde ist ja für die geheime Wahl, aber auch die Mehrheit sieht es als Ehrenpflicht an, dem gewerblichen Mittelstand in den Städten das Wahlrecht durch die öffentliche Wahl nicht verkümmern zu lassen. Freilich ist das eine sehr schwere Aufgabe, aber es muß versucht werden. (Hört! hört! und Gelächter links.) Möge es zu einem Wahlrecht kommen, das die Eigenart des preussischen Staatslebens sichert. Das wird auch im Interesse des Reiches liegen. (Beif. Beifall rechts, Zischen links.)

Abg. Ströbel (Soz.):

Als wir Sozialdemokraten gestern dem Ministerpräsidenten den unerwarteten Empfang bereiteten, da glauben wir, daß auch andere Parteien in unseren Protest einstimmen würden. Wie glauben das, weil die Wahlrechtsvorlage nicht nur eine Provokation der Sozialdemokratie bedeutet, sondern eine ungeheuerliche Provokation des ganzen preussischen Volkes. (Beifällige Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Unruhe rechts.) Hinter der Sozialdemokratie stehen in Preußen 2 Millionen Wähler. (Erneutes Unruhe rechts.) Ueberhaupt steht hinter den Parteien, die eine Wahlreform im Sinne des Reichstagswahlrechts fordern, die Mehrheit der Wähler in ganz Preußen. (Sehr richtig! links.) Für die Freimütigen, das Zentrum, die Polen und Sozialdemokraten sind in Preußen von insgesamt 6 881 000 Stimmen 4 273 000 Stimmen abgegeben worden. Also % aller preussischen Wähler fordern die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und

Direkten Wahlrechts. (Lebhaftes Hört! Hört! links.) Wenn wir die Nationalliberalen noch hinzurechnen, die auch eine gründliche Umgestaltung des Wahlrechts fordern, so ergeben sich von 8881 000 Stimmen 5 128 000. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Demgegenüber haben Konserwativen, die Reichspartei und wie diese ultrareaktionäre Elemente alle heißen, zusammen nur 1793 000 Stimmen.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten, Unruhe rechts.) Das sind die Herren, die sich als die Vertreter Preußens aufspielen! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Also nur ein kleiner Bruchteil der Wähler steht hinter Ihnen, und nicht etwa deshalb, weil sie alle Konserwativen waren, sondern zum Teil nur deshalb, weil sie leider noch an der politischen Unbildung leiden, die die der Ministerpräsident so sehr beklagt hat. Und dieser kleine Bruchteil mag sich an Preußen zu vertreten und die Regierung kommandieren zu wollen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die ungeheure Mehrheit des preußischen Volkes fordert das allgemeine und gleiche Wahlrecht, und die Regierung verweigert es auf Befehl der Junker.

(Wasoh! bei den Sozialdemokraten, Unruhe rechts.) Die politischen Tatsachen beweisen, daß die Regierung tatsächlich nur dem Drängen der Junker gehorcht, wenn sie eine solche Ausdehnung von einer Wahlrechtsvorlage hier vorgelegt hat. Die Herren v. Hohenhausen, Alvensleben, Janssen, Kretsch, Pappenheim und Nischhofen kommen an die Reihe und die Regierung gehorcht. Sie weiß ja auch, warum. Wie oft sind die Minister durch die Konserwativen gestürzt worden! Bülow, Hohenhausen und Caprivi, sie stürzten, weil oder sobald sie nicht mehr Lakaien der Junker sein wollten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Ministerpräsident bestreitet, daß die Regierung den Junkern untertänig sei. Dann ist es um so schlimmer, wenn die Regierung aus eigener Ueberzeugung eine solche Wahlrechtsvorlage einbringt, denn dann beweist sie, daß sie Fleisch vom Fleische und Geist vom Geiste der Junker ist. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das ist das aller schlimmste, was einer Regierung nachgesagt werden kann. (Lärm rechts.) Der Ministerpräsident sagte, man müsse sehen, was hinter den Strömungen in der Öffentlichkeit steht. Hinter den harmlosen Strömungen steht das Verlangen nach Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen. Natürlich haben wir Sozialdemokraten den Willen zur Macht, den jede Partei haben muß. Die Sozialdemokratie hat den Willen zur Macht aber nicht in dem Reichsbesenen Sinne, auch nicht im Sinne der Junker, sondern sie verlangt die Einführung gleicher Rechte für das ganze Volk zum Wohle des ganzen Volkes. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ist der Wille zur Macht, den die Sozialdemokratie allezeit haben wird. Wir wollen auch den Staat nicht unterminieren, sondern wir wollen überhaupt erst einen wehrhaften Staat organisieren an Stelle der Zwangsinstitution, die gegenwärtig in Preußen besteht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten, Unruhe rechts.) Der Ministerpräsident erklärte, daß die Regierung seiner Partei zuliebe und keiner Partei zuliebe lediglich aus idealen Gründen des Staatswohles ihren Standpunkt in der Wahlrechtsfrage einnehme. Derselbe Ministerpräsident mit seinen rein idealen Gründen müßte aber dem Freisinn zu, aus dem erbärmlichsten Fraktionegoismus gegen die Einführung des gleichen und allgemeinen Wahlrechts Stellung zu nehmen. Die Freisinnige Vereinigung habe nur ein Mandat mit Hilfe der dritten Abteilung erlangt, und deshalb würde der Freisinn bei der Einführung des allgemeinen Wahlrechts wahrscheinlich Nachteile haben. Ist denn der Freisinn bis jetzt selbständig gewesen? Wenn der Ministerpräsident erklärte, bei einem demokratischen Wahlrecht bürde der Freisinn seine Selbstständigkeit ein, so kann man nur darauf antworten, daß der Freisinn bis jetzt genötigt gewesen ist, mit den Junkern und Wahlrechtsfeinden zusammenzugehen. Es wäre vielleicht minder kompromittierend, wenn der Freisinn künftig mit der Sozialdemokratie zusammengehen würde gegen das Junkertum. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen dem Freisinn nicht zurechen, er mag das halten wie er will. Der Ministerpräsident hat dann gesagt, daß man mit dem gleichen Wahlrecht böse Erfahrungen machen werde. Es ist sehr eigentümlich, daß der preussische Ministerpräsident, der doch zugleich deutscher Reichsminister ist, derartige Gründe gegen das allgemeine Wahlrecht geltend macht. (Sehr richtig! links.) Das läßt darauf schließen, daß er auch für das Reichstagswahlrecht im Reich nicht all zu sehr eingenommen sein kann Gerade er sollte dafür eintreten, daß dieses Reichstagswahlrecht in keiner Weise angefaßt wird, auch nicht durch Ausführungen, die er selbst hier gemacht hat. Der Ministerpräsident hat weiter ausgeführt, Preußen könne das gleiche Wahlrecht nicht erhalten, weil eine Teilung der Aufgaben durchgeführt sei. Diese Teilung ist doch aber auch in Süddeutschland durchgeführt, und dort hat man ein

freies Wahlrecht.

Warum soll das nicht in Preußen möglich sein? Der Ministerpräsident kann doch nicht behaupten, daß Süddeutschland in kultureller Beziehung hinter uns zurückbleibt. Wenn er das glaubt, dann mag er es sagen. Die Antwort, die ihm dann von Süddeutschland gegeben würde, wird er sich nicht hinter den Spiegel stecken. (Sehr richtig! links.) Gerade die Aufgaben, die Preußen vorhalten sind, machen es notwendig, daß der Wille der Bevölkerung das gleiche Wahlrecht eingeräumt wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Fragen der Justiz, des Schulwesens, der Staatsbetriebe und der sozialen Gesetzgebung zwingen das Proletariat geradezu, die Tätigkeit des Landtags mit der größten Aufmerksamkeit zu verfolgen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist das Recht der stärksten Klasse in Preußen, das gleiche Wahlrecht zu verlangen. Der Ministerpräsident hat auf die Wahlfolge der Konserwativen in England hingewiesen. Nun, wenn Deutschland nicht eine umerlöse Notienpolitik getrieben, wenn der Notienverein nicht eine so

landwässige Hege gegen England

ingeniert hätte und wenn bei den letzten Reichstagswahlen nicht die Konserwativen und alle staatsbehaltenden Parteien mit dem Reichsverband eine Hege gegen England getrieben hätten, dann hätten auch die Konserwativen in England nicht so sehr in Chauvinismus machen können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Also unsere Reichsverbändler und die Parteien, die sich ihrer bedient haben, haben die Stärkung der Konserwativen in England hervorgerufen. Das mag freilich unseren Konserwativen nicht unangenehm sein, aber sie dürfen nicht vergessen, daß durch dieses Schären des Chauvinismus auch drüben in England die Flottenrüstungen ins Uferlose wachsen werden. England baut immer mehr Kriegsschiffe. Deutschland wird folgen und das Ende wird

der finanzielle Krach oder ein Krieg

sein. Diese Entwicklung haben Sie verschuldet. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Unruhe und Widerspruch rechts.) Bei den Betriebsverwaltungen kommt das große Heer der Unterbeamten in Frage. Bei der Besoldungsreform haben gerade die Unterbeamten am schärfsten abgeschnitten. Die Militärämter allerdings sind schon damals besonders begünstigt worden. Die Unterbeamten haben selbst das Gefühl, daß ihre berechtigten Ansprüche nicht befriedigt worden sind. Wenn Sie das nicht wüßten, würden Sie auch nicht so lebhaft für die Verbeibaltung der öffentlichen Stimmabgabe eintreten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Lage der Staatsarbeiter ist keineswegs so günstig, daß ihre Verhältnisse nicht aufgebessert zu werden brauchen. Ein Bahnunterhaltungsarbeiter verdient durchschnittlich 2,71 M. und ein Werkstättenarbeiter 2,94 M. pro Tag. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Das sind menschenunwürdige Löhne. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Damen der Gesellschaft geben soviel allein für ihre Handtäuche aus, für ihre Hüte oder für ihre Zupons. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Ministerpräsident hat dann auch den Geist der Beamten verherrlicht und den

Geist der Verwaltung. Es soll nicht bestritten werden, daß es unter den preussischen Beamten viele persönlich tüchtige Individuen gibt. Aber man müßte Bände reden, wenn man eine wirkliche Kritik an dem preussischen Verwaltungssystem üben würde. Fürst Bismarck hat einmal über die preussische Bürokratie wörtlich das folgende gesagt: Die Bürokratie ist freibeständig an Haupt und Gliedern, nur ihr Magen ist gesund, und die Gefesextremamente, die sie von sich gibt, sind

der natürlichste Dreck von der Welt."

(Weiterkeit links.) Ich möchte betonen, daß dieser Ausspruch Bismarcks nicht auf unsere Wahlrechtsvorlage gemünzt war, sondern er stammt aus den 60er Jahren. Dieser Ausspruch beweist auch noch etwas anderes. Der konserwatibe Redner hat sich gestern über den schlechten Ton der Sozialdemokraten entäuert. Er hat eine Rede von meinem Parteigenossen Ernst auf dem Parteitag der preussischen Sozialdemokratie gelesen. Der Ausspruch Ernst ist außerordentlich harmlos gegenüber dem Jnismus und der unwürdigen Draht dieser Ausdrucksweise des Fürsten Bismarck. An Bismarck gemessen ist Herr Ernst noch das reine Penfionsfräulein. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Der Ministerpräsident hat ferner erklärt, die Parlamente trügen dazu bei, die politische Bildung zu verflachen. Die Abgeordneten haben das richtig mitangehört und selbst die Herren der Rechten haben geschwiegen. Vielleicht hatten sie mal einen Augenblick wirklicher Selbsterkenntnis. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wenn wirklich der Parlamentarismus dazu beiträge, die politische Bildung zu verflachen, so würde sicherlich eine Rede, wie sie der Ministerpräsident gestern hier gehalten hat, nicht aufgeführt dazu beitragen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.)

Es hat den Reiz des Abg. Schiffer erregt, daß Herr v. Nischhofen sich so unvorsätzlich mit uns beschäftigt hat. (Weiterkeit.) Freiherr v. Nischhofen hat sich zunächst darüber entäuert, daß wir den Ministerpräsidenten mit Frustration empfangen haben. Das entspricht nicht der gegenseitigen Achtung, die man hier füreinander hegen müßte. (Sehr richtig! rechts.) Wenn wir von dem guten Ton und der gegenseitigen Achtung sprechen, dann dürfen Sie einiges nicht vergessen, was sich im letzten Jahre hier zugetragen hat. Als hier von einem Abgeordneten den sozialdemokratischen Abgeordneten gegenüber von „politischen Strömen und Wegelagerern“ gesprochen wurde, da war es gerade die Rechte, die diesem Abgeordneten frenetischen Beifall gollte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ist Ihr guter Ton. Denken Sie auch daran, daß ein führender Konserwativer einem unserer Abgeordneten „Wenge!“ zurief. Das war ein Komum in diesem Hause. Und die Herren genierten sich auch wegen dieses Ausdrucks und sorgten dafür, daß künftig die Zwischenrufe nicht mehr in das Protokoll hineinkämen. Und dann denken Sie an Herrn Dieß-Daber:

die Minister können und sonst was!

Zu solchen kufullischen Genüssen werden wir die Minister niemals einladen. (Große Weiterkeit.) Sowohl der Ministerpräsident als auch Freiherr v. Nischhofen haben gesagt, die Wahlrechtsfrage sei eine interne preussische Angelegenheit. Das ist nicht richtig. Schon der Grundtag, daß Reichsrecht über Landesrecht geht, gibt dem Reichstage das Recht, sich mit den Wahlfestgen der einzelnen Bundesstaaten zu befassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch Preußen besitzt im Reichstage seine Vertretung, in der auch der Wille der preussischen Volksvertretung zur Geltung kommt. Wenn der Reichstag beschließt, daß das Wahlrecht in Preußen geändert werden möge, so läte die preussische Regierung gut, diesem Beschlusse Rechnung zu tragen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Widerspruch rechts.) Es wurde von Herrn v. Nischhofen als etwas ganz Absurdes hingestellt, daß auch

den Frauen dasselbe Wahlrecht wie den Männern

eingeräumt werden soll. Ich halte es umgekehrt für ganz absurd, wie man heutzutage, wo es 10 Millionen erwerbstätiger Frauen gibt, diesen das Wahlrecht verweigern kann. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es gibt Tausende studierender Frauen und auf allen Gebieten des Erwerbslebens haben sich die Frauen als den Männern ebenbürtig erwiesen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man könnte ja sagen, daß die Frau ihren Mann beeinflussen könne und so ihre Wünsche zur Geltung kämen. Nun, wir sind denn doch in höherem Maße Anhänger des Rechtes der Individualität. Es wäre sehr wohl denkbar, daß die Frau eine andere politische Meinung besäße als der Mann. Es ist ihr unveräußerliches Recht, dieser eigenen Meinung auch Ausdruck zu geben. Die Frauen sind angeblich auch geistig minderwertig; aus den Frauen soll noch kein Genie hervorgegangen sein. Ich weiß nicht, ob die Genies hier im Hause so zahlreich sind. (Weiterkeit.) Wenn man weiter sagt, die Frauen besäßen zuviel Sinn für das Neuzerliche, so möchte ich doch darauf erwidern: Eine Frau würde ein solches Wahlgeseh, wie das vorgelegte, sicherlich eingebracht haben. (Lachen rechts.) Soviel Sinn für Neuzerlichkeit würde eine Frau nicht beweisen wie die Regierung, die den ehemaligen Unteroffizieren ein höheres Wahlrecht einräumen will, weil sie eine Uniform getragen haben. Da bezeugen wir gerade bei den Autoren dieses Wahlrechtes jenem schlechten, angeblich weiblichen Zug, der nur auf das Neuzerliche sieht.

Ein eigentümlicher Standpunkt ist auch der des Freiherrn v. Nischhofen, daß man eine Statistik wie die Wahlstatistik gar nicht tendenziös entstellen könne. Es kommt doch darauf an, wie die Zahlen gruppiert werden. Man kann die irreführendsten Schlüsfolgerungen aus an und für sich ganz richtigen Zahlen herleiten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Vielleicht begreift das Freiherr v. Nischhofen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Na, vielleicht auch nicht!) Derselbe Herr hat die grandiose Entdeckung gemacht, daß die zweite Abteilung das Jünglein an der Wage sei. Aber was ergibt sich denn daraus? Die Zahl der preussischen Urmwähler beträgt 7700 000. Davon gehören der ersten Klasse an rund 300 000, der zweiten Klasse 1 000 000; also zusammen 1 300 000. Diese 1 300 000 Urmwähler können die dritte Klasse vollständig einfließen machen. Wenn nun aber nur etwas mehr als die Hälfte der zweiten Abteilung sich zur ersten schlägt, dann

genügen schon 810 000 Wähler, um 7 000 000 anderer Wähler vollständig einfluß- und rechtlos zu machen.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ergibt sich aus der Behauptung des Freiherrn v. Nischhofen, und darauf hat er sich so sehr viel zugute getan! Wenn er weiter nichts nachweisen kann, so ist das doch ein Beweis von einer Wescheidenheit, auf die kein geistiges Austreten eigentlich nicht schließen lieh. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir sozialdemokratischen Abgeordneten sollen keine Arbeitervertreter sein, weil wir selbst keine Arbeiter sind. Es gibt mehrere ehemalige Arbeiter unter uns, der eine war Hutmacher, der andere Kasse. Wenn die Arbeiter sich politisch betätigen, so werden sie schon durch Maßregelungen gezwungen, ihren ehemaligen Beruf aufzugeben. Das werden dem Herrn v. Nischhofen auch die christlichen Arbeiter bestätigen. Aber wenn man dieser Verweidung folgen wollte, so wäre das Preussische Abgeordnetenhause nie und nimmermehr als Vertretung der Arbeiterklasse anzusehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben unter uns 47 Verwaltungsbeamte, 33 Justizbeamte, 147 Landwirte, meistens Großgrundbesitzer. Und wie ist es bei den Konserwativen bestellt? Wir haben dort 17 Landräte in Dienst, 33 Großgrundbesitzer, 0 Kaufleute, 8 Rentner und

80 Arbeiter.

Sie tragen es, uns mit solchen Gründen zu kommen, trotzdem in Ihren Reihen nicht nur kein Arbeiter, sondern auch keine Vertreter des Mittelstandes sitzen! Und ein so selten angelegter Debattier, als welchen sich Herr v. Nischhofen damit erweisen hat, renommiert dann noch damit, daß er englisch sprechen kann. (Zuruf des Abg. Freiherr v. Nischhofen.) — Französisch können Sie also auch. Sie können wahrscheinlich auch mensa (lat.: der Tisch) definieren. (Weiterkeit.) Das ist gar nicht so etwas rares, sehr viele Handlungsbreisende können das auch. Was soll diese Bildungsprophetei? Herr v. Nischhofen lobt erst unsere Volksschule, bedauert, daß wir diese Volksschulbildung nicht erhalten hätten, und dann tut er sich etwas zugute auf seine Kenntnis des Französischen und Englischen. Ich glaube, er hat auch studiert und kennt auch die griechische und lateinische Sprache einigermaßen. Nun bildet er sich etwas darauf ein, daß er auf der Privilegiertenschule eine etwas höhere Bildung erworben hat.

Damit spottet er über die große Masse des Volkes,

die sich ein höheres Maß von Bildung infolge ihrer Klassenstellung nicht anzueignen vermocht hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nun renommiert er mit seiner erquänten Bildung der sozialdemokratischen Fraktion gegenüber, in der sich unter fünf Mann auch zwei akademisch Gebildete befinden, zwei Leute, die es an formaler Bildung vollständig mit ihm aufnehmen können. Und was die politische und überhaupt allgemeine Bildung anbelangt, so würden wir alle wahrhaftig seinen Wettbewerb mit ihm zu scheuen brauchen. Ein kleiner Bub, der mensa definieren kann, ist Holz darauf, aber daß sich jemand hier im Landtag hinstellt und damit renommiert, daß er Englisch kann, das hat die Geschichte des preussischen Parlaments noch nicht gesehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Weichmann Hollweg und Herr v. Nischhofen mögen doch einmal in einer sozialdemokratischen Volksversammlung erscheinen und zeigen, wie weit sie mit ihrem Wahrgang besonderer politischen Bildung kommen. Ich glaube, wenn Herr v. Weichmann sprechen würde, dann würde er eine sehr beruhigende, besänftigende und einschläfernde Wirkung erzielen. (Weiterkeit) und um die Erfolge, die Freiherr v. Nischhofen erzielen würde, könnte ihn wahrscheinlich ein Zirkuslöwe beneiden. (Weiterkeit.)

Herr v. Nischhofen hat wieder einmal die Revolution an die Wand gemalt und die Junker als Stütze von Thron und Altar empfohlen. Das machen ja die Herren Junker immer so, das ist man schon aus den Zirkus Wusch-Versammlungen gewöhnt. Dabei haben gerade die Herren Konserwativen sich nicht geniert, die angeblich geheiligte Person des Königs zu insultieren. Hat nicht die konserwatibe Presse den König zum Wortbruch aufgerufen? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Waren es nicht konserwatibe Blätter, welche erklärten, „Das Versprechen der Krone ist unter Bülow's Regiment gegeben worden, also braucht es unter dem Weichmann Hollweg nicht mehr eingelöst werden?“ (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Das war offene Anreizung zur Begehung einer Verlosgigkeit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) So respektieren die Herren Junker, die Königsstreuen bis in die Knochen, das Ansehen des Königs. Diese Leuten suchen denn auch den König bange zu machen vor der Revolution. Im vorigen Jahre erzählten sie uns hier: Euch Sozialdemokraten treiben wir ja mit der Feuerprobe auseinander, aber im Zirkus Wusch sprechen sie von wackelnden Thronen. Die Krone wäre recht schlecht beraten, wenn sie den Ratsschlägen der Junker folgen wollte. Gibt es doch keine besseren Bodenreiter für die Revolution, als gerade die Junker und die Junkerpolitik!

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gerade die preussische Geschichte beweist, daß die Ratsschläge der Junker zur Demütigung des Königs geführt haben. Friedrich Wilhelm IV. war auf Rat des Ministers v. Bodelschwingh bereit, dem Volk eine Verfassung zu geben, aber da machten sich die Herren Junker, die Schatzkammer, wie der General v. Gellach, heran und veranlaßten den König, dem Volk nicht das geringste zu bewilligen. Es fiel das Wort, daß das Verhältnis der Treue nicht erfüllt werden solle durch ein „Beschriebenes Blatt Papier“. Aber die Geschichte hängt nicht lediglich vom Willen der Junker ab. Als der Sturm der Revolution über Europa hinbraute, als die Throne zusammenbrachen, schmolz auch in Preußen der eitel absolutistische Wahn, und der König wurde gezwungen, dem Volke eine Verfassung zu geben.

vor den Barikadenkämpfern den Hut zu ziehen!

Nun zur Wahlrechtsvorlage selbst. Daß sie für die große Mehrheit der Bevölkerung nur eine Verschlechterung bedeutet, ist ja fast von allen Rednern des Hauses ausgesprochen worden. Man hätte meinen sollen, das herrschende Wahlsystem, von dem Bismarck einmal gesagt hat, daß es die große Masse der Bevölkerung zu Heloten mache, sei so elend, daß es nicht mehr verschlechtert werden könne. Und doch ist das Unmögliche der Regierung gelungen. Die Wahlreform ist keine Reform für, sondern gegen die Entrechteten. Das hat nicht bloß in sozialdemokratischen Blättern gestanden, auch in der liberalen Presse, bis in die nationalliberale Presse hinein konnte man lesen, daß die Reform der Ausfluß eines armenhellen Polizeigeistes, daß sie kleinlich, geschäftig und schlaunlos sei.

Durch die Vorlage wird die Dreiklasseninteilung aufrecht erhalten. Kann es etwas Ungeheuerlicheres, etwas Verlehernderes geben, als daß man die von Natur und Vernunft gleichberechtigten Bürger in drei Klassen teilt und zwar so, daß die Wähler der ersten Klasse zwanzigmal so viel Wahlrecht wie die der dritten Klasse haben? Und wonach wird die Verteilung der Wähler in die drei Klassen vorgenommen? Nach der Größe des Geldsacks oder des Grundstücks, über das jemand verfügt. Der Besitz ist doch kein Verdienst, sondern nur ein Glücksstand. Besitz soll Energie, Fleiß und Sparfamkeit voraussetzen. Ich will kennen das, Fleiß und Sparfamkeit sind nicht mehr ausschlaggebend für die Bildung gerade der großen Vermögenden. Die werden durch die strapasselose Spekulation gewonnen oder durch

die rücksichtslose Ausbeutung der Nebenmenschen.

Nicht nur Lohnarbeiter werden ausgebeutet, sondern auch der Geschäftsmann, der Gastwirt, auch der Bauer, der Hypothekenzinsen zu bezahlen hat. Sie alle arbeiten und schinden sich im Schweiße ihres Angesichts, sie schaffen die Reichtümer, die der Besitzer des Kapitals sich dann aneignet. Nicht die fleißigen Arbeiter erhalten ein höheres Wahlrecht, wie es eigentlich logisch wäre, sondern der Ausbeuter erhält es. Wir errichten gegen die ausländische Konkurrenz Schutzwälle, wir bringen Unsummen für Meer und Flotte auf, um Deutschland zu schützen. Aber die Kapitalisten haben 30 Milliarden Kapital im Auslande angelegt. Dort hilft das den deutschen Arbeitern erprobte deutsche Kapital der deutschen Industrie Konkurrenz machen, dort hilft das deutsche Kapital die Reichsarmee gegen Deutschland bauen und diese Kapitalisten erhalten zum Lohn dafür das vielfache Wahlrecht! Der Unternehmer soll als Betriebsleiter ein großes Verdienst beanspruchen dürfen. Oft ist er nur der Form nach Betriebsleiter, in Wirklichkeit nur Kaponabschneider. Aber auch der wirkliche Leiter würde nur den zwanzigsten Teil oder noch weniger dessen verdienen, was ein Millionär gegenwärtig erwirbt. So hat der alte Krupp das Geschäft in die Höhe gebracht, der junge Krupp als Inhaber dieses unermesslichen Vermögens kümmert sich um seinen Betrieb verhältnismäßig wenig. Wie beim mobilen, so ist beim im mobilen Kapital, bei den Großgrundbesitzern. 30 Proz. des preussischen Grund und Bodens gehören ihnen. Ist es denn ein Verdienst des Junkers, wenn die Soalen stricken, wenn das Vieh gediebt? Sie schinden sich nicht im Sonnenbrande ab,

Sie arbeiten sich keine Schwielen in die Hände.

Das sind die Landarbeiter und Kleinbauern und die sollen entschuldigt werden. Die Junker haben in Preußen deshalb eine so ungeheure Macht, weil hier im Grunde nicht weniger als 118 Großgrundbesitzer sind. Die Klassenunterschiede sind das ungeheuerlichste Unrecht, das überhaupt ausgedacht werden kann. Die Denkweise der Junker hat bereits 1845 ein pommerischer Junker einmal recht drastisch ausgesprochen. Er sagte: „Ich bin konfessionell, das heißt Anhänger des Prinzips der Erhaltung, weil geschrieben steht: wer da hat, dem wird gegeben und als echter Preuße verstehe ich den Spruch suum cuique nicht bloß in dem Sinne: Erhalte, was du hast, sondern:

Nimm, was du kriegen kannst.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Aber nicht nur die Junker, sondern auch die Vertreter der Industriekapitalisten verteidigen das Dreiklassenwahlrecht. Der nationalliberale Abg. Schmieding hat sich direkt dafür ausgesprochen. Er hat dann allerdings das Dreiklassenwahlrecht in bestimmter Weise mit dem Pluralwahlrecht verknüpft. Er scheint auch der Vater des Gedanken der Privilegierung der Unteroffiziere zu sein. Durch solche Ausfädelungen, wie sie Herr Schmieding in der „Nationalzeitung“ dazu gemacht hat, predigt er selbst in aufreizender Form und mit verheißender Schärfe den Klassenkampf. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Nun wird in der Vorlage und von Herrn Schmieding behauptet, daß die Klassenunterschiede gewissermaßen in der Natur begründet seien. Das ist ja eine wunderbare Auffassung der Geschichte, daß die Klassenunterschiede ewig und daß ewig auch mit der Massenausbeutung Massenunterdrückung verbunden sein müsse. Das soll von der Natur begründet und von Gott gewollt sein! Da muß ich denn doch sagen, daß eine ärgere Blasphemie gar nicht ausgesprochen werden kann. Das ist

geradezu Gotteslästerung.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie tun sich ja so viel gute auf Ihr Christentum. Aber eine ärgere Gotteslästerung kann nicht ausgesprochen werden als die, daß durch die von der Allmacht begründete Ordnung der Dinge ewig der Zustand der Anarchie der Massen aufrecht erhalten werden müsse. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir sind keine solchen Gotteslästerer, wir meinen, daß die Klassenunterschiede, Klassenrechte und Unterdrückungen Folgen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sind. Wir wollen das Wohl der Gesamtheit fördern, und deshalb treten wir ein für die Beseitigung aller Privilegien.

Das Dreiklassenwahlrecht ist aufgebaut auf Besitzunterschiede. In Preußen gibt es 104 000 Jeniten mit einem Einkommen von mehr als 9000 M. Diese 104 000 Jeniten haben zusammen ein Einkommen von 3150 Millionen Mark. Das macht pro Kopf ein Einkommen von 30 000 M. 1903 gab es nur 80 000 solcher Jeniten, die nur 2265 Millionen Mark Einkommen hatten, was pro Kopf 28 000 M. ausmacht. Diese Zahlen sind sehr interessant, sie beweisen, daß die Reichen immer reicher werden. Sie sind wirtschaftlich übermächtig und bedürfen des Schutzes durch das Dreiklassenwahlrecht nicht. Wohl aber bedürfen des Schutzes die Massen, denn

aus ihrem Schweiß ziehen die Reichen das Gold.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Zahl der Steuerpflichtigen mit einem Einkommen von mehr als 900 M. hat sich stark vermehrt. Aber diese Tatsache beweist gar nichts. Die Lebensmittelpreise sind in einem Maße gestiegen, daß heute ein Einkommen von 1200 M. nicht mehr ist als vor mehreren Jahren ein Einkommen von 900 M. Dazu kommt, daß die Zahl der Steuerpflichtigen mit einem Einkommen von mehr als 900 M. deshalb so gewachsen ist, weil für die Arbeitgeber die Steuerdenunzationspflicht für ihre Arbeiter eingeführt ist. Wir haben ja kürzlich sehr interessante Auseinandersetzungen über Steuerhinterziehung gehabt. Professor Hans Delbrück behauptet, daß von den Besitzenden ungenügende Summen hinterzogen werden. Die liberale Presse wirft das den Agrariern vor, die konfessionelle Presse dem mobilen Kapital. Ich glaube, beide haben recht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sehr interessant sind auch die Zahlen der Ergänzungssteuer. Wir haben in Preußen 1 1/2 Millionen Jeniten, die ein Vermögen von 91 Milliarden versteuern. Davon haben 144 000, also knapp 10 Proz., ein Einkommen von 55 Milliarden, 300 000, also 20 Proz., besitzen 67 Milliarden. Die Masse des Mittelstandes besitzt nur 24 Milliarden von insgesamt 91 Milliarden. Kamenlich das Vermögen der Reichen, der 2 Millionen, ist gewachsen. Das sind geradezu aufreizende Zahlen, und deshalb müssen sie hier im Dreiklassenhaus erwähnt werden. Seit 1895 hat sich das Vermögen der Millionäre von 13 auf 23,6 Milliarden erhöht. Jeder einzelne Millionär hat seit 1895 sein Vermögen durchschnittlich um eine Million vermehrt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Geld vermehrt sich nicht von selbst, sondern die neuen Werte werden geschaffen. Aber nicht von der Arbeit der Millionäre, sondern von Arbeit, und die Millionen sind daher aus den Taschen des arbeitenden Volkes herausgeholt worden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ein Wahlrecht, das den Besitz begünstigt, vergrößert und befördert die

ungeheuerlichste Volksausplünderung.

Nun wird immer gesagt, den Arbeitern gehe es nicht schlecht, das beweisen die Sparkasseneinlagen. Nach der neuesten Statistik begifferten sich diese Einlagen 1903 auf 9573 Millionen Mark. Das ist schon relativ sehr wenig gegenüber den 91 Milliarden, die der Besitz sein eigen nennt. Und diese Summe entfällt auf nicht als 10 Millionen Sparkassensparer. Auf die Wähler mit einer Einlage bis zu 600 M. — das sind die Bürger des kleinen Mittelstandes, entfallen nur etwa 1300 Millionen Mark von insgesamt 9573 Millionen Mark, und selbst wenn man die Mehrereinlagen bis zu 1500 M. hinzurechnet, entfällt auf alle diese Einlagen bis zu 1500 M. nur ein Betrag von etwa über 3000 Millionen Mark. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch in anderer Beziehung sind die Zahlen der Sparkassensparnisse sehr interessant. Sie beweisen nämlich, daß in der Zeit der Krise gerade das Proletariat am aller schwersten gelitten hat. Denn im Jahre 1903 sind in den preussischen Sparkassen nur 162 Millionen Mark neue Einlagen gemacht worden, während allein die Neueinlagen der Bürger im Betrage von mehr als 3000 M. mehr als 250 Millionen betragen. Daraus ergibt sich mit aller Klarheit, daß gerade von den kleineren Sparkasseneinlegern höhere Summen abgehoben als neu eingelegt worden sind! So wird gerade durch die Sparkassensparnisse, auf die sich auch der Finanzminister v. Rheinbaben berufen hat, das Märgen der Wohlhabenheit des Proletariats und des kleinen Mittelstandes gründlich widerlegt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Seibehalten werden soll auch die Wahlkreiseinteilung. Etwas Ungeheuerliches als diese Wahlkreiseinteilung ist gar nicht denkbar. Es ist deshalb um so erschütterlicher, daß der Vertreter des Zentrums sich andrücklich

für Beibehaltung der skandalösen Wahlkreiseinteilung

erklärt hat, die eine Entrechtung der großen Masse des Volkes bedeutet, das in den Großstädten und Industriezentren wohnt. Der Herr Abgeordnete Herold sollte sich erinnern, daß sich bereits im vorigen Jahre 5 Zentrumabgeordnete schämten, mit der Mehrheit des Zentrums gegen die Neueinteilung der Wahlkreise zu stimmen. Wir werden dafür sorgen, daß die Stellung des Zentrums zu der Neueinteilung der Wahlkreise in Industrie- und Arbeiterkreisen allgemein bekannt wird. Wir werden dafür sorgen, daß das Zentrum gezwungen wird, den Lebensinteressen der Industriearbeiterschaft Rechnung zu tragen! Die Argumente, die Herr Herold vorbrachte, waren recht schmutziger Art. So erklärte er, daß Ostpreußen

deshalb größere Berücksichtigung verdiene, als Berlin mit seiner großen Einwohnerschaft, weil Ostpreußen ein größeres Areal beziehe. Danach müßte also das Wahlrecht an der Bodenfläche haften, statt den Wählern selbst erteilt zu werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Und wenn Herr Herold von der historischen Entwicklung spricht, die berücksichtigt werden müsse, so sind wir ganz seiner Meinung, nur verlangen wir, daß nicht nur die historische Entwicklung der Vergangenheit berücksichtigt wird, sondern die

lebendige Entwicklung der Gegenwart.

die die großen Städte und die gewaltige Industriearbeiterschaft geschaffen hat. Die Ungeheuerlichkeiten der preussischen Wahlkreiseinteilung sind geradezu haarsträubend. In Scharin-Sároda-Breschen oder Preussisch-Holland-Mohrungen entfällt auf 8700 Wähler ein Abgeordneter, während in Schneberg-Nitzdorf je einmal sowie Wähler, genau 87 000, ebenfalls nur einen Abgeordneten wählen dürfen! In Scharin-Sároda-Breschen hat jeder Wähler der 1. Klasse 150mal so viel Wahlrecht, als ein Berliner Wähler 3. Klasse. Nach einer Berechnung, die ich angestellt habe, ergibt sich, daß hinter jedem freikonservativen Abgeordneten 13 000 Wähler stehen, hinter jedem konservativen 15 000, hinter jedem Zentrum- und sozialdemokratischen 19 000, hinter jedem nationalliberalen 20 000, hinter jedem freisinnigen 28 000 und hinter jedem der sieben sozialdemokratischen Abgeordneten, die damals gewählt wurden, 40 000 Wähler. Die Konservativen haben also lediglich durch die Einteilung der Wahlkreise doppelt so viel Wahlrecht als die Freisinnigen und dreimal so viel als die Sozialdemokraten. Das ist natürlich ein Zustand, von dem Sie (noch recht!) wünschen, daß er möglichst lange konserviert wird. Doch dieses Wünschen fasse ich mein Urteil über dies Wahlrecht und diese Wahlkreiseinteilung dahin zusammen, daß es

etwas Dümmeres und Unverfroreneres

überhaupt nicht geben kann. (Lebhaftige Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Da muß man schon auf dem Standpunkt des pommerischen Junkers Thadden-Triggloff stehen, der 1848 bei einer Wahlrechtsdebatte gesagt hat: Er könne ein Grundprinzip nicht anerkennen, nachdem etwa auf 10 000 Pfund Menschenfleisch inklusive Menschenknochen ein Wahlmann kommt, und vielleicht 40 000 Pfund Menschenfleisch einem Abgeordneten stellen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dieses unerhört zynische Wort ist außerordentlich charakteristisch für den Standpunkt der Anhänger dieser Wahlkreiseinteilung. Für die Anhänger des Dreiklassenwahlrechts und der Wahlkreiseinteilung ist das Volk also nicht eine Summe von Menschen, nicht eine Summe von Persönlichkeiten mit differenziertem Seelen- und Geistesleben, sondern ein Quantum Menschenfleisch, und nicht nach der Größe dieses Quantums Menschenfleisch soll das Wahlrecht verteilt werden, sondern etwa nach dem

Quantum von Schweine- und Ochsenfleisch,

das in den agrarischen Bezirken vorhanden ist. (Lachen rechts.) Das ist das logische Ergebnis: es gehört eine geradezu kannibalisches Verachtung des menschlichen Seelenlebens und des menschlichen Geistes zu einem solchen Standpunkt. Allerdings das Gehirn spielt ja keine große Rolle bei den Konservativen (Lachen rechts), es genügt bei Ihnen eine große Achtung. Die Vacher mögen im Freisinn der „Deutschen Tageszeitung“ folgende jüngerliche Selbstcharakteristik nachlesen, die dort vor einigen Tagen stand: „Kunst und Wissenschaft — natürlich, sie sind schon von Wert; aber wir haben davon reichlich, beinahe zu viel.“ Das ist Ihre (noch recht!) Wertschätzung von Kunst und Wissenschaft. Nichts rechtfertigt also die Ungleichheit der Wahlkreise. Den Landbesitzern soll das gleiche Recht nicht verweigert werden. Wir Sozialdemokraten sind wahrhaftig nicht Bauernfeindlich, wohl aber die Herren Konservativen, die die Masse der Kleinbauern, der Kätner, der Köstäten in die dritte Klasse hineinbringen wollen, während sie selbst als Großgrundbesitzer in der ersten wählen. Aber das Land darf an und für sich nicht mehr Wahlrecht beanspruchen als die Stadt. Die Bauernhöfe, die in die Industriebezirke abwandern müssen, werden in dem Augenblick entrechtet, wo sie Industriearbeiter werden. Das ist doch absurd. Ich erwarte vom Zentrum, daß es seinen Widerstand gegen die Neueinteilung der Wahlkreise aufgeben wird. Um so schärfer für das Zentrum, wenn es hier versagt! Die Kommission muß von Grund auf neue Arbeit machen. Wenn dadurch der Regierung die Vorlage unannehmbar werden sollte — ah, das schadet nichts, dann fällt eben die Vorlage, und dann sorgen wir dafür — hoffentlich nicht nur wir Sozialdemokraten, sondern auch die Freisinnigen und das Zentrum — durch Erregung eines Volkssturmes (Beifall rechts) — Ihr Vach zeigt nur,

wie Sie die Massen verachten —

daß die Regierung genötigt wird, recht bald eine ganz andere Wahlrechtsvorlage einzubringen. Das ist ein Verbesserungsvorschlag, ist gänzlich unzulänglich. Die Regierung kommt für die Massen der Wähler ja gar nicht in Betracht; sie ist bei Nichtbeachten nur eine Konzession an die Besitzenden. Bisher hatten wir ja den wunderbaren Zustand, daß auch Minister und Beiräte gelegentlich in der dritten Klasse wählten. Es ist vorgekommen, daß ein Vordellbesitzer in der ersten und der Generalsuperintendent in der zweiten oder dritten Klasse wählten. (Hört! hört! links.) Das sind die Folgen dieses Wahlrechts. Der Wechsellat und der Generalsuperintendent sollen ja nun aus der dritten Klasse herausgehoben werden, aber die großen Massen der Wähler bleiben weiterhin in der dritten Klasse. Die Regierung bedeutet sicher eine Verschlechterung des Wahlrechts für die Freisinnigen und Nationalliberalen zugunsten des Zentrums und der Konservativen. Aber davon, daß eine Partei einen Vorteil oder einen Nachteil vom Wahlrecht hat, darf man doch keine Stellungnahme zum Wahlrecht überhaupt nicht abhängig machen. Der Freisinn sollte mit allem Nachdruck für das völlig gleiche Wahlrecht eintreten und es wäre gut gewesen, wenn er das längt mit einem viel höherem Nachdruck getan hätte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es wäre sehr sonderbar, wenn der Freisinn und die Nationalliberalen sich auch gegen die Beibehaltung der Drittelung nach Wahlbezirken wenden wollten. Die Forderung der Drittelung nach Wahlkreisen und Gemeinden kann nur derjenige erheben, der das Prinzip der Verteilung des Wahlrechts nach der Größe des Geldsacks anerkennt. Der Freisinn darf gegen die Drittelung nach Wahlbezirken nicht kämpfen, weil sie wenigstens relativ das Proletariat begünstigt. In Berlin haben wir nur deshalb sechs Mandate erobern können, weil wir auch 22 000 Wähler in der zweiten Klasse hatten. Eine Drittelung nach Wahlkreisen oder über die ganze Gemeinde wäre eine

unerhörte Verschlechterung.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Eine weitere Forderung des Wahlrechts ist die Verteilung des Privilegs an die Bildung. Auch diese Forderungen müßten vom Zentrum und der ganzen Linken abgelehnt werden, denn sie beseitigen nicht Vorrechte, sondern schaffen neue Vorrechte. Durch solche Forderungen wird das skandalöse Unrecht des Dreiklassenwahlrechts nicht beseitigt, sondern gestärkt und verewigt. Treten die Nationalliberalen und die Freisinnigen trotzdem für die Schaffung neuer Privilegien ein, so werden wir das mit aller Schärfe draußen im Lande brandmarken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Bevorzugung der Bildung ist nur ein Privilegium des Besitzes. Nur der kann eine höhere Schule besuchen, der in der Wahl seiner Eltern vorfindet. Wenn in Berlin 10 Proz. der Plätze für Kinder aus armen Verhältnissen freigegeben werden, so beweist das gar nichts. Die höheren Schulen bleiben Klassenschulen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dazu kommt: die wirklich höhere Bildung deckt sich nicht mit der Bildung, die auf unseren höheren Schulen erworben ist. Gerade die politische Bildung ist in den Kreisen der sogenannten Gebildeten in viel geringerem Maße

anzutreffen, als bei der Arbeiterklasse. Das haben auch einflußreiche Liberale anerkannt. Das Falsche und Groteske an der Vorlage ist das Unteroffiziersprivilegium. Es wäre wirklich schmerzschade gewesen, wenn die Verfasser der Vorlage sich diesen Irrsinn einfallen lassen hätten. Der Sekretär des Reichstages ist unserer Regierung mehr als der fleißige Mann der erblichen Arbeit. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das Unteroffiziersprivilegium wird so wahrscheinlich fallen. Aber dieser Vorstoß zeigt auch dem Bernagelsten, wie die Regierung über das Volk denkt. Die Regierung will sich offenbar eine Prätoriengarde schaffen, eine

Schutztruppe für Junker und Großkapital,

weil sie mit Recht annimmt, daß in Preußen kein vernünftiger Mensch mehr für sie eintreten wird. (Anruhe rechts.) Diese Prätorien sollen zur Wahlurne kommandiert werden und unter der Fuchel der öffentlichen Wahl abstimmen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wie wäre es, wenn man auch ein Wahlprivilegium für die Streikbrecher einführen wollte, oder, wie wäre es, wenn man den ehemaligen Unteroffizier in die erste Klasse avancieren ließe, der wegen Soldatenmishandlungen bestraft ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts.) Die öffentliche Abstimmung mit ihrem Terrorismus, mit ihrer schamlosen Gefinnungslosigkeit soll nach wie vor zu reaktionären Wahlen verhelfen. Wie haben in Preußen 800 000 abhängige Beamte und Staatsarbeiter und die werden durch die Fuchel der öffentlichen Abstimmung verhindert, so zu stimmen, wie sie wollen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nun hat es sich die „Voll. Ztg.“ nicht verheißt können, vom Terror der Sozialdemokratie zu sprechen. Auch der Ministerpräsident sprach vom Terror der Arbeiter. Ja, kann man es denn dem Arbeiter verdenken, wenn er als Käufer seine Groschen nicht zu dem Mann trägt, der bei der öffentlichen Abstimmung gegen die Interessen der Konsumenten gestimmt hat? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Arbeiter müßte ja geradezu ein Hebenhohel gebräuter Efel sein, wenn er so etwas machen wollte. Das wird er auch in Zukunft nicht tun. Wir möchten den Terror beseitigen, wir möchten auch nicht, daß die Geschäftsleute abhängig sind; aber so lange dieses öffentliche Wahlrecht besteht, werden Sie es den Arbeitern nicht verdenken können, wenn sie so handeln wie es ja gerade das öffentliche Wahlrecht will. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Ministerpräsident hat auch gar keine Ursache, sich über die Sozialdemokraten und deren Terror zu entrüsten. Diese Abhängigkeit der Geschäftsleute von der Arbeiterklasse ist doch offenbar auch eine „von Gott gewollte Abhängigkeit“, für die er eine lange Geduld hat. Der von der Sozialdemokratie seinerzeit gebildete Terror war eine gebotene und in ihren Motiven durchaus

hochmoralische Abwehraktion.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie hat auch gewirkt, sie hat mehr gewirkt als die platonischen Forderungen, die Jahrzehntelang der Freisinn erhoben hat. Denn daß jetzt die Nationalliberalen für die geheime Abstimmung eintreten und auch einige Freikonservative, das ist dem Vorgehen, dem Widerstand der sozialdemokratischen Arbeiter zu danken. Der Abgeordnete Redlich will auf dem Lande die öffentliche Abstimmung bestehen lassen, aber für die Städte die geheime Abstimmung einführen. Also die Junker sollen Terrorismus üben können, aber den Arbeitern sollen auch in dieser Beziehung die Hände gebunden werden. Und wie Terrorismus geübt wird von der rechten Seite, das beweisen zwei Fälle, die ich nur kurz erwähnen will. Als im Jahre 1903 bei den Landtagswahlen die Stadt Goslar in ihrer Mehrheit nationalliberal gestimmt hatte, da wurde vom Bund der Landwirte der Vorkauf über die Geschäftsleute der Stadt Goslar verhängt. Und als im vorigen Jahre in Northelm ein nationalliberaler Wahlverein gegründet worden war, da verhängten die Wähler wiederum den Vorkauf über alle Geschäftsleute und abhängige Ergänzungen, welche diesem nationalliberalen Verein beigetreten waren. (Hört! hört! links.) So üben Sie Terror! Und dann wagen Sie es, über sozialdemokratischen Terror sich zu entrüsten? Beseitigen Sie die öffentliche Abstimmung, dann beseitigen Sie den Terror. Solange das nicht geschieht, wird die Arbeiterklasse sich einfach zur Wehr setzen. Die Regierung bringt dann noch folgendes kuriose Argument für die öffentliche Abstimmung: In der ersten Klasse, wo doch nur wenige Personen wählen, würde das Wahlgeheimnis doch nicht gefährdet werden. Die reichen Leute, die Millionäre, die höchsten Beamten, welche Nachteile hätten denn die davon zu befürchten, wenn man wirklich erfähre, wie sie gestimmt haben? Es sei denn, daß einige von ihnen sozialdemokratisch gestimmt hätten! Aber dann werden doch nicht nur Terror üben, dann wird die Regierung Terror üben! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Noch ein Argument, das eigentlich parlamentarisch nicht qualifizierbar ist. In der Begründung heißt es: gegen böswillige Verlegungen des Wahlgeheimnisses und gegen terroristische Beeinflussungen der Wahl schützt auch die geheime Wahl erfahrungsgemäß nicht. Das wagt dieselbe Regierung zu schreiben, die sich mit Händen und Füßen — natürlich nach den Wünschen und Befehlen der Junker — dagegen streut, daß endlich zur Sicherung des Wahlgeheimnisses allgemeines Wahlurnen eingeführt werden. Gerade die Junker, die Herren auf dem Lande sind es ja, welche Wergläser, Jagartreppen, Suppentertinen und ähnliche Gegenstände benutzen. Es werden die Wahlurnen der Reihe nach hineingelegt und der Reihe nach geöffnet. Da Nach geführt ist, wie abgestimmt worden ist, kann man daraus ganz genau entnehmen, wie auf dem Lande abgestimmt wird. So wird auf dem Lande erfahrungsgemäß von den Herren von der Rechten der ungenierteste Terrorismus ausgeübt, und die Regierung, die das ganz genau weiß und dies System hält und fördert, wagt es, einen solchen Satz in die Begründung hinein zu nehmen.

Die Vorlage ist von A bis Z in allen Details geradezu eine Beleidigung des gesunden Menschenverstandes, eine einzige Provokation des Volkes.

(Lebhaftige Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir raten nicht nur den Parteien, sondern auch der Regierung und auch der Krone, die Vorlage gründlich umzugestalten. Politische und soziale Klassenherrschaft dauert nicht ewig. Das beweist die Geschichte der Herren von der Rechten. Wieviel haben die Junker nicht aufgeben müssen! Sie haben das Recht aufgeben müssen, als Kandidat der Kaufleute zu überfallen. (Heiterkeit rechts.) Sie machen es jetzt ja viel besser durch die Felle. Sie haben sich der Fürstenmacht beugen müssen. Der berühmte Historiker Gustav Freytag illustrierte die Junker damals folgendermaßen: „Sie waren Lumpen, bei aller Rauffucht ohne festen Mut, sie wurden allgemein für eine Landplage gehalten und mit Schweißregen vergossen, aber sie waren bei alledem hochmütig, durchaus aristokratisch gesinnte Wesen.“ (Heiterkeit.) Und weiter sagt Gustav Freytag: „Es war die Zeit, wo die adelige Mutter ihre Tochter selbst mit Freuden in die Arme eines niederlichen Fürsten führte und wo der Hofmann die Gattin dem Fürsten gegen Vergütung überließ.“ (Heiterkeit.) Die Junker haben auch die Leibeigenschaft aufgeben müssen, einen Zustand, den selbst Graf zu Dolna dahin kennzeichnet, daß aus den Fenstern des herrschaftlichen Schlosses Jubel und Beherkung ertönte und unter den Fenstern der Stadt des Frouvogts schwirrte.“

So werden die Junker auch weitere Privilegien preisgeben müssen. Das Volk läßt sich solche Anrecht auf die Dauer nicht gefallen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es wird seine Mündigkeitserklärung vom Parlament, von der Regierung und von der Krone verlangen. Andere Regierungen sind ja auch so klug gewesen, zum Beispiel Despotenreich Kaiser Franz Joseph erklärte, daß die Regierung nicht nur verpflichtet sei, auf die großen Zeitströmungen zu achten, sie sei auch den Völkern verantwortlich; durch die Wahlreform werde dem Gedote der Gerechtigkeit entsprochen.

Bei uns bringt man dem Volke kein Vertrauen entgegen. Bei uns begegnet man dem Volke auch seitens der Krone mit feindseligem Mißtrauen.

Vizepräsident Dr. Krause: Herr Abgeordneter Ströbel, diese Verletzung der Ehrwürde vor dem Könige ist auch eine Verletzung der Ordnung des Hauses; ich rufe Sie zur Ordnung. (Beifall rechts.)

Abg. Ströbel (fortfahrend): Durch die Vorlage wird nach wie vor die Masse des Volkes mit gefesselten Händen den Junkern preisgegeben. Auch in Deutschland ist Preußen mit seinem reaktionären Wahlrecht ja vollständig isoliert und auch deutsche Fürsten selbst erkennen die Notwendigkeit des allgemeinen und gleichen Wahlrechts für die Bundesstaaten an, so Ludwig von Bayern, der bayerische Thronfolger.

Er hat ausgeführt: Seiner Anschauung nach sei die geheime Wahl ein Schutz der Schwachen gegen die Starken. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es gäbe gewissenslose Menschen genug, die ihre Untergebenen zwängen, ganz anders zu wählen, als diese wählen möchten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese Scheuten auch nicht davor zurück, ihre Untergebenen nur wegen einer nicht genehmigen Stimmabgabe aus dem Dienste zu entlassen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die verknüpfsten Wahlssysteme gäben kein getrenntes Bild von der Gesinnung der gesamten Bevölkerung, wenn nicht ein gleiches und allgemeines Wahlrecht vorhanden wäre. (Hört! hört! b. d. Soz.) Das sprach der bayerische Thronfolger, und die Dynastie dieses Staates sollte durch ihr Verhalten Vergleiche mit dem Verhalten der bayerischen Dynastie herausbeschwören. Das könnte noch einmal für sie

verhängnisvoll

werden. Es ist eine ganz unsäglich verblendete Auffassung, wie sie Graf Posadowsky früher und Herr v. Bethmann gestern vertreten hat, daß die preussische Dynastie, dieses wunderbare Gebilde, eines der wunderbarsten, welche die Geschichte kennt, um mit dem Grafen Posadowsky zu sprechen, seinen ausgesprochenen Gegnern nicht sans phrase ausgeliefert werden soll. Ich würde es mir tausendmal überlegen, durch solche Ausführungen die Monarchie derartig zu diskreditieren. Eine Diskreditierung ist es, wenn man die Krone mit der Volkswelt in Gegensatz bringt, wenn man den

König gewissermaßen als ersten Junker

hinstellt, als Kollegen des Junkers v. Oldenburg. Das ist eine Verleumdung, deren sich ein Minister nicht schuldig machen sollte. Die Krone und alle die da meinen, die große Masse des Volkes müsse Vertrauen zu ihr haben, müssen erst einmal der großen Masse durch die Tat beweisen, daß sie Vertrauen zu ihnen fegen kann. Einweisen aber beweisen sie das jenseitige Gegenteil.

Herr v. Nitschhofen behauptete, daß die Sozialdemokratie nicht die Vertreterin der Kultur wäre, aber die Konservativen, das wären die Vertreter des Christentums. Ich habe das ja schon illustriert. Aber ich muß es noch einmal kurz und bündig ausdrücken: die Sozialdemokratie hat allen Anspruch darauf, als Trägerin der Kultur angesehen zu werden. (Sehr richtig! links. Lachen rechts.) Sie hat sich um die Volkswelt ungeheure Verdienste erworben. (Sehr richtig! links.) Was von jedem ehrlichen Gegner anerkannt werden sollte. (Erneutes Sehr richtig! links.) Sie hat freie Volkshäuser und Kunstinstitute aller Art geschaffen. (Zuruf

rechts.) Allerdings decken sich unsere Auffassungen nicht mit denen der Junker. Goethe, Schiller, Herbart Hauptmann und Ibsen würden sich bedanken, zu den Junkern gezählt zu werden. Wir haben auch musikalische Kunsttendenzen geschaffen. Sie werden doch nicht meinen, daß man dadurch die Krone zum Wackeln bringen könnte. Diese Bildungsbestrebungen sind gar nicht von politischen Erwägungen ausgegangen. Wir sind auch jederzeit mit großer Energie für die Verbesserung der Volksschule eingetreten, weil wir meinen, daß das Volk nicht nur ein Recht auf genügende materielle Existenz hat, sondern auch das Recht, sich zur Sonnenhöhe der Kultur emporzuentwickeln. (Lachen rechts.) Aber solange das Volk durch die Schmach des Dreiklassenwahlrechts im materiellen Elend erhalten wird, solange wird es in einem kulturwidrigen Zustande erhalten bleiben. Wir besitzen auch nationalen Sinn, soviel wie nur irgend einer von Ihnen (nach rechts). Es ist ein Beweis für die Gesundheit unseres nationalen Sinnes, daß wir für die Hebung der großen Masse eintreten. (Sehr richtig! b. d. Soziald.) Die Nation sind nicht die 60 000 freikonservativen Wähler, auch nicht die Herren vom Zentrum, die Nationalliberalen und Freisinnigen, die Nation sind die große Masse des Volkes, die sich aus den Arbeiterschichten zusammensetzt. Wenn wir also für deren Hebung eintreten, so handeln wir so, wie es der Nation zur Ehre gereicht.

Auch Sie (nach rechts) sollten sich etwas von diesem nationalen Pflichtgefühl aneignen. (Lachen rechts.) Wir lieben unser Vaterland, wenngleich es sich noch zum großen Teil im Besitze der Junker befindet, und wenn auch das Eigentum des Arbeiters am deutschen Lande nach einem Worte Adolf Hoffmanns, der hoffentlich bald wieder unser Kollege sein wird (Spöttisches Bravo! rechts) in den Blumenbüschen vor seinem Fenster besteht. Dennoch lieben wir unser Vaterland, wenn wir die Wälder durchstreifen und die Gipfel der Kiefern und Buchen über uns rauschen hören. (Aha! rechts.) Das ist

unser deutsches Vaterland, das wir dem Volke erobern wollen.

Daß das aber nötig ist, ist unsäglich traurig und beklüchtet so recht Ihren (nach rechts) nationalen Sinn. (Lachen rechts.) Deshalb wollen wir auch das Wahlrecht ändern. — Höchst wahrscheinlich wird ja das Unteroffiziersprivilegium fallen. Aber selbst wenn wir ein Wahlrecht erhielten, das nicht dieses Privilegium einschließt und das auch die geheime Abstimmung vorzieht — ja, was wäre uns damit gegeben? Sogar der konservative Professor Deibsch kann ein solches Wahlrecht nicht einmal als eine Abschlagszahlung ansehen. Sie (zum Zentrum und Linken) werden sich doch wohl an Radikalismus und Volkstümmlichkeit von einem konservativen Professor nicht beschämen lassen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Ich hoffe also, Sie werden mit uns den Wahlrechtskampf überall zur hellsten Flamme anfordern lassen unter der gemeinsamen Parole:

fort mit diesem infamen, niederträchtigen Wahlsystem, fort mit dieser hundsfüßlichen Vorlage!

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.)

Vizepräsident Dr. Posch: Wegen dieser letzten Äußerung rufe ich Sie wieder zur Ordnung.

Abg. Korjany (Vole): Das Land wird erkaunt sein, wie ein so weltfremder Mann wie Herr v. Bethmann-Hollweg der erste Beamte des Staates sein kann. (Lachen rechts.) Er redet von Unabhängigkeit und von Freiheit der Beamten, während das Gegenteil die tägliche Praxis ist. Auch müssen wir dagegen Protest erheben, daß der Ministerpräsident das Reichstagswahlrecht herabsetzt.

Vizepräsident Dr. Posch: Das können Sie nicht sagen. Sie können höchstens sagen, daß er diesen Effekt erzielt hat.

Abg. Korjany:

Ich will ja nicht sagen, daß er es bewußt getan hat; vielleicht war es unbewußt. (Heiterkeit und Lachen rechts: Au, au!) Der Reichstag steht himmelhoch in seinen Leistungen über dem Abgeordnetenhaule. (Schallendes Gelächter rechts.) Der Abgeordnete Herr v. Bethly hat seine zwei alten Stiedenpferde geritten: die katholische Geistlichkeit und die Sozialdemokratie. (Heiterkeit.) Es ist unglaublich, daß die Regierung jetzt, nachdem man in Rattowitz Beamte gemahregelt hat, diese Vorlage bringt und glaubt, damit den Beamten noch etwas zu bieten. Wir werden nicht raufen, ehe wir nicht das Reichstagswahlrecht in Preußen erkämpft haben. (Bravo! bei den Polen.)

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr. Schluß 4 Uhr.

Freie Jugendorganisation Rixdorf. Sonnabend, den 12. Februar, abends 8 Uhr, in folgenden Lokalen Zahlabend: Bezirk 1. Lokal Koblischmidt, Rogalstr. 17. Vortrag des Herrn Böhrow über: „Die Ursachen der französischen Revolution“. — Bezirk 2. Lokal Söhnle, Wellestr. 8. Vortrag des Herrn Ringmann über: „Weselsenbewegungen im Mittelalter“. — Bezirk 3. Lokal Schöge, Fellerstr. 31. Vortrag des Kollegen Groß über: „Jugendbewegung“. — Bezirk 4. Lokal Klein, Cannerstr. 15. Vortrag des Herrn Jul. Hildebrandt über: „Die Entstehung der deutschen Gewerkschaften“. — Bezirk 5. Lokal Kofagek, Pichs-Jambierstr. 77. Vortrag des Herrn Rowakowsky über: „Alkohol und Jugendbewegung“. — Bezirk 6. Lokal Geisberg, Sammerstr. 53. Vortrag des Herrn Kerlich über: „Welchen Wert hat die Literatur für die arbeitende Jugend?“

Sonntag, den 13. Februar, nachmittags 2½ Uhr, im „Karlsgarten“, Karlsgartenstr. 6-10: Mitgliederversammlung. I. Vortrag des Herrn Dr. Alfred Bernheim über: „Allgemeine Gesundheitspflege“. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Geschäftsführers. Nege Beteiligung zu allen Veranstaltungen erwartet. Der Vorstand.

Berliner Arbeiter-Schachklub. Jeden Montag: Abt. Lichtberg bei Blume, Alt-Borsbagen 56. Jeden Dienstag: Abt. Seebing bei Schulz, Rixstr. 13b; Abt. Rixdorf bei Stahmann, Rixstr. 46; Abt. Ost I bei Böhm, Rixdorsdorfer Str. 26. Jeden Donnerstag: Abt. Noabit bei Pfele, Pichsstr. 25. Jeden Freitag: Abt. Nord-West bei Lamprecht, Puffstr. 10; Abt. Gensendrummen bei Pfele, Drontheimer Str. 4; Abt. Schindler bei Ullrich bei Bagana, Gaudstr. 3. Jeden Sonntag 8-10: Abt. Battlstraße bei Möhrenhof, Battlstraße, Ecke Usedomstraße. Sonnabends in allen Abteilungen freier Schachabend.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (S. d. 29. Hamburg). Filiale Berlin 6. Sonnabend, den 12. Februar, abends 8½ Uhr: Mitgliederversammlung bei Freiheit, Dragonerstr. 15.

Zentralverband der freien Händler, Gaukerer und verwandten Berufsgruppen Deutschlands. Elz-Haus (Verwaltungsstelle Berlin) heute abend 8½ Uhr bei Drösel, Neue Friedrichstr. 35; Generalversammlung. Mitgliedsbuch legitimiert.

Meteor-Platten



5 Tage zur Probe! Billiger als bar!

Wer jemals einen Sprechapparat gekauft oder die Absicht gehabt hat, einen solchen zu erwerben, wird die Erfahrung gemacht haben, daß der beste Apparat seinen Zweck verfehlt, wenn nicht gleichzeitig eine reichhaltige Plattenauswahl zur Verfügung steht. Die Anschaffung eines Sprechapparates, der in guter Qualität und würdiger Ausstattung immerhin eine beträchtliche Ausgabe bedeutet, zwingt dauernd zu weiteren nicht unbedeutenden Ausgaben für Platten, wenn der Apparat nicht ganz seinen Zweck verstehen soll. — Diese Tatsache wird, wie wir aus dem Verkehr mit unseren nach vielen Tausenden zählenden Kunden wissen, als höchst lästig empfunden und raubt zahlreichen Liebhabern die Freude an ihrem Sprechapparat. Denn der kleinen mit dem Apparat zusammen erhaltenen Plattenzahl ist man schnell überdrüssig und zu dauernden großen Ausgaben für Neuanschaffungen fehlt oft die Lust. Aber selbst wenn man sich hierzu entschließt, wächst das Plattenrepertoire sehr langsam und erst nach Jahren ist man in der Lage, über eine Plattenkollektion zu verfügen, die jedem musikalischen Unterhaltungsbedürfnis Rechnung trägt. — Unsere Offerte soll alle diese Uebelstände mit einem Schläge beseitigen! Wir wollen der Sprechmaschine nunmehr den ihr längst gebührenden Platz in jedem Heim und in jeder Familie sichern, wollen jedermann den ständigen Genuß eines vollständigen Theaters, Konzerts, Varietés

100 Stücke auf einmal zus. mit 1 Luxus-Apparat it. nebensteh. Beschreibung **5 Mark** gegen Kredit von 36 Monaten und zwar gegen Monatszahlungen von

Ohne jede Anzahlung

Obwohl wir für den Apparat allein 60.— Mk., für jede der 50 Doppelplatten 3.— Mk. berechnen, Apparat und Platten also zusammen 210.— Mk. kosten würden, ermäßigen wir, um den Entschluß zur Anschaffung unserer Kombination zu erleichtern, den Gesamtpreis auf 180.— Mk., ein Preis, der also trotz der außerordentlich bequemen Zahlweise billiger als bar ist. — Wenn man bedenkt, wie leicht und achlos 15 Pfennig täglich für gleichgültige oder vergängliche Dinge ausgegeben werden, wird niemand zögern, von unserer Offerte Gebrauch zu machen, um seiner Familie, seinen Freunden und Bekannten diesen musikalischen Schatz zu verschaffen. — Bezüglich der Ausstattung des Apparates verweisen wir auf die nebenstehende Beschreibung. Wir haben für unseren Zweck einen Apparat gewählt, der nicht nur in musikalischer Hinsicht den vorwiegendsten Ansprüchen genügt, sondern der auch infolge seiner gediegenen und geschmackvollen äußeren Ausstattung eine Zierde jedes Wohnraumes sein wird. — Unsere Meteor-Platte ist von anerkannter Qualität und ein hervorragendes Fabrikat, das durch seine nach Millionen zählende Verbreitung seine Güte bewiesen hat. — Trotzdem wollen wir Gelegenheit geben, unseren Apparat und Platten vor dem Kauf auf das Genaueste zu prüfen, damit jeder Reflektant unbeflüsselt persönlich die Ueberzeugung von dem Wert unseres Vorzugsangebots gewinnen kann. — Wir erklären uns daher bereit, den Apparat mit der ganzen Kollektion von 100 Stücken ernsthaften und solventen Reflektanten auf 5 Tage zur Probe vom Tage des Empfanges an gerechnet, zu überlassen, ohne jede Anzahlung, lediglich gegen

Tragung der minimalen Spesen für Hin- und Rücktransport. Wir würden eine derartige Offerte nicht machen, wenn wir nicht von den hervorragenden Qualitäten unserer Platten und Apparate überzeugt wären. Wir übernehmen nicht nur die Garantie für die wortgetreue Ausführung dieser unserer Vorzugsangebote, sondern haften auch dafür, daß keinerlei Nachberechnung von Extraspesen wie Emballage etc. stattfindet, daß keinerlei Anzahlung zu leisten ist und daß lediglich die minimalen Spesen der Zusendung sowie der eventl. Rücksendung seitens des Empfängers zu tragen sind. Ebenso sichern wir allen Anfragen bereitwilligste Beantwortung zu.

Bial & Freund, Breslau 2 Verandhaus — gegründet 1864

Ausstattung des Apparates:
Gediegenes und geschmackvoll verornetes Eichen-Gehäuse von 31 cm Durchmesser und 15 cm Höhe, großer Plattenteller, Trompetenarm-Erichtung, Präzisionswerk, Lotos-Trichter von 42 cm Schallöffnung.

Wer schon einen Apparat besitzt
kann unsere komplette Platten-Kollektion zum Preise von 180 Mk. gegen eine Monatszahlung von 5 Mk. beziehen, da unsere Platten auf allen Apparaten gespielt werden können.

- Verzeichnis der 100 auserlesenen Stücke**
Orchester. 1. Etudiantina-Walzer, 2. Wiener Paterliden, 3. Dollaprizessin, 4. Mikado, 5. Apollo-Klänge, 6. Geschiedene Franz, 7. La Czarin, 8. En carriere, 9. O Susanna, 10. Ein Könen bischen Liebe, 11. 12. Studentienlederquadrille, 13. Krakowiak, 14. Sturmlopp, 15. 16. Bayerische Volksmelodien, 17. Dachauer Liebesgeschichte, 18. Bayerischer Schupplattler, 19. Admiral Stosch-Marsch, 20. Vindobona-Marsch, 21. Carmen, 22. Aida, 23. Erzherzog-Albrecht-Marsch, 24. Bayerischer Avancier-Marsch, 25. Tiroler Holzackerbuh'n, 26. Unter dem Doppeladler, 27. Fehrbellner Reitermarsch, 28. Der Teufel lacht dazu, 29. Waldmenschel, 30. Radetzky-Marsch, 31. Fanfare militaire, 32. Vorwärts-Marsch, 33. Teufelsmarsch, 34. Ziegenbockmarsch, 35. Tannhäuser, 36. Lohengrin, 37. 38. Fackeltanz, 39. Dichter und Bauer, 40. Carmen, 41. Dollaprizessin, 42. Hoffmanns Erzählungen, 43. Lobe den Herrn, 44. Befehi du doine Wege, 45. 46. Zigenormarsch, 47. Pfeiflied a. „Frühlingsluft“, 48. Piccolo, 49. Piccolo, 49. Weibi, Weibi, 50. Mädel gib acht.
Instrumental-Soli mit Orchester. 51. Ob du mich liebst, 52. Das Bergmannskind, 53. Zwei Herzen, 54. Die beiden Finken, 55. Ansel-

- schlag, 56. Hab ich nur deine Liebe, 57. Nachtigall und Drossel, 58. Die Waldvögelin, 59. Konnerigalopp, 60. Der kleine Witzbold, 61. Das träumende Schweißschöchen, 62. Schwarzwälder Spieluhr, 63. Jonglierlopp, 64. Souvenir de Cirque Ranz, 65. Verlassen bin ich, 66. Mein Himmel auf der Erde, 67. Geisches Traum nach dem Ball, 68. Faszination, 69. La Foteita.
Gesänge, Opern, Operetten. 70. An der Weiser, Das Herz am Rhein, 71. Noch sind die Tage der Rosen, 72. Wenn ich einmal der Herrgott wär', 73. Romantia aus Fra Diavolo, 74. Stretta aus Trobadour, 75. Rigoletto, 76. Ach wie so trügerisch, 77. Prolog aus Bajazzo, 78. Arie der Santuzza, 79. Ich bin die Christel von der Post, 80. Ave Maria von Bach-Gounod, 81. Pagen Arie, Hugenotten, 82. Duett aus der Zauberflöte, 83. Tanz-Duett aus: „Der tapfere Soldat“, 84. Verlassen bin ich, 85. Spinn, spin.
Kuplets und humoristische Vorträge. 86. Im Zirkus, 87. Beim Zahnarzt, 88. Die Telephonistin, 89. Der Hauptmann von Köpenik, 90. Auf der Radrombahn, 91. Im Hühnerstall, 92. Der Posamentenmüller, 93. Frülein woi's Sie nicht, 94. Eine lustige Eisenbahnfahrt, 95. Wenn der Spargel wächst, 96. Eine Vorehochzeit, 97. Nach'n Kienstopp woi's wir geh'n, 98. Schatz mach Kaso, 99. Das Laufmüdel, 100. Ach ich schiebe ja so gern.
Die Kuplets und humoristischen Vorträge sind gesungen. — Das reichhaltige Plattenverzeichnis, das durch regelmäßige Neuaufnahmen dauernde Erweiterung findet, wird jeder Sendung kostenlos beigelegt.

Gefäll. ausschneiden
im Kuvert einbinden

Bestellschein (M3)

Hierdurch ersuche ich die Firma Bial & Freund in Breslau 11, mir den angebotenen

Meteor-Sprechapparat mit 100 Stücken

auf 50 großen, doppelseitig bespielten „Meteor“-Platten zum Gesamtpreise von 180.— Mk. ohne Nachnahme, ohne Emballageberechnung, ohne Anzahlung, insbesondere ohne jede Kaufverpflichtung zuzusenden. Ich verpflichte mich, diese Sendung, falls ich sie nicht zu behalten wünsche, innerhalb 5 Tagen, vom Tage des Empfanges an gerechnet, franko zurückzusenden, andernfalls behalte ich sie und zahle unter Anerkennung des Eigentumsrechtes bis zum Ausgleich den Betrag von 180.— Mk. in monatl. Raten von 5.— Mk. vom Ablauf der Probezeit beginnend. — Erfüllungsort ist Breslau.

Ort und Datum: _____ Name und Stand: _____

Nieder mit der Junkerschaft!

Das muß nach den Herausforderungen des Oldenburg und des Wahlrechtsmachwerks die Parole aller Entrechteten sein! Ein Mittel im Kampf gegen die Junker ist der Schnapsboykott!

Reichstag.

33. Sitzung vom Freitag, den 11. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz; Kriegsminister v. Heeringen. Die

zweite Lesung des Militärrechts

wird fortgesetzt beim Kapitel „Vollziehung und Ausführung der Truppen“.

Abg. Dr. Goerde (nall.) begründet eine Resolution Wasser- mann (nall.) auf Vorlegung einer Denkschrift über die Organisation des Militärbesoldungswesens, über die Kosten der Verwaltung und Herstellung der Militärbesoldungsgüter nach dem alten und dem jetzt in Einführung begriffenen System.

Kriegsminister v. Heeringen erklärt sich bereit, die geforderte Denkschrift vorzulegen.

Abg. Dr. Zahndorfer (Z.) wünscht stärkere Berücksichtigung der Handwerker, besonders der Handwerkerorganisationen, bei der Vergütung von staatlichen Lieferungen.

Abg. Stücken (Soz.):

Der Resolution Wassermann werden wir zustimmen und für die dritte Lesung wollen wir eine Resolution beantragen, die sich auch auf die anderen Betriebe erstreckt; denn in alle Betriebe muß hineingeleuchtet werden. Es darf nicht wieder vorkommen, daß für 20 Millionen Mark blaues Tuch lagert, wie das in der Budgetkommission enthüllt worden ist. Das macht jährlich einen Zuwachsverlust von 1 Million Mark! Das Geld wird trotz der schlechten Finanzlage des Reiches einfach auf die Straße geworfen. Was mag alles in Waffen und Munition in überflüssigen Mengen lagern! Besonders bei der Kavallerie sollen überflüssige Quantitäten an Sätteln und Lederzeug vorhanden sein.

Die Besoldungsämter arbeiten viel teurer als früher die Oekonomiehändler; der Grund liegt vor allem in der militärischen Leitung der Besoldungsämter. Die Offiziere haben ja gar nicht die nötige technische Vorbildung für diese Stellen und suchen sich von selbst gegen eine solche Verwendung zu Dingen, von denen sie nichts verstehen, aufzuheben.

Jedenfalls sollte man die Zahl der Stabsoffiziere bei den Besoldungsämtern erheblich einschränken.

Abg. Erzberger (Z.) erkennt die Kritik des Vorredners als berechtigt an und wünscht ebenfalls die von der Resolution Wassermann verlangte Denkschrift.

Abg. Albrecht (Soz.):

Die Zahl der Offiziere bei den Besoldungsämtern steigt beständig; statt deren sollte man mehr sachmännisch und kaufmännisch geschulte Kräfte in die Stellen bei den Besoldungsämtern bringen. Bei kaufmännischer Leitung könnte eine Ansammlung von Militärsachverständigen für 20 Millionen Mark nicht vorkommen. Es scheint, als ob die Offiziere von den patriotischen Lieferanten tüchtig eingekauft werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Dah mit Lieferungen auch Handwerker bedacht werden, dagegen haben auch wir nichts, aber so darf man es nicht hinstellen, als ob man das Handwerk durch die Armeelieferungen künstlich erhalten will. Vor allem soll die Verwaltung aber auch an die Arbeiter denken und bei der Vergütung von Arbeiten auf Einhaltung der tariflichen und gewerkschaftlichen Arbeitsbedingungen dringen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Heute ist dafür gar keine Garantie gegeben, weil die Unternehmer, welche die Lieferungen bekommen, die Arbeiten weiter vergeben, so daß sie schließlich vielfach sogar in der Heimindustrie zu den erbärmlichsten Löhnen gefertigt werden! Millionen werden jährlich zur Bekämpfung der Tuberkulose aus-

gegeben, aber durch Stärkung der Heimindustrie wird der Sech der Tuberkulose immer wieder gestärkt! Deshalb verlangen wir in erster Linie Herstellung der Arbeiten in eigener Regie, soweit sie vergeben werden, muß die Heeresverwaltung sich um die Lohnsäge und um die gesunden Verhältnisse der Werkstätten kümmern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ferner müßte die Verwaltung der übermäßigen Ausbeutung der Oekonomiehändler entgegengetreten; bei einem

Stundenlohn von 7 Pf.

müßte ein Mann beim Regimentschneider Millan in Hanau zehn Stunden hindurch arbeiten, und wahrscheinlich ist das kein vereinzelter Fall! Das Wohlwollen, das der Kriegsminister den Handwerkern entgegenbringt, möge er auch den Arbeitern entgegenbringen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wiedeberg (Z.): Ich bitte den Kriegsminister im Gegensatz zu meinem Vorredner, den Heimarbeiterinnen recht viel Arbeit zukommen zu lassen, aber auf möglichst direktem Wege, damit der Lohn nicht beim Unternehmer bleibt.

Kriegsminister v. Heeringen sagt möglichst wohlwollende Berücksichtigung der Handwerkervereinigungen bei Vergütung von Lieferungen zu.

Abg. Sommer (frz. Sp.): Meine Freunde glauben im Gegensatz zu dem Abgeordneten Albrecht, daß die Heeresverwaltung auch dafür zu sorgen hat, daß das Handwerk wieder goldenen Boden bekommt. Die kostspieligen Paradeuniformen sollten beseitigt werden. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Kriegsminister v. Heeringen: Die Paradeuniformen müssen bleiben, denn man soll aus dem Soldatenleben doch nicht alle Poesie herausstreifen. (Seiterkeit.) Für die ganze Armee kosten die Paradeuniformen nur 120 000 M., das ist also gar nicht der Rede wert gegenüber dem ethischen Wert dieser Uniformen. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Zustimmung, rechts.)

Abg. Pauli-Vothdam (L.): Die Seele der Besoldungsämter sind die Handwerksmeister, und gerade deren Stellung ist außerordentlich gedrückt; die Offiziere können diesen Meistern doch keine sachgemäßen Besoldungen geben! Daher sollte man vor allem daran denken, die Stellung der Handwerksmeister bei den Besoldungsämtern zu heben. Herrn Albrecht gegenüber bemerke ich, daß die Militärverwaltung allen Anlaß hat, das Handwerk zu unterstützen, aber um die Löhne, welche die Unternehmer zahlen, kann sich die Militärverwaltung nicht kümmern. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Albrecht (Soz.): Den Abgeordneten Wiedeberg und Sommer bemerke ich, daß wir keineswegs gegen die Heimarbeiter auftreten — ich erinnere nur an den Heimarbeiterausprolet. Wir verlangen aber, daß die Militärverwaltung die Arbeiter in erster Linie in eigener Regie ausführen läßt; dadurch wird auch Arbeitslosigkeit für die Heimarbeiterinnen geschaffen.

Abg. Zil (Z.): Wenn die Handwerkervereinigungen Arbeit zugewiesen erhalten, liegt das auch im Interesse der Arbeiter.

Abg. Wiedeberg (Z.): Es gibt viele Heimarbeiterinnen, die nicht in die Fabriken gehen können, Herr Albrecht: geschiedene Frauen usw. Diesen sollte die Heeresverwaltung direkt Arbeit zuweisen.

Darauf wird das Kapitel bewilligt und die Resolution Wassermann angenommen.

Beim Kapitel „Garnisonverwaltungs- und Servicewesen“ bitten die Abgg. Werner (nall.), Dr. Goerde (nall.), Krings (nall.) um kleine Garnisonen für kleine Städte in ihrem betriebsfähigen Wahlkreise.

Oberst Wandel sagt tunklichste Berücksichtigung der Ruhe nach kleinen Garnisonen zu.

Die Abgg. Dr. Goerde (nall.) und Erzberger (Z.) wenden sich gegen die vom Abg. Werner (nall.) vorgetragene Wünsche verschiedener Militärbeamtenkategorien um Aufbesserung. Nach

der vorjährigen großen Gehaltsaufbesserung müsse erst einmal Ruhe eintreten.

Das Kapitel wird bewilligt. Beim Kapitel „Ersatz- und Reservemannschaften sowie Arrestanten auf dem Marsch“ wendet sich Abg. Dr. Müller-Meinigen (frz. Sp.) gegen die drakonische und viel böses Blut machende Bestrafung von Personen des Urlaubenstandes wegen Vergehen gegen die verwirkelten und Ratens oft kaum verständlichen Vorschriften. Durch solche Radelstiche ruft man nur Unzufriedenheit hervor. (Sehr richtig! links.)

Abg. Gothein (frz. Sp.) fragt, ob ein Erlass vorliege, der eine schärfere Bestrafung der Vahvergehen vorschreibe.

Oberst Wandel stellt die Existenz eines solchen Erlasses in Abrede. Bei einem der von Müller-Meinigen angeführten Fälle handle es sich um einen Vorbestraften. (Hört! hört! rechts.)

Abg. Ged (Soz.):

Ich kann die Ausführungen des Kollegen Müller-Meinigen nur bestätigen. Auch mir sind Fälle bekannt, in denen wegen leichter Vahvergehen, die noch dazu aus Unkenntnis erfolgten, sofort zu verbühende Arreststrafen von 48 Stunden verhängt wurden. (Hört! hört! links.)

Das Kapitel wird bewilligt. Zum Kapitel „Reisegebühren“ hat die Budgetkommission eine Resolution angenommen, in welcher der Wunsch ausgesprochen wird, daß die Kontrollversammlungen der Personen des Urlaubenstandes alljährlich nur einmal stattfinden mögen.

Abg. Raden (Z.) empfiehlt die Resolution. Abg. Dr. Goerde (nall.): Meine Freunde halten es für bedenklich, der Resolution zuzustimmen, da sowohl die Frühjahrs- als die Herbstkontrollversammlungen von der Heeresverwaltung für notwendig gehalten wird.

Abg. Dr. Müller-Meinigen (frz. Sp.): Meine Freunde werden der Resolution zustimmen, obwohl sie vom Zentrum kommt; wir sammeln feurige Kohlen auf Ihr Haupt. (Seiterkeit.)

Abg. Stücken (Soz.):

Trotz der von der Kommission gemachten Abstriche betragen die Reisegebühren in diesem Kapitel noch rund 12 Millionen Mark, und dazu kommen noch Reisegebühren in 23 anderen Kapiteln. Es wäre interessant, zu wissen, wieviel im ganzen für Reisen bezahlt wird. Es wird im Heere viel zu viel gereist. Ein kommandierender General erhält

pro Tag 35 M.,

also gewiß auskömmlich. Unhaltbar ist es auch, daß angeklagte Offiziere für die Reise zum Gericht Tagelohn bekommen. Ueberflüssig scheinen auch die vielen Reisen von Offiziersdeputationen zu Verdigungen usw. ins Ausland. Diese haben einen rein höfischen Anstrich und haben nichts mit der Wehrhaftigkeit zu tun.

Weiter muß ich einen schon im Vorjohre erwähnten Fall noch einmal zur Sprache bringen. Ein General, der zehn Tage in Döberitz sein mußte, ließ um Tagelohn beanspruchen zu können, einen Schreiber und eine Ordnungszug in Berlin zurück, obwohl alle Arbeiten in Döberitz verrichtet wurden! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Derselbe Herr hat, als er zum General befördert wurde, Umzugsgelder liquidiert, ohne überhaupt umgezogen zu sein! Im vorigen Jahre hat Herr General v. Lohow hier erklärt, er habe einen solchen Vorgang für unmöglich. Inzwischen hat eine Untersuchung alle meine Angaben bestätigt, aber das Gericht des Gardekorps hat dem General den guten Glauben zugestimmt! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Jedenfalls scheint dieser Herr eine sehr eigene Art von Vorgefährer zu sein. Das zu viel verausgabte Geld muß zurückgefordert werden.

Kriegsminister v. Heeringen: Die Liquidationen des Generals waren im Einklang mit der Gebührenordnung. Seine Umzugs-

Kleines feuilleton.

Der Bohème-Jäger. Der norwegische Schriftsteller Hans Jäger ist am Dienstag in Kristiania gestorben. Er ist 64 Jahre alt geworden. Die letzte Zeit wohnte er in einem Hotel, ziemlich einsam und nur mit einem kleinen Kreis von Freunden Umgang pflegend. Hans Jäger ist Ende der achtziger Jahre durch seinen großen Roman „Die Kristiania-Bohème“, der treffliche Schilderungen des Künstler- und Studentenlebens der norwegischen Hauptstadt enthält, weithin bekannt und bei den Vertretern der bürgerlichen Moralbewegung berüchtigt geworden. Man fand das Buch unästhetisch, es wurde Anklage gegen Jäger erhoben, er verlor sein Amt als Parlamentsstenograph und wurde zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt. Später begab er sich nach Paris, wo er unter anderem seinen Roman „Kranke Liebe“ schrieb, den er jedoch aus Furcht vor der Beschlagnahme nicht öffentlich erscheinen ließ. Sein letztes großes Werk war „Die Bibel der Anarchie“, die im Jahre 1906 im Ghibellinischen Verlag erschienen ist, ein umfangreiches Werk und eine gewaltige Anklageschrift gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung und das Privateigentum, als das Grundübel des Elends und der Not, worunter die Menschheit leidet. „Nieder mit dem Eigentumsrecht! Her mit dem Geld!“ heißt es in dem Vorwort dieses Buches. „Schmettert sie, die teuflischen Ketten, die die Fänge der Menschheit an die verfluchten Dämonen fesseln, damit sie frei und stolz emporschweben kann, jubelnd das Ziel ihrer großen Bestimmung zu verfolgen: das Universum zu erobern und sich darin einzurichten wie ein Herr in seinem eigenen Hause. Was, zum Teufel, jögert Ihr noch? Zerreiht doch die Ketten und macht die Menschheit frei — löst diesen vieltausendjährigen Wahnwitz endlich einmal ein Ende nehmen!“

Hans Jäger war auch eine Zeitlang „Socialdemokraten“-Mit- arbeiter und redigierte Ende der neunziger Jahre den Auslandsenteil. Unter anderem in Kristiania widmete ihm einen ehrenvollen Nach- ruh und jareitete unter anderem: „Hans Jäger starb, wie er gelebt hatte: stolz, unbefugam und unverwundlich der Welt gegenüber, die so viele mißhandelt, betrogen und unterdrückt hat, die Welt, die auch ihn zu zerstampfen suchte, es aber nicht fertig brachte. Hans Jäger starb als ein Sieger.“

In seiner letzten Zeit arbeitete er an einer Schrift über den Sozialismus, die er fast vollendet hat.

Was moderne Bühnenaufstellungen kosten. Die Rolle, die die Bühnenaufstellung, der Prunk und die Größe der Kostüme in der modernen Theaterkunst spielen, ist in den letzten Jahren immer bedeutender geworden; wo früher mit verhältnismäßig geringen Mitteln der Versuch der Wiedergabe dramatischer Meisterwerke gewagt wurde, muß der moderne Theaterdirektor heute Hunderttausende, ja oft Hunderttausende für die Inszenierung eines einzigen Werkes ausgeben. Die Bühnenaufstellung des vielberühmten „Chantecler“

ist ein Kunstwerk an sich und hat die Direktoren des Theaters ein Vermögen gekostet. Es fehlt nicht an Skeptikern, die in diesem stetig wachsenden Juge zur Steigerung des Prunkes und der Größe der Ausstattung eine schwere Gefahr sowohl für die dramatische Kunst wie für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Theater sehen, aber die Bewegung greift immer weiter um sich. Jetzt sind auch in New York große Verfassungen entstanden, die jahraus jahrein damit beschäftigt sind, das Ausstattungsbudget der amerikanischen Bühnen zu beschränken. Nur edle, kostbare Stoffe kommen noch zur Verwendung; das beste Material ist für die Bühne gerade noch gut genug; da liegen in großen Haufen aufgeschichtet produziert getönte alte Prostatstoffe oder farbenglähende bunte orientalische Seidengewänder, kunstvoll gearbeitete Spitzen. Welche Preise die amerikanischen Opernleiter heute für Kostüme anlegen, wird in einem Aufsatz des „World Magazine“ erzählt. Ein Staatskleid, wie es die Chordamen in „Rigoletto“ tragen, ist aus besserer Seide, aus Vrolat oder aus Samt gearbeitet und kostet 800 M. Von diesen Kostümen werden zur Aufführung des „Rigoletto“ nicht weniger als rund 50 gebraucht, so daß allein die Kostüme der Hofdamen die Opernverwaltung über 40 000 M. kosten. Dazu treten noch die Postkostüme, die Staatsgewänder der männlichen Chormitglieder. Ein Balletkostüm für die New Yorker „Aida“-Vorstellung kostet von 160 bis zu 320 M.; in der Oper treten 40 Tänzerinnen auf, so daß rund 10 000 M. nur für die Kostüme des Ballets in dieser einen Oper angelegt werden. Für die „Carmen“-Aufführung wendet die amerikanische Oper nicht weniger als rund 80 000 M. allein für die Kostüme des Chores auf; zu diesem Etat treten dann noch die Kostüme der Soldaten, die für sich allein ein Vermögen bedeuten, dann die Dekorationen, deren Preis im gleichen Verhältnis wie der der Garderobe gewachsen ist.

Die Welt, deren einziges Ziel das Geldmachen ist, muß natürlich dahin kommen, alle Dinge nach ihrem Geldwert zu beurteilen. Eine Auslastung, die nicht viel gekostet hat, ist schon von vornherein nichts. Der kapitalistische Theaterbesucher will nicht mehr Phantasie und Illusionskraft im Theater aufbieten, seine rohe Progenmanier will alles — luxuriös und teuer, womöglich mit Preisangabe.

Notizen.

— Ostwald in der Freien Hochschule. Zu Ehren des kürzlich mit dem Nobelpreis bedachten Prof. Ostwald, der nach einem Leben reicher und fruchtbringender Arbeit als Theoretiker der Chemie und Hochschullehrer sein Amt niedergelegt hat und sich jetzt zum Ent- setzen seiner Kollegen mit allgemeinen Fragen und öffentlichen Vor- trügen befaßt, veranstaltete die Berliner Freie Hochschule am Donner- tag einen Kommers. Professor Ostwald hielt eine Ansprache über den Optimismus als Prinzip des Lebens, die neben sehr viel Vortrefflichem erkennen ließ, daß der Praktiker Ostwald von der materiellen und sozialen Bedingtheit auch der Lebensanschauungen und von dem

Klassencharakter der Ideale nichts weiß. Dann trat Bruno Wille mit Nachdruck für die freie Bildung aller Volksgenossen ein und begründete seine Forderung vom Ostwaldschen Standpunkt der Energetik aus, die verlange, daß alle im Volke schlummernden Schätze gehoben würden. Unentgeltlichkeit aller Bildungsmittel, Verteilung der Militär- und Marinekosten böten die Mittel dazu. — In all den schönen Reden vernünftigen wir das eine erlösende Wort: daß die Energielehre jeweils die Konzentration aller Kräfte auf einen Punkt verlangt, und das Mittel, verehrte Bildungs- freunde, das uns zur besseren Vollbildung allein verhelfen kann, heißt zunächst: ein freies Wahlrecht für Brechen!

— Nachwehen der Sezessionskrise. Herr Paul Cassirer, der bisherige Geschäftsführer der Sezession, ist aus dem Vorstand der Sezession ausgeschieden und hat sein Amt als Geschäftsführer niedergelegt. Die Angriffe der Opposition waren u. a. auch gegen die Doppelstellung Cassirers als Kunsthändler und maßgebendes Vorstandsmitglied eines Künstlervereins gerichtet gewesen. Herr Cassirer andererseits hofft durch seinen Rücktritt die Freiheit seines Urteils im vollen Maße wiedergewinnen.

— Der Klapperstorch der Königin. Karl Vöttgers satirische Komödie, deren Uraufführung in Halle a. S. der kürzlich verstorbene Autor noch beizubehalten konnte, wird auch auf die fran- zösische Bühne kommen. Galtbau wird die Hauptrolle übernehmen. In Berlin geht das Stück demnächst im Luisen-Theater in Szene.

— Der Schachwettkampf Lasker-Schlechter wurde Donnerstagsabend in Berlin beendet. Erst die letzte Partie brachte die Entscheidung zugunsten Laskers, dem Schlechter bis dahin voraus war. Von den zehn ausgemachten Partien waren acht remis, eine gewann Schlechter, eine Lasker. Lasker hat seine Weltmeisterhaft also gegen den ebenbürtigen Gegner gerade noch behauptet. Schach- freunde machen wir darauf aufmerksam, daß einige der gespielten Partien in der „Deutschen Arbeiter-Schachzeitung“ mit Analysen veröffentlicht werden.

— Von Charcots Südpolexpedition. Nach Tele- grammen aus Punta Arenas hat der Dampfer „Sub“, der dort angekommen ist, gemeldet, daß der Dampfer „Bourqui Vas“ der Südpolexpedition des Dr. Charcot verankert im Hafen von Port Balast im Gebiete der Magellanstraße angetroffen habe. Der Kommandant des „Sub“ übergab dem Dr. Charcot frische Lebens- mittel. Dr. Charcot hat aber seine Expedition keinerlei Auskunft gegeben. Seit zwei Jahren war von der Expedition keine Nachricht mehr eingetroffen.

— Ein Plagiat-Prozess. Der Wühlblattredakteur Jentser in Temesvár verklagte den Komponisten Lehar, den er beschuldigt, das Libretto der Operette „Zigeunerliebe“ von ihm plagiiert zu haben. Die Verhandlung findet demnächst vor dem Wiener Gericht statt. — Die Texte der modernen Operetten sind derart blamabel, daß wirklich Ueberwindung dazu gehört, sich als Vater wenn auch nur eines plagiierten Textes zu bekennen.

Liquidation war auch im Einklang mit den Bestimmungen, die man allerdings geändert hat; der General hat diese Gebühren auch zurückerstattet.

Abg. Schäfflin (Soz.):

Die Militärverwaltung könnte sehr gut auf eine Kontrollversammlung verzichten, denn was dort vorgelesen wird, darauf hört doch niemand. (Widerspruch rechts.) Das wissen Sie ja selbst sehr gut. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber in den Kontrollversammlungen wird Propaganda für die Kriegervereine getrieben, also politische Propaganda. Das ist ein Mißbrauch der Kommandogewalt und ein grober Unfug, dem der Kriegsminister ein Ende machen sollte. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Stücken (Soz.): Wenn das Verhalten jenes Generals im Einklang mit der Gebührenordnung steht, so muß die Gebührenordnung schleunigt geändert werden.

Hierauf wird die Resolution und dann das Kapitel angenommen. Beim Kapitel „Militärisches Erziehungs- und Bildungswesen“ ergreift das Wort

Abg. Emmel (Soz.):

Für das militärische Bildungswesen geben wir mehr als zehn Millionen Mark aus; trotzdem ist die Kenntnis der Offiziere auf dem Gebiete der Verfassungskunde sehr gering. Ein Beispiel dafür ist der Kriegsminister selber, der hier gesagt hat, die Offiziere hätten lediglich zu gehorchen. Das ist falsch, sie haben vielmehr die Befehle zu beachten und müssen wissen, wie weit sie gehen dürfen. § 47 des Militärstrafgesetzes sagt ausdrücklich, daß der Untergebene als Teilnehmer in Betracht kommt, wenn ihm bekannt war, daß der Befehl eine Handlung betraf, die ein Verbrechen darstellt, und

§ 81

sagt ausdrücklich, daß wegen Landesverrats mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft wird, wer es unternimmt, die Verfassung eines Bundesstaates gewaltsam zu ändern. Die Offiziere, die hier zu Worte gekommen sind, zeigen also, daß sie diese Materie nicht genügend beherrschen. Und wenn schon die Offiziere solche Ausführungen machen, wie soll es da mit der Verfassungskunde der Unteroffiziere stehen, und wie sollen die Mannschaften wissen, wie weit sie den Befehlen der Vorgesetzten Folge zu leisten haben? Sie dürfen ihnen nicht Folge leisten bei Befehlen, wie sie der Herr von Oldenburg hier voraussetzte, sonst müßte jeder einzelne wegen Hochverrats bestraft werden. Und daß ein Mann, der jahrelang Offizier gewesen ist, hier solche Ausführungen machen konnte, zeigt die mangelhafte Ausbildung der Offiziere auf diesem Gebiet. (Lachen rechts. Sehr richtig! links.) Die

§§ 115 und 116 des Militärstrafgesetzbuches

sprechen vom Mißbrauch der Dienstgewalt und mindestens würde ein solcher vorliegen, wenn ein Untergebener benutzt würde, um gegen die Verfassung und gegen die Befehle zu handeln. Und wozu würde es führen, wenn in der von Herrn Oldenburg angedeuteten Weise verfahren würde? Wenn die Verfassung von oben her angegriffen wird, dann besteht sie auch nicht mehr für die große Masse des Volkes, dann besteht auch der Fahneneid nicht mehr, dessen Grundlage einzig und allein die Verfassung ist. (Lebhafte Zustimmung links.) Wenn also die Junter daran rütteln wollen — (großer Lärm rechts, Glocke des Präsidenten) wenn das einträte, was Herr v. Oldenburg damals an die Wand malte, so würde die Armee des Fahneneides los und ledig sein. Sie haben also keine Ursache, diese Dinge auf die Spitze zu treiben, den Teufel an die Wand zu malen und davon zu sprechen, daß etwa ein Leutnant mit 10 Mann den Reichstag schließen könnte. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Soldaten nicht von gewissenlosen Vorgesetzten zu Handlungen benutzt werden, die ihnen jahrelanges Zuchthaus einbringen.

Ich will noch den Wunsch aussprechen, daß das Taktgefühl der Offiziere in der Richtung auf bessere Umgangsformen mit dem Zivilpublikum ein wenig mehr ausgebildet wird als bisher. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Heeringen:

Ich lehne es ab,

auf die Ausführungen des Korredners einzugehen. (Lautes Bravo! rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Ledebour (Soz.):

Die Phrase „Ich lehne es ab“ wird nun allgemach etwas abgestanden. Mit derselben Wendung lehnte es im Preussischen Abgeordnetenhaus der Justizminister Bessler ab, auf wohlfundiertere Beschwerden einzugehen. Der Kriegsminister scheint den Ehrgeiz zu haben, es dem Justizminister gleich zu tun. (Heiterkeit und Geheul links.) Damit, daß man etwas ablehnt, widerlegt man es nicht!

Die Frage, die mein Freund Emmel hier angeschnitten hat, ist im höchsten Grade aktuell. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) In der Debatte, in der

das bekannte Pronunciamento des Herrn von Oldenburg sich ereignete, erklärte der Kriegsminister: die Stellung der Offiziere zu ihrem Kriegsherrn sei eine andere als die der Beamten; der Fahneneid werde ausschließlich der Person des Monarchen geleistet. (Sehr richtig! rechts.) Die Herren, die Sie (nach rechts) mit Vorliebe die „allerhöchsten Kriegsherrn“ nennen (Heiterkeit), haben bisweilen anders gedacht, sogar noch vor der Einführung konstitutioneller Verfassungen. Friedrich Wilhelm III., König von Preußen, hat in einer Kabinettsorder den Offizieren verwiesen, sich für etwas Höheres zu halten als das Zivil. (Hört! hört! links.) Ihre Würde, heißt es in jenem Erlaß, haben die Offiziere an den Tag zu legen, wenn es sich um die Verteidigung ihrer Mitbürger im Kriege handelt. Die Bürger und nicht der König sind es, die die Offiziere bezahlen! (Hört! hört! links.) Der König bedroht Offiziere, die wider diesen seinen Befehl weiterhin dem Zivil mit Gehmut begehen, mit der Strafe der Kassation und des Todes. (Lebhafte Hört! hört! links.)

Der Kriegsminister hat an jenem Tage davon gesprochen, daß es in früheren Zeiten zum Segen des Vaterlandes gewesen sei, daß die Offiziere nur ihrem Kriegsherrn den Fahneneid zu leisten haben. Wenn der Kriegsminister sich nicht deutscher ausdrückt, so muß er sich gefallen lassen, daß auf ihm der Verdacht ruhen bleibt, daß er habe

die Offiziere zum Verfassungsbruch anfeuern wollen. (Lärm rechts.) Wir ist nur ein solcher Fall aus der preussischen Geschichte bekannt, nämlich die Sprengung der preussischen Nationalversammlung im November 1848 durch den Major Dertwisch v. Wittenfeld. Auf jenen Staatsstreich folgte bekanntlich die Liquidation des Dreiklassenwahlrechts, das zurzeit

der preussische Major v. Bethmann Hollweg zu reformieren vorgibt. (Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Spahn:

Es ist hier üblich, Würdenträger des Reiches bei ihrem zivilen Titel zu nennen. (Zustimmung rechts, lautes Lachen links.)

Abg. Ledebour (Soz.):

Ganz Ihrer Meinung, Herr Präsident. (Große Heiterkeit.) Ich war jedoch der Meinung, daß der Reichskanzler Bethmann Hollweg Wert darauf legt, als Major geführt zu werden (Große Heiterkeit links), da er

bei Parlamentsöffnungen in Majoruniform erscheint. (Sehr gut! links.)

Vizepräsident Dr. Spahn:

Ich nahm an, daß Sie den Reichskanzler nur im Scherz „Major“ genannt haben. (Große Heiterkeit.)

Abg. Ledebour:

Ich habe es allerdings im Scherz gesagt, aber daß der oberste Beamte des Reiches und Preußens bei Parlamentsöffnungen in

Majoruniform erscheint, ist kein Scherz, sondern eine ernsthafte Sache, die bezeichnend ist für die negative Hochschätzung, deren sich bei uns die Parlamente erfreuen. (Lebhafte Zustimmung links.)

Wie gesagt: wenn der Kriegsminister an jenem Tage nicht ins Blaue hineingeredet hat — und das kann ich bei preussischen Kriegsministern doch nicht wohl annehmen (Große Heiterkeit) —, so kann er nur die Vorgänge vom November 1848 im Auge gehabt haben. Dann aber läuft seine Rede im Grunde auf dasselbe hinaus, was das Pronunciamento des Herrn v. Oldenburg besagte. Bekanntlich haben der Vizepräsident Prinz Hohenlohe und verschiedene Konservative den Worten des Abg. v. Oldenburg

eine andere Auslegung

geben wollen. . . (Rufe rechts: Zur Sache! Zur Sache! Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Spahn:

Herr Abgeordneter, ich habe Ihnen sehr weiten Spielraum gegeben. Aber die Auslegung der Worte des Abg. v. Oldenburg gehört doch nicht zum Militärbildungswesen. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Ledebour:

In der Tat gehören diese Vorgänge zum Militärbildungswesen, denn sie wären unmöglich, wenn Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten besser aufgeklärt würden über die Grenzen militärischer Disziplin. (Sehr gut! links.) Wir werden aber noch Gelegenheit finden, auf den wichtigen Gegenstand ausführlicher zurückzukommen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Heeringen:

Ich habe nur Tatsachen angeführt und keine Schlussfolgerungen daraus gezogen. Auch habe ich kein Beispiel aus Preußen im Auge gehabt, sondern ein Beispiel aus meiner engeren Heimat: aus Kurhessen. (Stürmische Heiterkeit links, Zuruf: Welche denn?) Herr Ledebour mag in den kurhessischen Verfassungskämpfen nachlesen, was ich gemeint habe. Eine Unterwürdigung anderer Stände durch die Offiziere findet nicht statt. Vom Kaiser bis zum jüngsten Vorgesetzten halten wir alle darauf, daß ein Vordere-Seite-ansehen anderer Stände nicht geübt wird. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Na! na!) Wir wollen besser werden in unserem Beruf, aber wir lassen allen anderen Ständen ihre Ehre auch.

Abg. Ledebour (Soz.):

Der preussische Kriegsminister sprach folgende Worte aus: „Daß der Offizier eine ganz andere Stellung im Staatswesen einnimmt als ein Beamter, ist ohne weiteres schon aus dem Grunde klar, weil der Offizier nicht auf die Verfassung schwört, sondern den Eid dem höchsten Kriegsherrn leistet, und diese einfache klare Situation ist auch in vielen Schwierigkeiten zum Segen des Vaterlandes gewesen.“ Ich frage Sie nun

auf Ehre und Gewissen:

Ist ein einziger unter Ihnen, der, als er diese Worte hörte, gemeint oder geglaubt hat, der preussische Kriegsminister habe auf das ehemalige Kurhessen angespielt? (Stürmische Heiterkeit.) Keiner von Ihnen hat das geglaubt. Daß der Herr Kriegsminister daran gedacht hat, muß ich ja jetzt glauben, doch muß ich gestehen, daß es mir schwer fällt. Damit wir aber ermessen können, wie weit dieses Beispiel für die gegenwärtigen Verhältnisse paßt, muß ich ihn doch bitten, das seinerzeit festzustellen und nicht einfach zu sagen: Der Herr Abgeordnete möge das in der kurhessischen Geschichte nachlesen! Wenn Sie für die gegenwärtigen Verhältnisse, für das Verhältnis der deutschen Offiziere zum Kaiser und König ein schlagkräftiges Beispiel anzuführen glauben, dann heraus mit der Sprache! (Lebhafte Geheul links, Unruhe rechts.) Sie (nach rechts) suchen ja nur durch

Eine Rückzugskanonade

den Kriegsminister zu deden. So viel weiß ich übrigens von der kurhessischen Geschichte, daß unter allen deutschen Staaten kein so elendes, niederträchtiges monarchisches Regiment gewesen ist wie in Kurhessen. (Lärm rechts.)

Vizepräsident Dr. Spahn:

Ein solcher Ausdruck ist auch auf ein verstorbenes Herrschergeschlecht nicht zulässig! (Große Heiterkeit links.)

Abg. Ledebour (fortfahrend):

Die kurhessische Geschichte ist ein Schandstück für Deutschland. Die kurhessische Regierung hat in einer Art und Weise das Volk unter Verfassungsbruch und anderen Schikanen ausgebeutet. (Zuruf links: Es waren Seelenverkäufer!) daß der Kriegsminister einen schlechteren Dienst dem preussischen Ministerpräsidenten und dem deutschen Kaiser gar nicht erweisen konnte, als daß er zur Rechtfertigung ihrer Stellung auf das Kurfürstentum Hessen und seine vom Verfassungsbruch erfüllte Geschichte sich berief. (Sehr gut links.)

Gegenüber dem wünsche ich, daß die Parallele noch weiter geht und daß die Gewalthaber in Preußen, die sich beikommen lassen, das Volk ebenso zu behandeln wie es in Kurhessen geschehen ist, dasselbe Schicksal erleiden, wie diese verfassungsbrüchigen kurhessischen Machthaber. (Stürmischer Beifall links.)

Vizepräsident Dr. Spahn:

Die Debatte ist geschlossen.

Abg. Ledebour (Soz.):

Und das kurhessische Beispiel? (Schweigen des Kriegsministers.)

Also auch der kneift!

(Sehr gut! links.)

Das Kapitel wird bewilligt. Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr. (Außerdem Stellenvermittlungsgesetz.)

Französischer Parteitag.

3. Tag.

(Nachmittag.)

Rimes, 8. Februar. (Sig. Ver.) Die Verhandlung über die Altersversicherung wird fortgesetzt.

Lucien Roland führt das Schweigen der Opposition im Jahre 1906 darauf zurück, daß damals die Rücksicht auf die eben erst begründete Einheit des Aufwerfen solcher Streitfragen unterlag. Mit der Methode der Verbeugungen könnte man auch die Budgetbewilligung rechtfertigen. Die neue Steuer wird die Bauern gegen die Republik ungünstig stimmen. Wenn man uns das Verhalten der Deutschen vorhält, die das von der Regierung des Ausnahmegesetzes eingebrachte Gesetz abgelehnt, aber nachher den Verbesserungen zugestimmt haben, so sind wir gegenüber den Ministern von Draveil und Raon l'Étape in derselben Situation und wir haben keinen Grund, den Radikalen zu helfen, ihre Popularität wiedergzugewinnen.

Hervé spricht ausführlich über sich selbst und sein Verhältnis zu den verschiedenen Richtungen und Personen der Partei und fügt einige Bemerkungen über seine Stellung zu den Reformen an. Er ist nicht gegen wirkliche soziale Reformen, auch nicht gegen die Altersversicherung, sondern nur gegen Karikaturen von Reformen. Er ist auch nicht für die Sabotage der parlamentarischen

Aktion: Die Revolution wird nach einer notwendigen Periode der Organisation mit Gewalt, mit Generalstreik und Insurrektion durchgeführt werden müssen. Man muß aber den Revolutionen nicht mit Enttäuschungen. Darum habe ich auch über den Bankrott des Radikalismus keine Freude empfunden. Die Partei aber hätte die Unpopularität der Radikalen benützen sollen, um ihnen ein besseres Gesch abzuzwingen. Jaurès hat die sozialpolitischen Anschauungen Millerands, Baldec Rousseaus und Bismarcks. Er ist Ministerieller geblieben. Es gibt nur zwei Methoden des Sozialismus: die des Parlamentarismus und Reformismus und die der Revolution, die die des Klassenkampfes ist. Wir wollen die Ablehnung des Gesetzes, weil wir den Graben zwischen Partei und Konföderation nicht vertiefen wollen, weil wir die Parlamentarier in der Hand halten und endlich, weil wir kundgeben wollen, daß die Partei nach wie vor die Partei der Revolte ist.

Die Redezeit ist erschöpft. Es folgen noch Erklärungen verschiedener Delegierter.

Triquet (Vertreter des Pas-de-Calais) fordert namens seiner Föderation die Deputierten auf, für die Vorlage zu stimmen und beruft sich auf die Erfahrungen mit dem Gesetz über die Bergarbeiterpensionen. Desgleichen spricht der Bergarbeiter Galignac für das Gesetz, weiter ein Vertreter landwirtschaftlicher Arbeiter des Departements Cher. Delors (Nord) berichtet, daß seine Föderation mit Rücksicht auf die Stimmung einiger Sektionen beschlossen hat, 44 Stimmen gegen, 7 für das Gesetz abzugeben.

Es folgt die Abstimmung. Es liegen vor eine Resolution Vaillant. Sie fordert Zustimmung zur Vorlage und nachherige Campagne für Verbesserung; eine Resolution Luquet. Sie fordert Verwerfung der Vorlage durch die Fraktion.

Angenommen wird die Resolution Vaillant mit 103 Stimmen. Für die Resolution Luquet werden 156 Stimmen abgegeben. Vier Stimmhaltungen.

Die Verkündigung des Resultats wird von der Mehrheit mit Beifall aufgenommen.

Schluß der Sitzung 1 Uhr.

4. Tag.

Formittagsitzung.

Rimes, 9. Februar. (Sig. Ver.)

Angeichts der Unmöglichkeit, die Tagesordnung zu verschärfen beschließt der Parteitag, vor dem internationalen Kongreß einen neuen Parteitag einzuberufen, dem die Behandlung der auf der Tagesordnung von Kopenhagen stehenden Fragen zugewiesen wird. Im Anschluß an diesen Kongreß soll eine Agrarkonferenz einberufen werden, die die gleichfalls von der Tagesordnung des jetzigen Kongresses abgesetzte Agrarfrage behandeln soll. Die Agrarkommission bleibt bestehen.

Als Grundlage für die Zusammenziehung der Verwaltungskommission wird das Stimmverhältnis bei der Abstimmung über die Altersversicherung angenommen.

Die Extratage auf belgische Arbeiter.

Es kommt zu einer kurzen Debatte über die Stellung der Fraktion zum Amendement Ceccaldi, das die Unternehmer einer Tage für ausländische Arbeiter unterwirft.

Delors fordert Abschaffung der Frage von der Tagesordnung, da Verhandlungen mit den belgischen Genossen im Zuge seien.

Jaurès glaubt nicht, daß das Amendement noch aus dem Senat zurückkommt, aber er fordert die Organisation großer Versammlungen auf beiden Seiten der Grenze, die die belgischen Arbeiter bewegen sollen, sich zu organisieren und keine Lohnbrüderi zu treiben.

In der Kammer werden die sozialistischen Deputierten, wenn die Frage nochmals auf die Tagesordnung kommt, dem Antrag Vaillant auf Festsetzung eines Minimallohnes erneuern und geschlossen gegen die Tage stimmen.

Lafont ruft: Alle? Auch Delors? Delors schweigt.

Lavaud fordert die Annahme der von der Seine-Föderation gestellten Resolution, die die entschiedene Bekämpfung der Tage fordert. Delors erklärt sein Schweigen damit, daß er auf das Meritorische der Frage nicht eingehen wollte. Es habe aber nicht bedeutet, daß er mit der Erklärung Jaurès nicht einverstanden sei. Die Resolution der Seine-Föderation wird hierauf ohne Widerspruch angenommen.

Wahlakt.

Zu dieser Frage ergreift das Wort Delors, der die Aufrechterhaltung der Resolution von Chalons fordert. Er beantragt sofortige Ausarbeitung des Wahlmanifestes in einer Kommission. Der Antrag wird angenommen.

Nachmittagsitzung.

In der Nachmittagsitzung wird die Verwaltungskommission gewählt. Von den 22 Mandaten sind 10 der Minorität von gestern überlassen worden. Unter den Gewählten befinden sich Dubrenilh, Renaudel, Marius André, Renard, Lafargue und Hervé.

Hierauf wird das von der Kommission ausgearbeitete Wahlmanifest mit allen gegen 3 Stimmen angenommen. Eine Resolution über die Wahlakt, die von der Kommission vorgelegt wird, überläßt den Föderationen die Stellungnahme im zweiten Wahlgang unter Kontrolle der Partei. Die Insurrektionellen Pereaue und Frau Dr. Beketter sprechen dagegen und fordern unbedingte Aufrechterhaltung der Kandidaturen im zweiten Wahlgang. Gambier hebt hervor, daß auch der Beschluß von Chalons betreffend die unbedingte Bekämpfung der „unabhängigen“ aufrecht bleiben müsse. Sembat bemerkt, daß dies ja durch die Resolution, die die Parteitagsbeschlüsse bestätigt, bestimmt werde. Chastanet fordert unbedingte Bekämpfung aller Anhänger Clemenceaus und Gegner der streifenden Postbeamten, Lorris die der Gegner des Proporz.

Angenommen wird der Kommissionsantrag mit 310 Stimmen. Ein insurrektioneller Antrag Percey erhält 23, ein anderer Antrag, der gleichfalls unbedingte Aufrechterhaltung fordert, 19 Stimmen. Alle Amendements werden abgelehnt.

Einstimmige Annahme findet eine Resolution, die die neuen Marineforderungen verurteilt. Der Parteitag wird um 7 Uhr abends geschlossen.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Wasserland, am 10. 2., seit 9. 2., am 10. 2., seit 9. 2. Rows include Remel, Tüft, Regel, Ansbach, Weiskel, Ebn, Oder, Naibor, Kronen, Frankfurt, Barthe, Schwim, Landberg, Rege, Bodanm, Eide, Veimer, Dresden, Harb, Pragdeburg, Saale, Grodly, Dabel, Spandau, Ralsenomy, Spree, Erenberg, Beeslow, Sejer, Rinden, Rhein, Ragimiliankan, Raub, Rön, Redar, Heilbronn, Rain, Berthelm, Ralet, Wier.

+) + bedeutet Hoch, — Fall, — ? Unterpegel, — ? Unst. —

Die Flutwelle des Oberrheins ist am Vogel Waldstut um 50 cm unter dem Nullstand am Januar d. J. geblieben. Auch am Niederrhein scheinen die höchsten Wasserstände des Januars nicht erreicht zu werden. Wie an den meisten Zufüssen des Rheins sind die Wasserstände auch im oberen Wejerggebiet, an der oberen Leine und Innerste bereits im Fallen. — Die Oder war bei Raibor bis heute morgen auf 266 cm gefallen.



A. WERTHEIM

G. m. b. H.

ORANIEN-STRASSE



Ein Waggon STEINGUT-ARTIKEL

kommt am Sonnabend

zu aussergewöhnlich billigen Preisen zum Verkauf.

Teller
Salatieren

Bratenschüsseln
Saucieren

Milchtöpfe
Tassen

Wasserkannen
Waschschüsseln

I. Ziehung 2. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 11. Februar, vormittags.
Nur die Gewinne über 50 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

258 61 700 817 907 55 88 1004 111 496 567 784 2544
519 91 818 963 1001 10 63 592 21 674 4181 478 324 613
948 5201 425 1001 531 700 42 800 88 6036 747 90
826 529 74 723 26 937 41 85 7155 63 448 798 900 86 [400]
8119 567 967 427 810 44 9554 518 988

10000 99 097 748 43 87 [500] 808 900 [500] 11274
81 379 476 862 12005 74 818 608 [500] 11 533 13088 115
589 724 868 14304 [500] 737 838 16587 535 458 754 96
819 52 16282 [500] 475 525 81 639 999 17148 212 257
82 418 58 891 63 18104 19115 58 818 87 497 77 89 977
20129 88 73 407 48 819 814 21056 931 97 474 98
692 848 [500] 953 25 22158 888 [500] 901 22 23343 81
692 848 235 51 [500] 24048 827 412 590 850 22 750 800
82 844 70 25122 88 733 531 943 85 26078 68 88
192 397 459 542 828 48 27148 843 448 607 848 28078 847
83 492 519 881 29021 487 708 848 918

30188 398 88 87 512 452 92 700 833 9 921 3171
884 418 32043 80 58 55 130 805 492 804 78 728 33848
34082 81 100 24 64 478 582 780 55 217 35038 98 325 43
38909 330 718 85 800 80 910 17 37181 700 13 440 588
818 38131 94 291 318 424 571 673 779 718 818 318 30059
90 125 419 99 83 87 800

40282 288 398 83 328 878 4148 308 608 86
42123 112 421 558 68 838 83 718 43045 88 118 288 837
802 80 718 910 44014 218 482 621 826 923 13 45201 11
471 501 920 618 372 48000 25 147 848 81 817 [500]
47611 420 618 83 48304 [500] 491 514 43 49111 278
858 808 99 927 43 83

50013 105 63 531 48 51109 308 86 06 028 120 917 48
[500] 52123 22 78 225 301 420 218 88 612 53178 211
849 490 571 618 17 85 906 19 84 54078 218 43 818 842
600 847 55181 638 734 49 56123 84 843 750 57406 440
94 739 49 870 58024 901 821 822 818 64 906 59018 182
75 703 217 [500] 85 [500] 487 790 890 274

60717 317 48 087 878 858 [500] 87 61788 683 860
62117 353 88 81 626 878 89 [500] 63180 84 480 87 941
23 24 71 [500] 64013 145 58 217 829 638 79 843 [500]
74 817 65007 151 428 647 66011 80 447 637 748 [500]
888 58 59 579 81 67045 733 578 859 708 818 68200 [500]
533 843 90 794 857 908 69018 30 389 800 61 611

70098 209 40 463 885 89 911 71130 810 762 72111
828 70 [500] 72 88 507 71 828 88 781 80 805 14 86 968
72884 967 74004 145 289 817 827 88 85 70589 390 26
478 778 88 851 85 70802 846 989 77022 95 308 471 848
688 814 88 978 78027 107 727 [500] 82 681 708 874 79039
810 815

80055 508 881 970 81631 82178 877 437 717 883
83002 708 88 479 87 952 880 [500] 84088 558 [5000]
71 687 886 967 85131 23 221 10 501 10 77 821 86229
906 278 402 587 671 87188 208 4 40 [500] 301 80 453 83
74 828 702 39 860 24 875 8808 274 217 44 74 602 948
[500] 89286 552 084 753

90108 228 500 988 81018 80 121 854 704 92261 874
91 811 93277 575 681 91 94481 868 844 86 95064 130
400 880 959 96215 [500] 54 381 84 85 484 678 898 60
97287 845 675 72 88 98164 62 602 99290 47 888 845
74 [500] 911 41 77

100403 438 42 509 94 101067 132 85 308 86 80 882
688 86 [500] 102078 104 53 847 917 103086 41 289
102 38 780 815 78 104007 050 630 728 881 [500] 105168
308 39 508 742 103126 700 944 [500] 90 107001 181
678 708 42 77 831 906 108039 181 824 509 10 [500] 644
180 70 855 109001 295 851 90 771 870

110083 113 812 111225 80 [500] 578 431 558 86
[500] 112883 361 461 81 420 946 96 113000 50 [500]
508 58 308 87 83 488 098 881 114128 317 41 441 78
[500] 545 70 702 811 [500] 323 115149 301 116074 518
808 918 117069 124 402 59 712 54 73 874 118159 284
307 78 809 815 712 [500] 48 [500] 878 119248 401 827 678
120281 381 411 587 600 43 833 817 121004 180 637
122117 328 431 878 123151 218 518 56 495 511 83 602
094 124013 118 340 572 82 848 80 [500] 125185 805 19
35 512 817 783 848 83 70 880 126003 79 183 292 800
638 785 842 127013 304 10 456 [500] 028 34 413 707 802
128267 [500] 424 702 839 129009 321 43 47 380 503
19 82 700 815

130038 428 42 509 94 101067 132 85 308 86 80 882
688 86 [500] 102078 104 53 847 917 103086 41 289
102 38 780 815 78 104007 050 630 728 881 [500] 105168
308 39 508 742 103126 700 944 [500] 90 107001 181
678 708 42 77 831 906 108039 181 824 509 10 [500] 644
180 70 855 109001 295 851 90 771 870

110083 113 812 111225 80 [500] 578 431 558 86
[500] 112883 361 461 81 420 946 96 113000 50 [500]
508 58 308 87 83 488 098 881 114128 317 41 441 78
[500] 545 70 702 811 [500] 323 115149 301 116074 518
808 918 117069 124 402 59 712 54 73 874 118159 284
307 78 809 815 712 [500] 48 [500] 878 119248 401 827 678
120281 381 411 587 600 43 833 817 121004 180 637
122117 328 431 878 123151 218 518 56 495 511 83 602
094 124013 118 340 572 82 848 80 [500] 125185 805 19
35 512 817 783 848 83 70 880 126003 79 183 292 800
638 785 842 127013 304 10 456 [500] 028 34 413 707 802
128267 [500] 424 702 839 129009 321 43 47 380 503
19 82 700 815

130038 428 42 509 94 101067 132 85 308 86 80 882
688 86 [500] 102078 104 53 847 917 103086 41 289
102 38 780 815 78 104007 050 630 728 881 [500] 105168
308 39 508 742 103126 700 944 [500] 90 107001 181
678 708 42 77 831 906 108039 181 824 509 10 [500] 644
180 70 855 109001 295 851 90 771 870

110083 113 812 111225 80 [500] 578 431 558 86
[500] 112883 361 461 81 420 946 96 113000 50 [500]
508 58 308 87 83 488 098 881 114128 317 41 441 78
[500] 545 70 702 811 [500] 323 115149 301 116074 518
808 918 117069 124 402 59 712 54 73 874 118159 284
307 78 809 815 712 [500] 48 [500] 878 119248 401 827 678
120281 381 411 587 600 43 833 817 121004 180 637
122117 328 431 878 123151 218 518 56 495 511 83 602
094 124013 118 340 572 82 848 80 [500] 125185 805 19
35 512 817 783 848 83 70 880 126003 79 183 292 800
638 785 842 127013 304 10 456 [500] 028 34 413 707 802
128267 [500] 424 702 839 129009 321 43 47 380 503
19 82 700 815

130038 428 42 509 94 101067 132 85 308 86 80 882
688 86 [500] 102078 104 53 847 917 103086 41 289
102 38 780 815 78 104007 050 630 728 881 [500] 105168
308 39 508 742 103126 700 944 [500] 90 107001 181
678 708 42 77 831 906 108039 181 824 509 10 [500] 644
180 70 855 109001 295 851 90 771 870

110083 113 812 111225 80 [500] 578 431 558 86
[500] 112883 361 461 81 420 946 96 113000 50 [500]
508 58 308 87 83 488 098 881 114128 317 41 441 78
[500] 545 70 702 811 [500] 323 115149 301 116074 518
808 918 117069 124 402 59 712 54 73 874 118159 284
307 78 809 815 712 [500] 48 [500] 878 119248 401 827 678
120281 381 411 587 600 43 833 817 121004 180 637
122117 328 431 878 123151 218 518 56 495 511 83 602
094 124013 118 340 572 82 848 80 [500] 125185 805 19
35 512 817 783 848 83 70 880 126003 79 183 292 800
638 785 842 127013 304 10 456 [500] 028 34 413 707 802
128267 [500] 424 702 839 129009 321 43 47 380 503
19 82 700 815

130038 428 42 509 94 101067 132 85 308 86 80 882
688 86 [500] 102078 104 53 847 917 103086 41 289
102 38 780 815 78 104007 050 630 728 881 [500] 105168
308 39 508 742 103126 700 944 [500] 90 107001 181
678 708 42 77 831 906 108039 181 824 509 10 [500] 644
180 70 855 109001 295 851 90 771 870

110083 113 812 111225 80 [500] 578 431 558 86
[500] 112883 361 461 81 420 946 96 113000 50 [500]
508 58 308 87 83 488 098 881 114128 317 41 441 78
[500] 545 70 702 811 [500] 323 115149 301 116074 518
808 918 117069 124 402 59 712 54 73 874 118159 284
307 78 809 815 712 [500] 48 [500] 878 119248 401 827 678
120281 381 411 587 600 43 833 817 121004 180 637
122117 328 431 878 123151 218 518 56 495 511 83 602
094 124013 118 340 572 82 848 80 [500] 125185 805 19
35 512 817 783 848 83 70 880 126003 79 183 292 800
638 785 842 127013 304 10 456 [500] 028 34 413 707 802
128267 [500] 424 702 839 129009 321 43 47 380 503
19 82 700 815

130038 428 42 509 94 101067 132 85 308 86 80 882
688 86 [500] 102078 104 53 847 917 103086 41 289
102 38 780 815 78 104007 050 630 728 881 [500] 105168
308 39 508 742 103126 700 944 [500] 90 107001 181
678 708 42 77 831 906 108039 181 824 509 10 [500] 644
180 70 855 109001 295 851 90 771 870

I. Ziehung 2. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 11. Februar, nachmittags.
Nur die Gewinne über 50 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

100414 568 833 [500] 101067 77 848 586 870 735
800 [500] 102421 890 995 163071 27 95 112 247 87
551 737 43 848 [500] 77 943 83 [500] 80 84 164880
407 84 781 900 165135 329 69 647 90 708 5 9 166317
63 518 84 [400] 812 [500] 908 [500] 59 167284 321
308 854 733 49 817 882 168045 [500] 902 483 849
169258 60 480 939 [500] 77 80 708 21 800 950 45 67
170019 278 201 815 806 171258 471 800 900

172125 644 783 734 173067 174282 490 38 47 175579
434 44 176002 83 304 405 879 177685 86 780 178204
322 37 406 53 64 61 179153 374 849 62 740 827 23 78
180288 323 41 77 802 701 40 906 181004 02 80
183 304 849 418 96 818 946 182267 871 822 771 804 27
801 70 183110 287 711 44 75 841 90 872 184188 348
840 828 44 055 185309 790 817 910 50 186044 284
804 83 187697 [500] 133 507 804 188314 481 732
189128 281 546 96 470 577 805 838 80

190181 356 304 770 806 191697 870 818 955
192111 80 387 518 84 808 70 193004 84 176 300 79
199 111 7 822 80 98 788 194284 219 74 805 195091
285 85 709 47 861 198008 84 331 44 483 518 48 738
197192 398 639 841 198311 82 430 78 308 78 403 860
77 97 199170 378 96 412 [500] 70 85 850 87 [500] 816
37 700 80

200201 21 148 321 34 43 [500] 79 753 883 201064
58 39 96 118 527 78 877 740 800 825 56 88 202302
443 549 99 620 738 874 78 203078 865 80 95 892
204888 180 258 82 845 79 711 205059 102 800 206071
559 202 207 2061 491 584 636 700 827 875 80 208000
198 303 234 [500] 71 707 43 82 [400] 70 878 884 209199
817 818 [500] 87

210005 725 851 211088 89 299 310 303 478 212898
[400] 202 54 387 540 41 [500] 682 [500] 969 213171 471
082 [500] 71 715 [500] 214237 80 [500] 859 511 881
744 67 85 877 215005 81 [500] 484 554 968 88 843
216088 187 240 84 217069 [500] 908 348 832 81 727
[500] 051 27 218019 132 88 90 847 623 768 80 815 800
219127 871 [500] 504 [500]

220718 456 [500] 853 641 779 221088 417 300 704
883 222138 415 701 [500] 43 879 947 223148 [500] 314
410 881 558 87 034 224643 149 208 235 808 78 225113
219 50 442 973 84 226100 648 884 227056 309 19 82
682 821 508 39 89 85 228270 440 797 900 229100 13
[500] 23 66 543 413 804 78

230020 211 148 321 34 43 [500] 79 753 883 201064
58 39 96 118 527 78 877 740 800 825 56 88 202302
443 549 99 620 738 874 78 203078 865 80 95 892
204888 180 258 82 845 79 711 205059 102 800 206071
559 202 207 2061 491 584 636 700 827 875 80 208000
198 303 234 [500] 71 707 43 82 [400] 70 878 884 209199
817 818 [500] 87

240011 356 304 770 806 241190 [500] 214 440 [500] 877 [500] 78
692 788 814 900 242003 414 558 770 47 850 243106 898
244129 302 323 411 888 245171 584 351 730 823 882
27 246249 60 212 965 886 779 906 247019 41 802 [500]
522 051 179 827 85 [500] 248015 214 303 602
878 79 249064 87 271 288 564 747 833 50 84

250020 211 148 321 34 43 [500] 79 753 883 201064
58 39 96 118 527 78 877 740 800 825 56 88 202302
443 549 99 620 738 874 78 203078 865 80 95 892
204888 180 258 82 845 79 711 205059 102 800 206071
559 202 207 2061 491 584 636 700 827 875 80

Partei-Angelegenheiten.

2. Wahlkreis, Friedrichstadt.

Zahlmorgen

für Buchdrucker-Nacharbeiter Sonntag, den 13. Februar cr., bei Jul. Meier, Drantienstr. 103. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Das zurückgestellte Referat des Genossen Emil Gintler.

Gute Beteiligung erwartet Der Vorstand.

Zur Lokalliste. In Mariendorf veranstaltet heute, am 12. d. M., der „Arbeiter-Verteidigungsverein“ einen Maskenball im gesperrten Lokal von Nau; am Sonnabend, den 13. d. M., der Gesangsverein „Froh Sinn“ ebenfalls einen Maskenball im gesperrten Lokal von Blümel dortselbst.

Außerdem weisen wir nochmals darauf hin, daß das Lokal von Grahl, Mariendorf, nach wie vor gesperrt ist.

Die Lokalkommission.

Brick-Bukow. Sonntag früh 8 Uhr findet von den bekannten Stellen aus eine Flugblattverbreitung statt. Der Vorstand.

Schmargendorf. Zum Besuch der Protestversammlung im Bittoriagarten, Wilmersdorf versammelt sich die hiesige Arbeiterschaft am Sonntag früh 7 1/2 Uhr bei Pötschen, Spandauerstr. 40.

Der Vorstand des Wahlvereins.

Alt-Bliesenke. Die Parteigenossen werden ersucht, sich am Sonntagmittag recht zahlreich in der Versammlung bei Kaul-Adlerhof einzufinden.

Lichtenrade. Der regelmäßige Zahlabend am 12. Februar fällt umstände halber aus, dagegen werden Beiträge vor Beginn der am 21. Februar, abends 8 1/2 Uhr, stattfindenden Kommunalwähler-Versammlung entgegengenommen.

Eichwalde-Seethen-Niederdorf. Den Parteigenossen zur Kenntnisnahme, daß die Versammlung am Sonntag bei Bedhorn, Königs-Bücherhausen, stattfindet. Der Zug geht um 1/2 12 Uhr von Eichwalde ab. Der Vorstand.

Wannsee. Heute 8 Uhr im Fürstenhof Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Richard-Mariendorf über Kommunalpolitik und Aufstellung eines Kandidaten zur Gemeindevorordnetenwahl. 2. Wahl von zwei Delegierten zur Generalversammlung. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Am Sonntagvormittag 11 Uhr treffen sich die Genossen bei G. Koch, Abmarsch von dort nach Kowalbes zur Versammlung. Der Vorstand.

Friedrichsfelde. Morgen, Sonntag früh pünktlich 8 Uhr, wollen sich die Genossen zu einer Flugblattverbreitung in den Bezirkslokale einfinden. Die Bezirksleitung.

Küdersdorf-Kallberge. Am Sonntag, den 13. Februar, nachmittags 3 Uhr, findet im Gasthaus „Zur Linde“ (Zuh.: Richard Noß, früher Grewe), Feinigtstr. 19, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Stadtv. Luchow-Nigdorf über die Wahlrechtsvorlage sprechen wird. Diskussion. Die Bezirksleitung.

Reinickendorf-Ost. Der Bezirk Reinickendorf-Ost des Wahlvereins Nieder-Barnim feiert heute sein 12. Stiftungsfest in den „Gubertusfälen“, Frozigtstr. 77/79. Ein reichhaltiges Programm sichert den Teilnehmern angenehme Stunden, so daß eine rege Beteiligung der Genossen und Genossinnen erwartet wird. Das Komitee.

Bezirk Waldmannsluft. Sonntag, den 13. Februar, nachmittags 4 Uhr, findet in Glienicke eine Wahlrechtsversammlung statt. Referent: Gen. Max Rogger-Nigdorf. Abmarsch der Genossen von Waldmannsluft (Schweizerhaus) 3 Uhr, Hermsdorf (Forsthaus) 3 1/2 Uhr, Birkenwerder (Wahnhof) 3 Uhr, Hohen-Reuendorf (Wahnhof Stolpe) 3 1/2 Uhr. Am selben Tage vormittags 8 Uhr in allen Orten Flugblattverbreitung. Die Bezirksleitung.

Bernau, Röntgenal., Schönau. Zu der morgen Sonntag, nachmittags 1 Uhr, im „Elysium“ stattfindenden Protestversammlung findet heute abend Flugblatt- sowie Handzettelverbreitung statt. Die Parteigenossen werden ersucht, sich das Material von den Bezirksführern abzuholen. Die Bezirksleitung.

Der Quartierverein Niederhain ersucht und mitzuteilen, daß die Lokalkommission Groß-Lichterfelde-Lantow sowie einige Mitglieder des Lantower Wahlvereins versprochen hätten, daß sie Einwendungen dagegen, daß der genannte Verein in dem gesperrten Lokal von Gutche in Lantow seinen Maskenball abhält, nicht erheben wollten. Der Vorstand des Lantower Wahlvereins teilt und hierzu mit, daß er bei der fraglichen Abmachung nicht hinzugezogen worden sei und daß er den Vorgesetzten nach wie vor aufrecht erhält.

Berliner Nachrichten.

Schwindelblätter.

Anlässlich der Veröffentlichungen der „Zeit am Montag“ über die Zustände im städtischen Obdach in der Fröbelstraße hatten wir dargelegt, daß diese Zustände in der Hauptsache dem Obdachluratorium nicht unbekannt geblieben seien und daß unsere Genossen in diesem Kuratorium wiederholt Anträge gestellt hätten, die die im Asyl herrschenden Unflirtlichkeiten und die vorkommenden vielen Diebstähle zu beseitigen geeignet gewesen wären, daß aber — allem Anschein nach nur der Kosten wegen — diese Anträge Ablehnung erfahren hätten. Es werde aber jetzt infolge dieses Drängens ein Umbau des Asyls erwogen. Diese Mitteilungen existieren aber für verschiedene Blätter nicht und so schwindeln sie lustig darauf los. „Staatsbürger-Zeitung“ und „Reich“ glauben die Gelegenheit benutzen zu sollen, Rache für Melezyn zu nehmen, weil damals ihre pastoralen Erzähler schlecht weggekommen sind, und gegen die „Berliner Heuschke“ zu wettern. Soweit diese Blättchen ihre Angriffe gegen den Berliner Kommunalfreisinn richten, wollen wir ihnen nicht widersprechen, anders liegt es aber, wenn sie schreiben:

„Blätter vom Schlage des „Berliner Tageblattes“, vom Schlage des „Vorwärts“, die für die Moralität der Proletarierjugend eintreten, weshalb finden sie kein Wort der Kritik um die Stadtverwaltung zur Rechtfertigung zu zwingen? Gewiß, die Sache ist den Herren unangenehm, höchlich unangenehm!“

Der Verfasser dieser „Berliner Heuschke“ schreibt einfach darauf los, ohne sich im geringsten um die oben schon angeführten Tatsachen zu kümmern. In denselben Rahmen wandelt die „Wahrheit“, die wieder einmal beweist, daß sie ihren Namen zu Unrecht trägt, wenn sie schreibt:

„Das Asyl in der Fröbelstraße steht unter dem Protektorat der Stadt Berlin. In der Deputation für das städtische Obdach befinden sich neben liberalen Größen auch die roten geräuschvollen Genossen Bernheim und der Jahngebote-Hoffmann. Es wirft ein recht bezeichnendes Licht auf die sozialistischen Großmänner, daß derartige Zustände, wie sie „Genosse“ Schweynert beobachtet haben

will, unter der Aufsicht der roten aufsichtsführenden Stadtverordneten möglich sind. Genossen Schweynert ist es höchst wahrscheinlich nicht bekannt, daß in der Berliner Stadtverordnetenversammlung nach stillschweigender Uebereinkunft den Sozialdemokraten der Vortritt in der Beaufsichtigung des Asylwesens gelassen wird: steht doch z. B. an der Spitze des Berliner Asylwesens für Obdachlose Herr Paul Singer.“

Auch die „Wahrheit“ will die Wahrheit durchaus nicht hören, sonst hätte sie die obigen Sätze nicht schreiben können. Hätte sie der Wahrheit die Ehre geben wollen, hätte sie im Gegenteil mitteilen müssen, daß gerade Genosse Hoffmann seit langem die Verwaltung bedrängt hat, doch Abhilfe zu schaffen. Sie hätte auch weiter mitteilen müssen — immer, wenn ihr an der Wahrheit gelegen wäre — daß gerade dem Genossen Hoffmann eine Revision des Obdachs nur möglich ist, wenn der Dezernent des Asyls, Herr Fischbeck, ihm das gnädigst gestattet, und daß sogar dieser Herr Fischbeck Genossen Hoffmann große Schwierigkeiten in den Weg gelegt hat.

Eine besondere Unverschämtheit ist der Seitenhieb auf den Genossen Singer. Genosse Singer hat mit dem städtischen Asyl in der Fröbelstraße nicht das geringste zu tun und gehört dem Kuratorium dieses Obdachs gar nicht an. Genosse Singer ist allerdings ein Förderer des Asylwesens in Berlin, insofern er dem Asylverein für Obdachlose angehört und Kurator des dem Verein gehörigen Männer-Asyls in der Diefenstraße ist. Dieses Asyl aber ist so musterträchtig, daß jeder Freund der Armen und Elenden nur wünschen könnte, daß die an dieser Stelle herrschenden Grundzüge Nachahmung finden würden. Klagen gegen dieses Vereinsasyl sind denn auch in der Deffentlichkeit nicht erhoben worden.

Macht aber nichts! Es wird eben darauf losgelogen ohne einen Schatten eines Beweises. Es ist wirklich ekelhaft, sich mit solchem Gesindel herumzuschlagen zu müssen!

Gebrandmarkt!

Wenn Beamte des langen Amtes schwere Bürde von sich werfen, löst sich ihnen häufig die Zunge, und man erfährt dann aus diesen Kreisen, über denen sonst stets das Damoklesschwert des Gegangenen in der Disziplinarwege schwebt, allerlei erbauliche Dinge. So erzählt ein pensionierter Berliner Kriminalist, dem wir schon mehr als eine omifante Ausplauderei verdanken, daß die Polizei eine ganze Stala von „Kreuzen“ eingeführt hat, mit denen irgendwie anrüchige oder mißliebige Personen in den Personalstandsregistern und in wichtigen „schwarzen Polizeilisten“ besonders gekennzeichnet werden. Neben verschiedenen Abarten für ehemalige Strafgefangene und Zuchthäusler, für Prostituierte, Zuhälter und Sodomisierelle sowie neben den „roten“ Kreuzen bei der politischen Polizei existiert auch ein schwarzes Kreuz für einstige Bewohner von öffentlichen Irrenanstalten. Durch das Meldewesen erhält die Polizei Kenntnis von Anstaltsinternierung und von jeder Entlassung. Damit ist aber der Fall nicht für sie erledigt. Die Polizei brandmarkt solche Leute in geheimen Listen als ehemalige Irrenhändler, so daß ihnen der böse Ruf, den nun mal die Welt heutzutage noch jedem ehemaligen Inassen einer öffentlichen Irrenanstalt anhängt, auf Schritt und Tritt folgt. Jeder Polizeileutnant, in dessen Revier solche Leute wohnen, ist sehr bald von der Vergangenheit des Betreffenden unterrichtet und hält sich oft genug für berufen, eine höchst überflüssige Kontrolle ausüben zu müssen. Zum mindesten wird der ehemalige Anstaltsinasse zeitweise beobachtet oder direkt belästigt und bei dritten Personen unnötig verdächtigt. Bei bedenkllicheren Kranken, die notorisch geisteskrank und versuchsweise entlassen sind, mag eine derartige Kontrolle, natürlich in diskretester Form, unter Umständen angebracht sein. Die Polizei versteht es indes nicht, die notwendigen Unterschiede zu machen und rächt auch da in die Verhältnisse hinein, wo sie nicht den mindesten Anlaß dazu hat. Wenn beispielsweise auch leicht nervenranke oder einst alkoholranke Leute, die mangels des nötigen Kleingeldes eine öffentliche Irrenanstalt aufsuchen mußten, angekreuzt werden, so ist das ein Unfug, eine durchaus unzulässige Bevormundung. Diese meist allerdings stillschweigende, gewissermaßen in Reserve gehaltene Kontrolle ist um so weniger zu billigen, als sie für Lebenszeit bestehen bleibt. Man mag hinziehen, wohin man will, stets wird das Polizeikreuz mitgeschickt und der vielleicht längst gesunde, völlig zurechnungsfähige und arbeitsame Mensch bei der neuen Behörde als anrüchig gebrandmarkt. Welche furchtbaren moralischen und wirtschaftlichen Schädigungen sich daraus für den Betreffenden ergeben können, liegt auf der Hand. Deshalb die Polizei eine gewisse Kontrolle über Nervöse ausüben soll, ist nicht einzusehen. Mindestens muß verlangt werden, daß das Brandzeichen gelöscht wird, sobald innerhalb einer Frist von etwa einem Jahre gegen die Führung des ehemaligen Irrenhauspatienten nichts einzuwenden war. Eine Kontrolle für die wirklich Geisteskranken, die auch nach der Entlassung geisteskrank sind und es bleiben werden, genügt für die allgemeinen Sicherheitzwecke vollkommen. Dann müssen aber auch alle „bessere“ Geistesranke, die mit ihrem Gelde sich in eine Privatanstalt einkaufen, angekreuzt werden. Unser Polizeimann a. D. erklärt, daß solche Leute, wenn der dunkle Punkt ihrer Vergangenheit amtlich überhaupt bekannt ist, von aller Kontrolle verschont bleiben.

Militaristische Liebedienerei des Magistrats.

Der Magistrat der Stadt Berlin hat wieder einmal bewiesen, daß er es nicht nur versteht, am Brandenburger Tor mit dem Gute in der Hand zu stehen, sondern auch auf andere Weise seine Verbeugung vor den herrschenden Gewalten zu machen. Er hat folgende Verfügung erlassen, die von der Direktion der städtischen Gaswerke weitergegeben wurde:

Magistrat hiesiger Schl. Haupt- u. Residenzstadt. J.-Nr. 63 G. B. 1/10.

Berlin, 5. Februar 1910.

Das Garde-Pionierbataillon feiert am 11., 12. und 13. Februar die hundertjährige Wiederkehr seines Stiftungsfestes. Wir haben auf Ersuchen des Bataillons aus diesem Anlaß beschlossen, daß Beamte, Angestellte und Arbeiter, welche in Garde-Pionierbataillon gedient haben, auf Antrag zur Teilnahme an der Hundertjahrfeier des Bataillons am 12. und 13. Februar, und zwar Diätäre unter Fortzahlung der Diäten und Arbeiter unter Fortzahlung des Lohnes, zu beurlauben sind. Wir ersuchen, in der dortigen Verwaltung bei vorkommenden Fällen danach zu verfahren. gez. Kirchner.

An die Deputation der städtischen Gaswerke. Vorstehende Magistratsverfügung senden wir Ihnen zur Kenntnis und Beachtung. 8. Februar 1910. Direktion der städtischen Gaswerke, gez. Kürst. gez. Schminning. J.-Nr. 1434 Fol. 1/10.

Hier nimmt sich also der Magistrat der Stadt Berlin das Recht, städtischen Angestellten und Arbeitern zu einer patriotischen Feiertags-Urlaub zu gewähren und ihnen auf Kosten der Steuerzahler ihren Lohn für die veräumte Zeit nachzuzahlen. Es wäre durchaus nichts dagegen einzuwenden, wenn der Magistrat vermehrten Urlaub zu Erholungszielen gewähren würde, aber selbst wenn städtische Arbeiter nur einige Stunden veräumen, um am Begräbnis eines Kollegen teilzunehmen, wird ihnen der Lohn prompt abgezogen.

Will der Magistrat übrigens gleiches Recht wahren lassen, so muß er folgerichtig den städtischen Angestellten und Arbeitern Urlaub unter Fortzahlung des Gehalts auch zum 1. Mai geben, einer Feiertag, die dem Empfinden der städtischen Angestellten und Arbeiter jedenfalls nicht angepaßt ist, wie das Stiftungsfest des Garde-Pionierbataillons.

Aus dem Magistrat. Der Magistrat hat beschlossen, über das ihm vorgelegte Bauprogramm eines Krankenhauses für Lungen- und Keuchhustenleiden jeden Grades, jeden Alters und Geschlechts, eine Auerung des Ehrenbürgers der Stadt, Erzellen Robert Koch zu erbitten. — Der Magistrat beschloß ferner, die Zuteilung von unapertierten Gelände und einem Waldchen der Hohen-Schönhausen zur Errichtung eines neuen Lukenspielplatzes. Wegen Ueberlassung eines geeigneten Geländes zur Errichtung eines weiteren Lukenspielplatzes im Jahre 1911 soll mit dem Forstfiskus verhandelt werden.

Die neuen Postkarten. Bei den Postkarten ist bekanntlich auf dem letzten Postkongress in Rom die linke Hälfte der Vorderseite dem Absender für schriftliche Mitteilungen freigegeben worden. Diesem Beschluß entspricht schon das jetzige amtliche Formulare der Postkarten. Die Striche für die Aufschrift lassen seit längerer Zeit links auf der Vorderseite einen Rand von fünf Zentimeter frei. Nur oben kommt auf diesen Teil der Karte das Wort „Postkarte“ zu stehen. Auf Ansichtspostkarten der Privatindustrie ist meist ein größerer Raum links auf der Vorderseite durch eine Trennungslinie für Mitteilungen freigegeben. Diesem Beispiel werden, wie angekündigt, in Zukunft auch die amtlichen Formulare folgen. Sie erhalten ebenfalls einen senkrechten Trennungslinie. Das Muster für diese Formulare ist jetzt vom Reichspostamt endgültig festgesetzt worden und der Reichsdruckerei zur Herstellung der Karten zugegangen. Der senkrechte Trennungslinie kommt 6,3 Zentimeter rechts vom linken Rande zu stehen. Da die Postkarten 14 Zentimeter breit sind, so wird also nicht ganz die Hälfte für Mitteilungen freigegeben. Der Ausdruck „Postkarte“ fällt aber nicht mehr auf den linken Teil der Karte für die Mitteilungen, sondern kommt rechts von dem Trennungslinie zu stehen. Es ist also vorn auf der Karte ein Raum von 6,3 Zentimeter für Mitteilungen frei. Auch die Aufschrift „Postkarte“ mit Antwort kommt rechts von dem Trennungslinie zu stehen. Derselbe Anordnung erhalten die Welpostkarten zu 10 Pfennig. Bei den Doppelpostkarten mit Antwort muß allerdings der Vordruck in den linken Teil der Karte hinderragen, da insbesondere die französische Fassung des Vorbrucks zu lang ist. Es geschieht dies sowohl bei der ersten wie bei der zweiten Karte. Dieser Vordruck lautet bekanntlich: „Carte postale avec reponse payee“ und „Carte postale-reponse“. Auch für die deutschen Schutzgebiete werden neue Postkarten ausgegeben, die dem neuen Muster für das Reichspostgebiet und Württemberg entsprechen. Natürlich werden auch die neuen Karten für die deutschen Postanstalten im Auslande, in der Türkei, in China und in Marokko versendet. Sie erhalten in diesem Falle den vorgeschriebenen Ausdruck auf den Wertstempel. Die neuen Postkarten kommen zur Ausgabe, wenn die alten Bestände aufgebraucht sind.

Die Berliner Handelsrichter haben auch eine Organisation gegründet, unter der Bezeichnung Vereinigung der Berliner Handelsrichter.

Schwere Sittlichkeitsvergehen werden einem Dr. Hettmannsberger nachgelagt, der bei dem „Gemeinnützigen Verein für Rechtsauskunft in Groß-Berlin“ angestellt ist und die „Unentgeltliche Rechtsauskunftsstelle“ in der Lindower Straße leitet. Gegen ihn erheben mehrere Frauen den Vorwurf, daß er sie in einer Weise attackiert habe, die in einigen Fällen als tätliche Verleumdung, in anderen geradezu als Notzuchtsverbrechen anzusehen wäre. Wir wollen darauf verzichten, die Verletzungen näher zu schildern, die ihm da zur Last gelegt werden. Manche der Einzelheiten, die uns vorgetragen wurden, erscheinen uns so widerwärtig, daß wir sie nicht einmal andeuten möchten. Die Vorgänge sollten sich teils in dem von Dr. Hettmannsberger geleiteten Auskunftsbureau, teils an anderen Stellen abgespielt haben. Von drei verschiedenen Personen sind Anzeigen gegen ihn bei der Staatsanwaltschaft eingereicht worden, und es haben auch schon Vernehmungen stattgefunden. Auch der Vereinsvorstand weiß bereits, welche schweren Verleumdungen gegen den Leiter des Bureaus in der Lindower Straße vorgebracht werden. Einige der in Betracht kommenden Frauen sind von Persönlichkeiten, die dem Dr. Hettmannsberger nahe stehen, in ihren Wohnungen aufgesucht und über den Sachverhalt angefragt worden. Es wird da besonders ein Dr. Claus genannt, den man uns als Vorstandsmittglied bezeichnet. Dieser Herr soll unter anderem sich zu einem Fräulein bemittelt haben, das geklagt hatte, von Dr. Hettmannsberger mindestens in unsittlicher Weise berührt worden zu sein. Dr. Claus hat, so wird uns erzählt, sie gefragt, ob sie etwa von irgendwem „aufgepulst“ worden sei. Hierin muß man annehmen, daß der Vereinsvorstand einwilligen Dr. S. nicht für schuldig hält. Dr. S. scheint tatsächlich nach wie vor das Vertrauen des Vorstandes zu genießen; denn nach wie vor führt sein Amt eines Leiters der Auskunftsstelle in der Lindower Straße aus, die — wie alle Auskunftsstellen des genannten Vereins — gerade von Frauen sehr viel aufgesucht wird. Dem Verein zahlt übrigens Berlin aus dem Stadtsäckel 5000 Mark als Jahresbeitrag zu seinen Unkosten.

Sperre des Berliner Viehhofes. In dem städtischen Schlachthof wurde, wie die „Deutsche Reichs-Zeitung“ meldet, gestern bei einem am letzten Sonnabend verkauften Stück Rindvieh die Maul- und Klauenseuche festgestellt. Infolgedessen wurde vom Departementstierarzt der Viehhof für den Abtrieb von Mautentieren bis auf weiteres gesperrt. Für die Viehhändler bedeutet diese Sperre einen ungeheuren Schaden, da sämtliches gestern auf der Bahn angelommene und für den heutigen Markt bestimmte Vieh, das noch nicht ausgeladen war und das die Händler nun nach anderen Märkten verkaufen wollten, dennoch ausgeladen und eingestallt werden mußte.

Wegen wiederholter Sittlichkeitsverbrechen an kleinen Mädchen ist ein 42 Jahre alter Kaufmann Karl Stengel aus der Samariterstraße, ein verheirateter Mann, festgenommen worden. Er ist geblüdig.

Ein alter Berliner Ausgewiesener. Der Schuhmacher Dabers ist im Alter von 70 Jahren gestorben. Dabers wurde beim Aufkretzen des Sozialistengesetzes im Jahre 1878 als einer von dem ersten Schub aus Berlin ausgewiesen. Er zog nach Hannover, Hamburg und von hier aus nach Amerika, wo er sich in Brasilien

anfällig machte. Nach Fall des Sozialistengesetzes im Jahre 1890 lehrte Dabers nach Berlin zurück, wo er wieder eine Zeit lang mitarbeitete. Dann aber zog er sich zurück und trat nicht mehr hervor, wozu ihn auch Krankheit nötigte. Die wenigen Alten aus der sozialistengesetzlichen Zeit werden sich Dabers noch erinnern.

Unter zahlreicher Teilnahme wurde gestern nachmittag der Genosse Robert Weber auf dem Friedhofsfelder Friedhofe zur letzten Ruhe beisetzt. Der Wahlverein des vierten Wahlkreises, der Holzarbeiterverband, die Kollegen der Innungsrankenfasse der Tischler, der Arbeiter-Sängerbund hatten Vertreter mit Kränzen entsendet. Außerdem waren die Berufskollegen des Verstorbenen in großer Anzahl erschienen, um dem unermüdeten Kämpfer für die Organisation des lezten Geistes zu geben. In der Leichenhalle würdige Genosse Otto Buchner in zu Herzen gehenden Worten das Wirken des Verstorbenen. Der Gesangsverein „Männerchor Ost“, dem Weber als Mitglied angehört hatte, widmete dem Toten den letzten Abschiedsgruß.

Ein Einbruch in einer Ortskrankenkasse. In dem Hause Wassertrstraße 10/11 hat die Ortskrankenkasse der Gürtler im ersten Stock des Vorderhauses und des rechten Seitenflügels ihre Kassenräume. Ueber diesen steht jetzt eine Wohnung leer. Geldschrankentwender, die sich wahrscheinlich gestern Abend auf dem Grundstück hatten einschließen lassen. Inzwischen nun in der vergangenen Nacht die Kassenräume der leeren Wohnung auf, schnitten ein Stück aus dem Fußboden heraus und gelangten durch die Öffnung in die Geschäftsräume der Kasse hinunter. Hier erbrachen sie im Kontor die Kasse und den Geldschrank und erbeuteten daraus gegen 3000 M. Genau ist die Summe noch nicht festgestellt. Die unbekanntlichen Täter stehen einem Bohrer und einem alten Regenschirm, mit dem sie Mörtelstücke der Decke beim Durchbrechen aufgefangen hatten. zurück.

Lieber sterben, als die Kinder hergeben. Ein tragischer Vorgang hat sich in dem Hause Wiesenstr. 33 abgespielt. Die dort wohnhafte Witwe Luise Sch., die in den ärmlichsten Verhältnissen lebt, hat zwei Kinder im Alter von 13 und 14 Jahren. Nachbarsleute hatten bald bemerkt, wie es mit den pekuniären Verhältnissen der Witwe stand, und um der Frau eine Erleichterung zu verschaffen, war der Beschluß gefaßt worden, die beiden Kinder in der Beseitigung in der Luthowstraße, wo sie gut aufgehoben gewesen wären, unterzubringen. Es wäre auf diese Weise ermöglicht worden, den Kindern gute Nahrung und eine ordentliche Erziehung angeheben zu lassen. So erschienen denn gestern in der Behausung der Witwe ein Arzt und eine Schwester, um die Kinder abzuholen. Frau Sch. weigerte sich aber ganz entschieden, ihre Kinder herauszugeben. Alle gültigen Vorstellungen halfen nichts. Man wandte sich schließlich an die Polizei und als ein Beamter erschien, hat die Frau weinend und händelnd, man möge ihr doch die Kinder lassen. Lieber wolle sie sterben, als die Kinder hergeben. So blieb denn nichts anderes übrig, als unberichteter Sache wieder fortzugehen.

Schiffsräuber suchten in den letzten Tagen die an der Charlottenburger Schleuse überwinternden Rillen heim und machten in vielen Fällen gute Beute. Um der Diebe habhaft zu werden, organisierten die Schiffseigner eine Raubwache. In der verfloffenen Nacht überfielen nun die nachgehaltenden Bootsluete zwei 20- bis 25jährige Männer, die im Begriff waren, auf einem Kohlenkahn einen Eindruck zu verüben. Bei dem Anruf der Wächter ergriffen die beiden die Flucht und es entwickelte sich nun eine wilde Jagd über die Rillen hinweg. Als die Spitzbuben sahen, daß es ihnen nicht gelingen würde, zu entkommen, zogen sie plötzlich ihre Revolver hervor und schossen damit blindlings auf die Verfolger, die ihrerseits ebenfalls von mitgeführten Schusswaffen Gebrauch machten. Glücklicherweise wurde bei diesem „Segefecht“ niemand verletzt. Schließlich gelang es mit Hilfe von Schutzeinheiten, die beiden Schiffsräuber nach kurzem Handgemenge festzunehmen. Es sind die festungslosen Bootsmänner Peter Wandel und Emil Wülfenpennig, die gestanden, bereits eine Anzahl deraartiger Einbrüche verübt zu haben.

Schiffsdiebe treiben auch auf den Gewässern in der Umgebung Berlins ihr Wesen. So wurde in der verfloffenen Nacht auf den im Rummelsburger See vor Anker liegenden Schleppdampfern „Stralau“ und „Gertrud“ Einbruchsdiebstahl verübt. In beiden Fällen handelt es sich allem Anschein nach um dieselben Täter, die in den Maschinenraum einbrangen und von den Maschinen Metallteile im Gesamtwerte von fast 600 M. gewaltsam entfernten. Von den Dieben, die ziemlich Sach- und Ortskenntnis gezeigt haben, fehlt bisher noch jede Spur.

Eingebracht wurde in der Nacht zum Freitag bei der Firma Berliner Margarine-Fabrik S. Thormühlen, Schönhauser Allee. Die Einbrecher erbeuteten 2708 M. in barem Gelde.

Zu dem Sturz des Wegnerschen Söhnchens aus dem Fenster des letzten Stock im Hause Niederbarnimer Straße 23 teilt uns der Vater des verunglückten Kindes mit, daß der Kleine in der kurzen Zeit der Abwesenheit der Eltern auf die am Fenster stehende Nähmaschine geklettert sei und jedenfalls mit Hilfe einer Leiter das Fenster geöffnet habe, um die Kälte der Eltern besser beizukommen zu können. Dabei verlor das Kind das Gleichgewicht und stürzte zum Fenster hinaus.

Vorort-Nachrichten.

Ziethenberg.

Zur Frage der Versicherungspflicht für Hausgewerbetreibende. Am Oktober 1908 hat sich die Stadtverordnetenversammlung dem Antrage unserer Genossen auf Erlass eines Ortsstatuts zur Einführung der Versicherungspflicht für die Hausgewerbetreibenden angeschlossen. Im Herbst der letzten Jahre wurde im Ausschuss für soziale Angelegenheiten ein Ortsstatut beraten, das aber so reaktionär war, daß selbst die Mehrheit der Bürgerlichen sich unserem Antrage auf Verbesserung angeschlossen und die Vorlegung eines neuen geänderten Statuts beschlossen wurde. Vor einigen Tagen wurde nun in einer Sitzung des Ausschusses darüber beraten, aber nachdem die Bürgerlichen ihre Vertreter teilweise durch andere ersetzt hatten, war es nicht möglich, über den § 1 des Statuts hinauszukommen. Die Vorlage war dem Vertreter des Ziehlenerberger Gewerkschafts nicht reaktionär genug. Mit Empfinden erklärte Herr Kronhausen: „Das ist wieder so eine Sache, wodurch die Arbeitgeber zugunsten der Arbeiter geschädigt werden sollen; ich bin vollständig dagegen, die Regierung wird es auch gar nicht genehmigen.“

Es sollen nun noch verschiedene Orte um Berlin, die notgedrungen sich in letzter Zeit ein Ortsstatut geschaffen haben, um Einführung ihres Gesetzes ersucht werden. Der Ausschuss soll dann die darin enthaltenen reaktionären Bestimmungen auf unser Ortsstatut übernehmen und die seinerzeit angenommenen Verbesserungsanträge wieder beseitigt werden.

Die armen Kranken Heimarbeiters können bis dahin so ruhig ärztliche Hilfeleistung entbehren oder den Armenarzt in Anspruch nehmen. Die Unternehmer sollen so lange es irgend möglich ist, vor sozialen Kosten gespart werden, wozu sie nicht durch das Krankenversicherungsgesetz gezwungen werden.

Hoffentlich werden die Arbeiter und die sonstigen Angehörigen der minderbemittelten Klassen des 14. Wahlbezirks, die am 21. Februar Gelegenheit haben, bei der Stichwahl über unsere Stadtverwaltung ihr Wort abzugeben zu können, dafür sorgen, daß die soziale Rücksicht nicht durch die Wahl eines weiteren Bureaukraten kompromittiert wird. Die beste Möglichkeit besteht darin, geschlossen für unseren Kandidaten, den Gewerkschaftsbeamten August Becker zu stimmen.

Rixdorf.

Mit einem sonderbaren Fall hatte sich gestern die Feuerwehre beschäftigt. Der zweijährige Sohn des Maurers Paetsch, keine-

straße 12, hatte sich beim Spielen ein Gefäß als „Helm“ auf den Kopf gestülpt. Als er dann das Gefäß wieder herunterziehen wollte, gelang ihm dies nicht. Auf das furchtbare Geschrei des Knaben eilte die Mutter herbei, doch auch diese vergeblich, ihr Kind zu befreien. Nachbarsleute machten ebenfalls vergebliche Anstrengungen, den Kopf zu entfernen. Man rief schließlich einen Schlosser herbei, der mit der Jange längere Zeit an dem Kinde herumarbeitete, doch auch ihm sollte es nicht gelingen, mit Erfolg vorzugehen. Nun ging es mit dem Knaben, der schreckliche Qualen auszuhalten hatte, nach der Insultation in der Steinmetzstraße. Auch hier war es nicht möglich, das Gefäß herunterzubekommen. Endlich wurde die Hilfe der Feuerwehre in Anspruch genommen. Auf der Feuerwache in der Erntestraße wurde der kleine P. nach wenigen Minuten durch Ausschneiden des Topfes mittels einer Nadelstiche aus seiner qualvollen Lage befreit.

Charlottenburg.

Mordversuch und Selbstmord. In der Landenkolonie am Krankenhaus Westend spielte sich gestern nachmittag eine blutige Liebes- Tragödie ab. Gegen 4 Uhr wurde dort der Arbeiter Paul Graminsky aus der Anobelsdorffstr. 7 erschossen aufgefunden. Neben ihm lag seine Geliebte, die Arbeiterin Margarete Kaddy aus der Anobelsdorffstr. 50 schwer verwundet, durch zwei Schüsse verletzt. Das Mädchen wurde nach dem Besuchen Krankenhauses, die Leiche des Mannes nach dem Schauhaus gebracht. Beide stehen erst im 21. Lebensjahre.

Spandau.

Stadtverordnetenversammlung. Es waren zunächst wieder einige Spezialentscheidungen festzustellen. In erster Linie der Forstetat, der in der vorigen Sitzung nicht festgestellt werden konnte, weil der Staatsausch 10 000 M. abgesetzt hatte für Ausbaggerung der Stublake und die Versammlung dieser Ausbaggerung zugestimmt hatte. Der Magistrat verlangte die Wiedereinstellung der Summe, da dieselbe bereits ausgegeben ist. Wohl aber übel mußte sich die Versammlung diesem zwingenden Grunde fügen und die 10 000 M. wieder einsehen. Der Etat wurde nunmehr mit einer Einnahme von 65 546,50 M. und einer Ausgabe von 60 107,50 M. festgestellt. Abdann kam der Straßenbahnetat wieder an die Reihe, der bereits die vorige Versammlung auch längere Zeit beschäftigt hatte. Namentlich wegen zweier Hauptmomente war dieser Etat an die betreffende Deputation zurückgegeben worden. Das erste betraf die Erhöhung der Arbeitermonatslöhne von 2 auf 3 M., das zweite den Wegfall der Zahlmarken am Sonntag. Die Deputation war zu dem Beschluß gekommen, den Wegfall der Zahlmarken an Sonntagen beizubehalten, dagegen die Arbeiter-Monatslöhne von 2 M. auf 2,50 M. zu erhöhen und diese Karten nur an solche Arbeiter abzugeben, die ein Einkommen bis zu 1800 M. haben. Ferner hatte die Deputation beschlossen, das Gehalt für die Hilfsarbeiter, die nur an Sonn- und Feiertagen beschäftigt werden, einheitlich auf 40 Pf. pro Stunde festzusetzen. Zweifelslos hätte der Etat, nach der Stimmung in der Versammlung zu urteilen, wieder eine Ablehnung wegen der Erhöhung der Arbeiter-Monatslöhne auf 2,50 M. erhalten, wenn nicht der Referent, Stadtd. Prager, entgegen den Beschlüssen der Kommission den Antrag stellte, den Preis für die Arbeiter-Monatslöhne auf 2 M. bestehen zu lassen, da die Ziffern des Etats dadurch gar nicht berührt würden. Dieser Antrag fand denn auch allseitige Zustimmung und wurde nur vor dem Oberbürgermeister Abgelempft. Der Antrag des Referenten sowie die beiden Anträge der Deputation bezüglich den Wegfall der Zahlmarken am Sonntag und der einheitlichen Festsetzung des Stundenlohnes für die Hilfsarbeiter auf 40 Pf. wurde von der Versammlung nach längerer Debatte angenommen. Genosse Pieper gab bei dieser Gelegenheit die Erklärung ab, daß die „Spandauer Zeitung“ in dem Bericht über die vorige Versammlung ihn als einen Befürworter der Erhöhung der Arbeiter-Monatslöhne aufgeführt hat. Dies sei eine Unrichtigkeit. Er habe sich strikte gegen die Erhöhung ausgesprochen. Der Genosse beantragt sodann, den Stundenlohn der Hilfsarbeiter einheitlich auf 50 Pf. festzusetzen und die Zahlmarken an Sonntagen beizubehalten. Mit beiden Anträgen konnte er aber nicht durchdringen. Der Etat selbst wurde wie folgt festgestellt: 1. Kommendamm-Straßenbahn: in Einnahme und Ausgabe mit 110 685 M. Diese Bahn erfordert einen Zuschuß von 63 985 M. und wird derselbe aus den Ueberüberschüssen, welche die anderen Straßenbahnen bringen, gedeckt. 2. Die Spandauer Straßenbahn in Einnahme und Ausgabe mit 758 300 M. Der Hochbretel wurde festgestellt in Einnahme mit 15 085 M., in Ausgabe mit 60 200 M. Bei diesem Etat fragt Genosse Pieper an, ob die Kommission, welche seinerzeit auf seinen Antrag eingetreten sei, um zu beraten, daß bei städtischen Bauten tarifmäßige Löhne gezahlt würden, noch zu seinem Beschluß gekommen sei? Stadtverordneter Vender beantwortet diese Frage dahin, daß die Verhandlung der Materie eine sehr schwierige sei, daß aber in nächster Zeit die Beschlüsse vorgelegt würden. — Der Tiefbauetat wurde in Einnahme mit 104 600 M. und in Ausgabe mit 221 000 M. festgestellt. Damit sind die Spezialentscheidungen zunächst erledigt. — Von den weiteren Vorlagen sind noch bemerkenswert: Bewilligung von 100 M. als Zuschuß zu den Kosten der vom Innungsausschuss geplanten Ausstellung von Lehrlingenarbeiten. Die Summe wurde auf Antrag des Referenten auf 300 M. erhöht. Gleichzeitig wurde gewünscht, daß dem Innungsausschuss die Jubiläumsturnhalle zu dieser Ausstellung zur Verfügung gestellt wird. Genosse Pieper spricht den Wunsch aus, daß auch anderen Korporationen die gleiche Vergünstigung bezüglich der Jubiläumsturnhalle zuteil werde. — Bei der Vorlage betreffend die Genehmigung des Gebührentarifs zur Friedhofsanordnung erklärte Genosse Pieper, daß er und seine Fraktionsgenossen gegen den Tarif stimmen werden, da sie den Standpunkt vertreten, daß die Beerdigungen auf Kosten der Stadt zu erfolgen haben. Die Mehrheit der Versammlung genehmigt natürlich die Vorlage.

Aus der Frauenbewegung.

Frauen und Wahlrechtskampf.

Daß der Regierungsentwurf zur „organischen Fortentwicklung“ des Wahlrechts in Preußen nicht die nötige Aufhebung der Entrechtung des weiblichen Proletariats derselben werde, darauf konnte man gefaßt sein. Das Nachwort der Junkerregierung hat aber die schlimmsten Befürchtungen, den ausschweifendsten Verdacht in bezug auf reaktionäre Bosheit und Töde übertrifft. Aus dem Hohlweg seiner Sendarmen- und Einjährigensphilosophie hat Preußens Ministerpräsident, von Bethmann Hollweg, die völlige Entrechtung der Frauen als eine unerrückbare „gottgegebene Abhängigkeit“ verteidigt. Die Frauen werden wie bisher gleichgültig Ignorat, Justizwaisen und unmundigen Kindern. Sie gehören weiter zu den Wahlrechtsheheln.

Die geistig hochstehende Frau bleibt rechtlos, während der unwillkürliche Ackerknecht mitentscheidet über des Volkes Geschid, und hat er sich beim Militär 12 Jahre durchkapituliert, eignet ihm sogar ein gehobenes Wahlrecht. Das nichtsnutzige Herrlein, das nicht lernen wollte, aber wegen dummer Streiche von der höheren Schule relegiert wurde, wenn es nur das Einjährigengzeugnis in der Tasche hat, dann im „bunten Ehrenrod“ als Offizier paradierte, es kann erstklassiger Wähler sein, aber die fleißige Arbeiterin, die sorgende Hausfrau und Mutter, die Lehrerin, Erziehlerin usw., sie alle bleiben sogar vom Stimmrecht in der dritten Abteilung ausgeschlossen.

Das Wahlrecht der Kaserneoffiziere will die Ausschaltung der Frau von der Mitbestimmung im Staatsleben bereuigen. Die dieberpflichtete, diegelagte, diegeschollene Frau zählt weiter zu den politischen Parasiten! Bei der Verteilung der Pflichten und

Lästen kommt das Weib nie zu kurz, aber es bleibt ausgeschlossen von allen staatsbürgerlichen Rechten.

Der Macht- und Ausbeutungshunger der herrschenden Sippen proklamiert das schamloseste Unrecht als gottgewollte Einrichtung! Das Aufbäumen dagegen verhöhnt des Junkertums Geschäftsführer als Sittenverderber. Es schilt nur noch, alle Soldatenmishandler und Streifbocher in die erste Wählerabteilung zu verweisen, dann zeigte die Sittlichkeit der Wahlrechtsreform sich in vollster Glorie. Besser als durch den Entwurf der Regierung kann die preussische Eigenart der Rücksichtslosigkeit und Brutalität nicht an den Pranger gestellt werden. Das Volk hätte die moralische Stäupung, die politische Mithandlung, die materielle Wehrlosmachung verdient, die der Schandenwurf bedeutet, wenn es ihn sich gefallen ließe. Eine noch nicht erlebte Demonstration, die Stundgebung des entschlossenen Willens, ihn nicht erdulden, muß die Giftpflanze vernichten.

Dah dabei die Frauen nicht fehlen dürfen, sie zu Haus dabei sein müssen, ist selbstverständlich! Sie haben doppelten Grund zu demonstrieren, der Regierung ein Pfund entgegen zu schleudern. Einmal, weil sie selbst sowohl vom passiven als auch vom aktiven Wahlrecht ausgeschlossen bleiben, dann aber auch wegen des Privilegienscharakters des geplanten Wahlrechts. Die Reform würde die große Masse des Volkes, das wertvolle Proletariat noch weiter entrechten. Die Majestät des Schugmannes, auf das politische Gebiet überzogen, soll eine neue Fessel für die Arbeiterbewegung werden. Darüber kann nun aber kein Zweifel sein, daß eine Verschlechterung des Wahlrechts für die Männer die Eroberung des politischen Rechtes für die Frauen weiter hinausschiebt.

Jeder Weisheitschlag, den das Schnapsjunkerregiment auf dem Gebiete des Wahlrechts den Männern verfehlt, wird für das weibliche Geschlecht doppelt fühlbar. Ruh schon brennende Scham ob des Hohnes und Spottes, mit dem der Hausknecht des Junkertums, die preussische Regierung, das Volk behandelt, die Männer zu energischem Protest aufreizt, um so mehr die vielfach verhöhnten und mishandelten Frauen.

Darum herbei Ihr Frauen und Töchter des Volkes! Erscheint am Sonntag ohne Ausnahme in den Protestversammlungen! Zeigt, daß Ihr der Schnapsjunker und „Heiligen Herrschaft“ endlich überdrüssig seid! Herbei zum Protest!!

Verbot der Radarbeit für Frauen. Der österreichische Handelsminister übermittelte dem Präsidium des Abgeordnetenhauses einen Gesetzentwurf betreffend das Verbot der Radarbeit der Frauen in industriellen Unternehmungen. Der Entwurf ist zur Durchführung der Berner Konvention von 1908 bestimmt, der Oesterreich-Ungarn beigetreten ist.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 13. Februar, vormittags 9 Uhr, Poppelallee 15-17: Freireligiöse Vorlesung. Vormittags 11 Uhr: Kleine Franziskaner Str. 6: Vortrag von Herrn Dr. A. Müller: „Die Schriften von Paulus und Petrus“. Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Berein ehemaliger Hohenteller. Sonntag, den 13. Februar, abends 7 1/2 Uhr, bei G. Berni, Köpenicker Str. 147: Monatsversammlung. Ehemalige Hohenteller willkommen.

Deutscher Arbeiter-Abkündigten-Bund. Ortsgruppe Berlin. Der zum Sonntag, den 13. d. Mts. geplante Ausflug nach Grünau findet — der Demonstrationenversammlungen halber — nicht statt.

Vermischtes.

Ein Liebesdrama hat sich einer Meldung aus Dresden zufolge in der gestrigen Nacht in einem Hotel der inneren Altstadt zugetragen. Dort war ein angelegentlich Ehepaar abgestiegen und hatte für zwei Tage ein Zimmer gemietet. In das Fremdenbuch trugen sie sich als Ingenieur Freund und Frau aus Reichenberg ein. Sie begaben sich abends in ihr Zimmer. Gestern vormittags gegen 10 Uhr öffnete der Wirt, da in dem Zimmer sich niemand regte, die Tür und fand die junge Frau in einer Ohnmacht bewußlos am Boden liegen. Sie hatte kurz vorher noch die Klingel gezogen. Auf dem Bette wurde der junge Mann ebenfalls blutüberströmt tot aufgefunden. Er hatte sich einen Schuß in die Schläfe beigebracht. Die behördlichen Ermittlungen ergaben, daß der tote der 21 Jahre alte Ingenieur Freund, Sohn des Dachpappensabrikanten gleichen Namens aus Neu-Salza war. Seine schwerverletzte Begleiterin ist die 17 Jahre alte Donath aus Goeda bei Bautzen. Das Motiv der Tat dürfte darin zu suchen sein, daß infolge Einspruchs der Eltern eine Verbindung unmöglich war.

Todessturz eines Obersten. Der Regimentskommandeur des 70. Infanterie-Regiments, Oberst v. Schwarzloppen, ist, wie aus Saarbrücken gemeldet wird, gestern mittag auf der Landstraße mit seinem Pferde gestürzt und war sofort tot.

Ein weiteres Steigen der Seine.

Nach einem Telegramm aus Paris ist die Seine in den letzten 24 Stunden um 22 Zentimeter gestiegen. Für heute wird ein weiteres Steigen um 20 Zentimeter erwartet.

In Verthe ist ein leicht gebautes Wohnhaus eingestürzt, wodurch neun Personen verschüttet wurden. Nur eine einzige erlitt lebensgefährliche Verletzungen, während die übrigen mit leichten Verletzungen davonkamen. Der Einsturz ist auf die heftigen Regengüsse der letzten Tage zurückzuführen, wodurch die Fundamente unterspült wurden.

Eine Pariser Meldung von gestern Abend lautet: Vom Doubs, der Saone und der Rhone wird das Steigen des Wassers gemeldet. Bei Chalons stehen zahlreiche Werke still. Die Straße nach Lyon ist abgeschnitten. Im Departement Allier, wo der Schnee zwei Meter hoch liegt, wüten Schneestürme.

Der Rhein ist Kölner Meldung zufolge dort bis gestern vormittag um 9 Uhr langsam bis zur Höhe von 6,65 Meter angestiegen; doch fällt er im oberen Laufe. Die Nebenflüsse, auch der Redar, fallen gleichfalls.

Hochwasser in Böhmen.

In ganz Westböhmen sind, wie eine Notiz aus Pilsen lautet, infolge wolkenbruchartigen Regens erste Hochwasserkatastrophen eingetreten. Mehrere Weichbäume sind unter der Gewalt des Wassers geborsten. Drei Mühlen mit ihren Nebengebäuden und dem gesamten Viehstand wurden weggeschwemmt. Der bayerische Grenzanscher Karl Mayer wurde von den Fluten überrollt und ist ertrunken. Man befürchtet weitere Menschenverluste.

Jurdische Vora. Nach einer Meldung aus Hume wütet in Quarnero eine furchtbare Vora, die schon großen Schaden angerichtet hat. Das Passieren der Straße ist mit Lebensgefahr verbunden. Das Ein- und Ausladen der Schiffe mußte eingestellt werden. Mehrere größere Dampfer können nicht in den Hafen einlaufen.

Briefkasten der Redaktion.

Die inländische Sprechstunde findet Lindenstraße 3, zweites Hof, hinter Eingang, der Kruppen, 7 bis 8 Uhr, wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Briefkasten 7 Uhr. Einsendungen beginnen die Werkstunden um 6 Uhr. Jeder Antrage ist ein Nachname und eine Zahl als Werkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Was zur Verantwortung im Briefkasten stehen 14 Tage verbleiben. Einige Fragen erage man in der Sprechstunde vor.

Kenna 32. Der Reichslempel beginnt bei einer Jahresmiete von 300 M. Die Tabelle finden Sie in der Nr. 23 des „Vormärts“ vom 23. Januar

unter Sozialen. — N. 17. Friedrichstr. 53. Geld 1,50 vierteljährlich, ...

Stempelverzeichnis eine entsprechende Trennung des Briefkastens vornehmen. — N. 18. Die raten von einem Wirtsbuch ab; der Hund machte einen ...

Den in der Geburtsurkunde enthaltene Name ist maßgebend. Beantragen Sie bei dem ...

Theater und Vergnügungen

Sonnabend, den 12. Februar. Anfang 7 1/2 Uhr. Königl. Opernhaus, Uda. Königl. Schauspielhaus, Maria Stuart. Anfang 8 Uhr. Neues Königl. Opern-Theater, Gefährten. Deutsches. Die Räuber. Kammerstücke. Der gute König Dagobert. (Auf. 8 Uhr.) Komische Oper, Iphigenie. Neues Schauspielhaus, Alt-Heidelberg. Nachm. 3 Uhr: Opernaufführung ...

Urania. Wissenschaftliches Theater. Sonnabend 4 Uhr: In den Dolomiten. Abends 8 Uhr: Im Firnenglanz des Ober-Engadin. Hörsaal 8 Uhr: Dr. G. Gehlhoff: Die Gleichstromdynamomaschine. Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Sonnabend, 12. Februar, 8 1/2 Uhr: Die Jungfrau von Orléans. Abends 8 Uhr: Orpheo. Sonntag nachm. 3 Uhr: Orpheo. 8 Uhr: Die Jungfrau von Orléans.

Schiller-Theater. Schiller-Theater (Bismarck-Deat). Sonnabend, abends 8 Uhr: Der Pfarrer v. St. Georgen. Schauspiel in 5 Aufzügen von Heinrich Heide. Ende 10 1/2 Uhr. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Der Herr Ministerialdirektor. Sonntag, abends 8 Uhr: MIB Hobbs. Montag, abends 8 Uhr: Der Pfarrer v. St. Georgen. Schiller-Theater (Charlottenburg). Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr: Kabale und Liebe. Ein fünfaktiges Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich Schiller. Ende 10 1/2 Uhr. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Der Heideckbauer. Sonntag, abends 8 1/2 Uhr: Das Käthchen v. Heilbronn. Montag, abends 8 Uhr: MIB Hobbs.

Castan's Panoptikum. Friedrichstr. 105, Psychoripal. Ali Ben Mohamed, Orientalischer Gaukler. Mr. Widowski, Schwert- und Bajonettkünstler. Indische Witwenverbrennung. Täglich 7 1/2 Uhr abends. Sonntags zwei Vorstellungen. Heitere Vorträge. Vollständig neues Programm.

Zirkus Schumann. Sonnabend, den 12. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Gala-Abend. Auftreten des Kommissionsrats Gustav Stensbeck als Gast mit seinen neuen hervorragenden Schülern. Letzte Rehebe. Fliegende Akrobaten, Frankla Truppe. Harry Lanore, der Komödientänzer. Original-Bagonghi, der kleinste, führe Reiter der Welt. Um 9 1/2 Uhr: Ende 11 Uhr: Die drei Rivalen. Große Fecle in 5 Akten. Sonntag: 2 Vorstellungen. In beiden Vorst. angefügt: Die 3 Rivalen. Nachm. ein Kind frei.

Zirkus Busch. Heute Sonnabend, 12. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Großer Gala-Abend. Auftreten von: Thereso Fills, James Leon Fills jun., Heinrich Fills in ihren Produktionen der hohen Schule. Sisters Curtis, Luise Perntin-A. Mr. Mc Daniel Co. Skandinavischer Sport-Akt. Ski, Rodol und Kollschuhe. Herr E. Schumann, Meistredress. Zwergelown Francois, Kunst. Reiterfamilie Proserpi. Mr. Jacob, Foxtierredress. Marja. Pantomime.

Berliner. Pension Schöller. Verfüng. Das Konzert. Neues. Der Philosoph von Sanssouci. Deuten. Die geschiedene Frau. Neues Cyretten. Der Graf von Luxemburg. Trianon. Theodora u. Cie. Kleines. Der große Name. Neidens. Am Taubenschlag. Thalia. Die Dolmetscherin. Schiller u. Schwaner (weiter.) Der Pfarrer von St. Georgen. Schiller u. Charlottenburg. Kabale und Liebe. Friedrich-Wilhelmstädt. Orpheo. Anfang 8 1/2 Uhr. Nachm. 3 1/2 Uhr: Die Jungfrau von Orléans. Volkoper. Cleopatra. Luiten. Der Weidenreffer. Nachmittags 4 Uhr: Goldhärchens Himmelfahrt. Ne. Der Sige-Papa. Anfang 8 1/2 Uhr. Nachm. 4 Uhr: Hünzel und Gretel. Lustspielhaus. Der dunkle Punkt. Met. von. Gallo 11 — Die große Revue. Folies Caprice. Der Luftturner. Neuer Lunter Zell. Herr Wesserkopf. (Auf. 8 1/2 Uhr.) Casino. Der Obergauer. Wedr. Herrfeld. So muß man's machen. Eine Uebergangs-Ehe. Gebbel. Kavaliere. (Auf. 8 1/2 Uhr.) Hondo. Die Anna-Wele. Stadttheater Moabit. Einjährig-Unterschwellig. Parodie. Hohengrün. (Auf. 8 1/2 Uhr.) Apone. Der Liebeswalzer. Spezialitäten. Wintergarten. Spezialitäten. Reichsgarten. Steiner Säng. Palast. Spezialitäten. Wintergarten. Spezialitäten. Karl Haberland. Spezialitäten. Walhalla. Spezialitäten. Duggenbogen. Spezialitäten. Urania. Fandenturbe 18-19. Nachm. 4 Uhr: In den Dolomiten. Abends 8 Uhr: Im Firnenglanz des Ober-Engadin. Hörsaal 8 Uhr: Dr. G. Gehlhoff: Die Gleichstromdynamomaschine. Sternwart. Anstalt. 7-62. Lessing-Theater. Sonnabend, 8 Uhr: Das Konzert. Sonntag, 8 Uhr: Nora. 8 Uhr: Das Konzert. Montag, 8 Uhr: Das Konzert.

Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Der dunkle Punkt. Volkoper. Cleopatra. Luise-Theater. Nachm. 4 Uhr: Or Kindererziehung: Goldhärchens Himmelfahrt. Weidenschaftmädchen mit Gelang und Lang von D. Gachler u. M. Kintleben. Abends 8 Uhr: Der Weidenreffer. Lustspiel in 4 Akten von G. v. Moser. Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Felle um die Erde in 80 Tagen. 8 Uhr: Der Hochzeitsstag.

Brauerei Friedrichshain am Königstor. Größte Schenkwürdigkeit Berlins. Morgen Sonntag: „Auf der Alm.“ Größter Bock-Jubel und Trubel. Der berühmteste Festwirt. Schorsch Ehrengreuber mit seiner Truppe (60 Mitwirkende) aus München. Gratüberlieferung von 100 Wertgegenständen. Jeder Besucher erhält ein Los gratis. Anfang 4 Uhr. Entree 50 Pf.

Arnold Scholz Neue Welt Hasenheide 108/114. Täglich im großen Saal: Bockbierfest in den bayerischen Alpen. Anfang: Sonntags 4 Uhr. Entree: Sonntags 50 Pf. Wochentags 7. Wochentags 30 Pf.

W. Noacks Theater. Gannowstr. 16, am Rosenhaler Tor. Nachmittags 3 Uhr: Frau Holle. Märchen in sechs Bildern. Gratüberlieferung. Abends geschlossen. Sonntag nachm.: Strohenbahn. Lehrer Krause. Abends: Anna-Lise.

Stadt-Theater Moabit. Alt-Moabit 47/48. Sonntag, den 13. Februar 1910: Novität! Einjährig-Unterschwellig. Schwan in 3 Akten v. A. Savarrens. Trianon-Theater. Heute und folgende Tage, 8 Uhr: Theodore & Cie. Sonntag nachm.: Parier Witwen.

Berliner Theater. Heute: Pension Schöller. 8 Uhr. Morgen: Pension Schöller. Neues Theater. Abends 8 Uhr: Der Philosoph von Sanssouci. Morgen und folgende Tage: Der Philosoph von Sanssouci. Theater des Westens. Abends 8 Uhr: Die geschiedene Frau. Sonnt. 8 1/2 Uhr: Der Heile Bauer. Neues Operetten-Theater. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Der Graf von Luxemburg. Sonntag nachmittags 3 Uhr zu ermäßigten Preisen: Der Zigeunerbaron. Residenz-Theater. Direktion: Richard Alexander. Abends 8 Uhr: Die geschiedene Frau. Sonnt. 8 1/2 Uhr: Der Heile Bauer. Neues Operetten-Theater. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Der Graf von Luxemburg. Sonntag nachmittags 3 Uhr zu ermäßigten Preisen: Der Zigeunerbaron.

ROSE-THEATER. Große Frankfurter Str. 102. Nachmittags 4 Uhr: Hünzel und Gretel. Ab. 8 1/2 Uhr bei aufz. Aben.: Der Sige-Papa. Lustspiel in 3 Akten v. H. Richard. Sonntag 3 Uhr: Faust I. Teil. Abends 8 Uhr: Deborah. Metropol-Theater. Hallo!!! Die große Revue! In 8 Bildern von Jul. Freund. Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Dir. Rich. Schultz. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet. Sonntag 8 Uhr: Die Kreuzelschreiber.

Herrnfeld Theater. Kommandantenstr. 57. T. U. 4, 5083. Zum 4. Male: Eine Uebergangs-Ehe. Zum 103. Male: So muß man's machen mit Anton und Donat Herrnseld. Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11 bis 2 Uhr. Sonntag nachm. 4 Uhr: Meine-Deine Tochter. Palast-Theater. Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau. Durgstraße 24, am Bahnhof Bf. Das grandiose Februar-Programm! Phänomenal! Nervenerschütternd! Orig.-Istabl-Glima-Truppe. Isländische Kampfspiele. Anfang 8 Uhr. Sonntag 8 1/2 Uhr. Vorverkauf überal zu haben. Volks-Theater. Rixdorf. Hermannstraße 20. Sonntag, den 13. Februar, Auf. 7 Uhr: Die Blüthenzeit in Paris. Dram. Gemälde in 5 Akt. von Kami. Montag, den 14. Februar, Auf. 8 Uhr: Heimeich. Schauspiel in 4 Akt. v. Grier u. Kerbach.

CIRCUS SARRASANI. Alter Botan Garten. Eingang Grünewaldstr. Täglich abends 8 Uhr: Gala-Vorstellung. — Mitw. u. Sonnabend, Sonntag und Posttage: 2 Vorstellungen mit durchaus gleichreichhaltig. Programm nachm. 4 Uhr u. abends 8 Uhr. Zu den Nachm.-Vorstell. zahlen Kinder unter 14 Jahr. u. Militär b. u. Feldwibel halbe Preise.

Walhalla-Variete-Theater. Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor. Anfang 8 Uhr. Neue Spezialitäten. Inmuel: Bockbierfest. Regimentskapelle. Theaterbesuchern keine Eintritt! Nach Schluß der Vorstell.: Ball. Theater. ununterbrochen geöffnet. Casino-Theater. Postinger Straße 37. Täglich 8 Uhr: Nur noch bis 25. Februar: Der Obergauer. Sonnabend, den 12. Februar: Zum 1. Male: Berlin bei Nacht. Sonnt. 4 Uhr: Mutter Gräbert.

Königstadt-Kasino. Dolamarkstraße 72. Täglich: Franz Sobanski. Neu: Kitty Wheat, Gortrag-soubrette. The Watson, Kombinationstänzer. 4 Fernandes, Equilibristischer Akt. Mstr. Fred, Stuhl-Balancer. Polongier: Viktor. Ritter, Geldin. Lucr. uho. Sein Schwiegervater in 90. Nach der Vorstellung: Ritzsch. Sonnt. Sonnt. Tanzkränzchen. Auf. 8 Uhr. Sonntag 6 1/2 Uhr.

Berliner Theater. Heute: Pension Schöller. 8 Uhr. Morgen: Pension Schöller. Neues Theater. Abends 8 Uhr: Der Philosoph von Sanssouci. Morgen und folgende Tage: Der Philosoph von Sanssouci. Theater des Westens. Abends 8 Uhr: Die geschiedene Frau. Sonnt. 8 1/2 Uhr: Der Heile Bauer. Neues Operetten-Theater. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Der Graf von Luxemburg. Sonntag nachmittags 3 Uhr zu ermäßigten Preisen: Der Zigeunerbaron. Residenz-Theater. Direktion: Richard Alexander. Abends 8 Uhr: Die geschiedene Frau. Sonnt. 8 1/2 Uhr: Der Heile Bauer. Neues Operetten-Theater. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Der Graf von Luxemburg. Sonntag nachmittags 3 Uhr zu ermäßigten Preisen: Der Zigeunerbaron.

Apollo Theater. 8 Uhr: Die neuen Spezialitäten. 8 1/2 Uhr: Zum 9. Male: Der Liebeswalzer. Operette in 3 Akten. Musik von G. W. Ziehrer. Konrad Dreher a. G.

Palast-Theater. Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau. Durgstraße 24, am Bahnhof Bf. Das grandiose Februar-Programm! Phänomenal! Nervenerschütternd! Orig.-Istabl-Glima-Truppe. Isländische Kampfspiele. Anfang 8 Uhr. Sonntag 8 1/2 Uhr. Vorverkauf überal zu haben. Volks-Theater. Rixdorf. Hermannstraße 20. Sonntag, den 13. Februar, Auf. 7 Uhr: Die Blüthenzeit in Paris. Dram. Gemälde in 5 Akt. von Kami. Montag, den 14. Februar, Auf. 8 Uhr: Heimeich. Schauspiel in 4 Akt. v. Grier u. Kerbach.

Passage-Theater. Abends 8 Uhr. Gussy Holl Lamborg Schneider Duncker (prolongiert) und das neue Februar-Programm. 14 Varieté-Attraktionen.

Tonbild-Theater. Ecke Weddingstraße. Griech.-Römisch. Ring-kampf. Meisterkämpfe — Vorstellung verbotener Griffe. Und 6 andere phänom. Progr. laufend d. 14. Febr. u. 15. Febr. 8 1/2 Uhr. Kind. 10 Pf. ohne Nachzahlung. Dauervorstell. v. 4-11 Uhr.

Deutschlands größte und vornehmste Lichtbühne. 650 Sitzplätze. Fachhafte Anstaltung. Beginn: Wochentags 4 Uhr. Sonntags 2. Ruppenhagen am Moritzplatz. 8 1/2 Uhr. Internationale Ringkämpfe 9 1/2 Uhr: E. de Wolf gegen Van. Quantis gegen Guber. Stichtampf: Hein gegen Canerex. Im unteren Saale: Großes Bockhler-Kellerfest mit Doppel-Konzert.

Berliner Theater. Heute: Pension Schöller. 8 Uhr. Morgen: Pension Schöller. Neues Theater. Abends 8 Uhr: Der Philosoph von Sanssouci. Morgen und folgende Tage: Der Philosoph von Sanssouci. Theater des Westens. Abends 8 Uhr: Die geschiedene Frau. Sonnt. 8 1/2 Uhr: Der Heile Bauer. Neues Operetten-Theater. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Der Graf von Luxemburg. Sonntag nachmittags 3 Uhr zu ermäßigten Preisen: Der Zigeunerbaron. Residenz-Theater. Direktion: Richard Alexander. Abends 8 Uhr: Die geschiedene Frau. Sonnt. 8 1/2 Uhr: Der Heile Bauer. Neues Operetten-Theater. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Der Graf von Luxemburg. Sonntag nachmittags 3 Uhr zu ermäßigten Preisen: Der Zigeunerbaron.

WINTERGARTEN. Das drollige Faschings-Programm ein großer Erfolg! Robert Steidl. Der Vampyr-Tanz. Marionetten-Theater! (Schlicht) sowie die Februar-Attraktionen! Morgen: Nachmittagsvorstellung. Kleins Preise. Anfang 3 1/2 Uhr.

Palast-Theater. Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau. Durgstraße 24, am Bahnhof Bf. Das grandiose Februar-Programm! Phänomenal! Nervenerschütternd! Orig.-Istabl-Glima-Truppe. Isländische Kampfspiele. Anfang 8 Uhr. Sonntag 8 1/2 Uhr. Vorverkauf überal zu haben. Volks-Theater. Rixdorf. Hermannstraße 20. Sonntag, den 13. Februar, Auf. 7 Uhr: Die Blüthenzeit in Paris. Dram. Gemälde in 5 Akt. von Kami. Montag, den 14. Februar, Auf. 8 Uhr: Heimeich. Schauspiel in 4 Akt. v. Grier u. Kerbach.

Reichshallen-Theater. Steiner Säng. Der Nachwächler von Zerpensien. v. F. Moysol. Anfang: Bodent. 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Biletts Netz 8 Tage vorher.

Sanssouci, Kottbuser Straße 6. Direktion Wilhelm Reimer. Sonntag, Montag und Donnerstag: Hoffmanns World. Säng. und Tanztruppe. Stets großartiges Programm. Morgen Sonntag: Gr. Elite-Soiree. Neues hochakt. Programm. 3. Schluß: Tanzkränzchen.

Berliner Uk-Trio. Polix Schoner Strassendörnte. 1. Für den Inhalt der Intersate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Zentralverein aller in der Hut- u. Filzwarenbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.
Filiale Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 9. Februar unser Kollege
Albert Gorzynski
 im Alter von 82 Jahren nach kurzem Krankenlager verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute Sonnabendmorgen 9^{1/2} Uhr von der Halle des Sebastian-Kirchhofes (Reinickendorf-Bez.) aus statt.
 Zahlreiche Beteiligung ist Pflicht.
Der Vorstand.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands.
Sahlstelle Berlin.
 Am Mittwoch, den 9. Februar, ist unser Mitglied, der Zugschneider
Georg Müller
 verstorben.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 12. Februar, nachmittags 3^{1/2} Uhr, von der Kapelle des städtischen Friedhofes, Müllerstr., Ecke Seefraße, aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht.
Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Verwaltung Groß-Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Geschäftsführer
Karl Düsterberg
 am 10. d. Mts. im Alter von 41 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Montag, den 14. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht.
Die Bezirksverwaltung.

Am Donnerstag, den 10. d. M., verchied plötzlich meine liebe Frau, unsere gute Mutter
Anna Kaufmann
 geb. **Schnabe.**
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. Februar, nachmittags 3 Uhr, auf dem Nordorfer Kirchhof (Mariendorfer Weg) statt.
 Die trauernden Hinterbliebenen:
Karl Kaufmann.

Dankagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme anlässlich des Hinscheidens meines lieben Sohnes, unseres Bruders Schwagers, Daniels, Cousins und Neffen
Georg Kirchhübel
 spreche ich hiermit allen Verwandten, Freunden und Sportkollegen, sowie den Mitgliedern des „Sportklub Germania“, Berliner Zeitungsband, Segelklub Bismarckschlöß, Freie Vereinigung der Tourensegler Grünau, Verein Berliner Segler, Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter Berlin und Umgegend, dem Ehepaar sowie den Kollegen der Pianofabrik A. Deiken, für alle dem Dahingewesenen erteilten Ehrungen meinen tiefgefühltesten Dank aus.
 Die trauernden Hinterbliebenen:
H. Kirchhübel
 nebst Frau und Kindern.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

A. B. Koch
 Kohlen-Brickengroßhandlung
 Gegründet 1893.
 Hauptkontor Berlin O. 24, Petersburger Straße 1 (gegenüber Warschauer Straße).
 Fernspr. Amt 7 Nr. 3040 u. 3096.

Lagerplätze u. Verkaufsstellen

I. O. 34. Ostb. Güterbahnhof, Eing. Hübnerdortier Str. 71, fr. Chobahovart.

II. O. 17. Ostb. Güterbahnhof, Neudorf, 13.

III. N. 113. Reimstraße 28-31, Ecke Schilddreiner Straße.

IV. N. 65. Antonstraße 36-41, Ecke Ruhlsplatzstraße.

Preise für nur 10 Marken ab Wag von 10 Str. an:

Prima Halbheute
 Ferdinand Str. 88 W.
 Marienplatz Sal. Str. 90 W.
 Pflaumerstraße und
 Gottb. Salon Str. 99 W.
 in Diamant, gefestigt
 (fr. Str. 110-120 St.) Str. 105 W.
 in Anthrazit-Gods Str. 230

Kohle, Holz, Steinkohlen usw. zu den billigsten Tages- u. Konventionenpreisen. Anlieferung frei Keller je nach Quantum fr. Str. 10-15 W. mehr. — Bei Originalwaggons und größeren Abgängen verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

Deutscher Kürschner-Verband.
 Bureau u. Arbeitsnachweis: NO. 48, Barnimstr. 11. Telefon: Amt Nr. 7, 6780

Mittwoch, den 16. Februar, abends 8 Uhr, im Alten Schützenhaus, Linienstr. 5:
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. „Die neue Reichsversicherungsgesetzgebung“. Referent: Genosse **Koblenzer.** 2. Disjunktion. 3. Der Fall „Kossatz“ und das Verhalten der M. Gärtnerischen Kollegen. 4. Verschiedenes.
 Die M. Gärtnerischen Kollegen sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht.
Die Ortsverwaltung.

Ardath Splendo
5 Pfennig
Ligacette
London
 As supplied to the House of Lords



Generaldepot M. Butze, Berlin N., Brunnenstr. 27. Tel. III. 8920.

Pa. Schlaek- u. Salamiwurst à Prd. 1.10.
 Große geräucherte Gänsekeulen zum Rohessen Stück 1.—
Pa. Gänseeschmalz, garantiert rein a Pfund 1.20.
Hermann Leibner, BERLIN C.
 Klosterstr. 93/95, Ecke Kaiser-Wilhelm-Str. 11. 19/19

Zur **Konfirmation**
 empfohlen wir **auf Kredit**
 zu ausnahmsweise sehr günstigen Bedingungen

Elegante u. moderne **Einsegnungs-Anzüge u. Kleider**
 in allen Qualitäten und Preislagen.
Prüfungs-Anzüge u. Kleider
 in den neuesten Stoffen und Farben.
 Spez.: Anfertigung nach Mass.

Kleiderstoffe
 Cachemir, Cheviot, Satintuch etc. in schwarz, weiss und farbig.
Futterstoffe
 in allen Qualitäten und Preislagen.
 Fertige Wäsche f. Knaben u. Mädchen

„Für alle Welt“
 Kaufhaus auf Kredit
 Schöneberg, Haupt-Strasse 19
 a. Kaiser-Wilhelm-Platz, dem alten Rathaus gegenüber
 Man werde Kunde bei uns und sammle unsere Annoncen. Aufklärung später.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen.

„Unerreichte“ Leistungsfähigkeit. **Allein-Verkauf.**
 Sehr starkes Leder in grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet, wodurch besondere Haltbarkeit bedingt ist. Sehr feste Koppnähte m. starkem Garn. Große Flecken umsonst.

Trotz dieser vielen und anderer Vorzüge kostet die Herkules-Hose für normale Männer-Größe **4 M. 50**

Berufs- u. Schutzkleidung
 für alle Zweige der Gewerbe u. Industrie, Sanitätsdienst usw.

BAER SOHN
 Spezial-Haus größten Maßstabes
 Chausseestr. 39-30 — Brückenstr. 13
 Gr. Frankfurterstr. 20
 Schöneberg, Hauptstr. 10.
 Haupt-Katalog gratis u. franko.



Kachor. verbot.

Einheitspreis . . . M. 12,50 Luxus-Ausführung M. 16,50

Nicht der Name, sondern seine Vorzüge haben dem Salamanderstiefel den Weltruf verschafft.
 Fordern Sie Musterbuch V

Salamander
 Schuhges. m. b. H., Berlin

W. 8 Friedrich-Strasse 182 NW. Wilsnacker Strasse
 C. König-Strasse 47 Ecke Turn-Strasse 9
 SW. Friedrich-Strasse 221 W. Tauentzien-Strasse 15
 C. Rosenthaler Tor N., Bad-Strasse 20
 W. Potsdamer Strasse 5 Spandau, Breite Strasse 30

Vom Arbeiter zum Millionär

vom Handwerker, vom kleinen Beamten, vom Kaufmann, überhaupt von Jedem, der auf sein Neuhäres hält, wird für billiges Geld wirklich guttende, tadellose Garderobe gesucht. Nur im Kaufhaus für Monatsgarderoben, Große Frankfurter Straße 93, erhalten Sie diese und können darin leicht

Serie I Serie II Serie III
Maß-Anzüge 8 M. 14 M. 18 M.
Maß-Paletots 6 M. 12 M. 16 M.

Gesellschafts-Anzüge werden billigst verlichen.

Kaufhaus für Monatsgarderoben
Große Frankfurter Straße 93.
 Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.
 Streng reelles christl. Geschäft. Keine Filialen am Plage.
Abteilung II Neue Garderoben.

Blumen- und Franzbinderei
 von Robert Meyer,
 nur Mariannen-Strasse 2.

„Freier Bund“
 Einkaufs- u. Produktivgenossenschaft freier Gast- u. Schankwirte
 Berlin und Umgegend.
 Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in Berlin.
 Am Dienstag, 22. Februar 1910, nachmittags 4 Uhr, beim Genossen **Ernst Funke**, N., Triftstraße 63:
Ordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:
 1. Beriefung des Protokolls der letzten Generalversammlung.
 2. Geschäftsbericht vom Vorstand und Aufsichtsrat.
 3. Vorlage der Bilanz durch den Aufsichtsrat und Antrag auf Genehmigung derselben durch die Generalversammlung.
 4. Neuwahl zum Vorstande und Aufsichtsrat.
 5. Anträge. 104/13

Der Vorstand.
 H. Matthes, Emil Kerfin.

Die Firma **Barbier und Friseur-Genossenschaft „Goran“**, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, hat sich aufgelöst. Die Gläubiger der Genossenschaft werden aufgefordert sich zu melden.
 Berlin, 21. Januar 1910.
Barbier und Friseur-Genossenschaft „Goran“, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, in Liquidation.
 Paul Liere, Otto Wormke, Julius Langnor. 103/11*

Zur Einsegnung
 empfehle mein reichhaltiges Lager in Konfirmanden-Anzügen

Durch besonders günstigen Einkauf bin ich in der Lage zu nachfolgend billigen Preisen zu verkaufen.

Schwarze Kammgarn-Anzüge
 beste Zutaten, Ia Qualitäten
975 1250 1500

Prüfungs-Anzüge blau Cheviot und blau Kammgarn
 beste Stoffe, solideste Ausführung
1150 1650 1950

Modern gemusterte Stoffe nenest. Fassons gute Qualitäten
875 1125 1450

Julius Lindenbaum Nachf.
 Inh. Walter Hampel
 Große Frankfurter Straße, Ecke Fruchtstraße.

Zur Einsegnung!

Anzüge aus schwarzen Kammgarn- u. Meltonstoffen
 Mk. 21,50, 17,50, **14,50**

Anzüge aus dunkelblauem Kammgarn-Cheviot, ein- und zweireihig Formen
 Mk. 28,50, 24,50, **18,50**

Anzüge aus tief-schwarzen Ia. Kammgarn- u. Tuch-Kammgarn-Stoffen. Pa. Verarbeitung.
 Mk. 35,00, 30,50, **24,50**

Anzüge zur Prüfung aus haltbaren, modern gemusterten Stoffen.
 Mk. 22,50, 19,00, **17,50**

Nur eigene Konfektion. — Prima Roßhaar-Verarbeitung.

M. Schulmeister
 BERLIN SO., Dresdenerstraße 4, Hochbahn-Station Kottbuser Tor.



Abendkurse
 für Hochbau, Tiefbau, Gas- und Wassertechnik, Maschinenbau, Elektrotechnik.
 Techniker- u. Meister-Ausbildung.
Technische Akademie
 Ständig konzeffioniert.
 Berlin 45, Markgrafstr. 103.
 Prospekte frei

Gemeinsamer Verbandstag der Maurer und Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

Leipzig, 10. Februar. (Eig. Ber.)

Den konstituierenden Verbandstag eröffnet Bömelburg...

Gemeinsame Beschlusfassung über die Verschmelzung

geben zunächst Bömelburg und Behrendt die Resultate der Abstimmung...

Übergangsbestimmungen.

Die gemachten Vorschläge der Verbandsvorstände seien ja schon ausgiebig erörtert worden...

Für den Uebertritt der Mitglieder wird bestimmt, daß der unentgeltliche Uebertritt jedoch nur dann erfolgen kann...

Zu dem Punkte:

Anträge der Verbandsvorstände

hält Bömelburg das einleitende Referat. Er spricht zunächst über die Vorschläge der Vorstände...

Ausgesprochen wird ferner, daß der Verband immer bereit ist, eine Verschmelzung mit den Verbänden der Dachdecker...

Verbandschriften.

Die Vorstände schlagen vor: Die deutsch sprechenden Mitglieder des deutschen Bauarbeiterverbandes...

Die Vorstände planen die Errichtung einer literarischen Abteilung im neuen Verbande. Deren Aufgaben sollen im Besonderen sein: Den Funktionären des Verbandes...

Unterrichtskurse

gehen dahin: In den für die moderne Arbeiterbewegung errichteten Unterrichtskursen sollen, wenn dem Verbande so viel Plätze zur Verfügung stehen...

Für die Entschädigung der Schüler sollen die von den Zentralverbänden mit der Generalkommission vereinbarten Grundsätze gelten.

In der Debatte über diesen Punkt entspinnt sich eine Auseinandersetzung über die Lehrtätigkeit an der Partei- und Gewerkschaftsschule.

Sübner-Hamburg behauptet, an der Partei- und Gewerkschaftsschule würde in einseitiger Weise Unterricht erteilt. Perjing-Großenhain bestreitet als früherer Schüler der Gewerkschaftsschule die Richtigkeit der Behauptungen Sübners.

Dingen nicht so engherzig sein. Uebrigens werde Bernhard von den Schülern als einer der besten Lehrer bezeichnet.

Der Verbandstag stimmt dann den vorgeschlagenen Bestimmungen zu.

Auch die Anträge über die

Aufnahme von Statistiken

werden ohne Aenderung angenommen. Es wird in ihnen bestimmt:

Alle fünf Jahre wird eine alle Einzelheiten umfassende Statistik über den Lohn, die Arbeitszeit und die sonstigen Arbeitsbedingungen aufgenommen.

- a) über das Lebensalter und den Familienstand der Mitglieder; b) über die Dauer der Organisationszugehörigkeit und c) darüber, wie sie sich die Mitglieder nach ihrem Geburts- und Wohnort verteilen auf Orte nach bestimmten Einwohnerzahlen.

Die Vorschläge über die Mitgliederlegitimationen gehen dahin, daß alle Mitglieder bei ihrer Aufnahme in den Verband eine Interimslegitimation (Karte oder Buch), die zur Beitragsquittung auf zwei Jahre einzurichten ist, erhalten.

Ohne Debatte wird diesem zugestimmt. Zum Punkt: Wahlen zum Gewerkschaftskongress unterbreiten die Vorstände einen Antrag, in dem es heißt: Die Zahl der Delegierten beträgt 30.

Bei der Beratung der Gauseinteilung wird nach längerer Debatte, in der die Wünsche der einzelnen Bezirke vorgetragen werden, beschlossene, 21 Gause zu bilden.

Darauf beginnt die

Statutenberatung.

und zwar abschrittweise. Berichterstatter der Kommission ist Verkeil-Kürnberg. Er schlägt vor, dem § 1, der Name und Umfang des Verbandes festsetzt, nach dem Entwurf des Vorstandes zuzustimmen.

Deutscher Bauarbeiterverband.

und erstreckt sich über das Gebiet des Deutschen Reiches. Das Mitgliedsrecht im Deutschen Bauarbeiterverband können alle in dem Verbandsgebiet im Hoch- und Tiefbau beschäftigten Arbeiter erwerben.

Als Zweck des Verbandes wird bestimmt: Der Deutsche Bauarbeiterverband hat sich die Aufgabe gestellt, die Lebenshaltung der baugewerblichen Arbeiter auf eine möglichst hohe Stufe zu bringen...

Zur Erfüllung dieser Aufgaben legt der Verband allen Mitgliedern strenge Pflichten auf, vor allem die Bekundung unerschütterlicher Solidarität aller gegen alle.

In § 4 wird bestimmt, daß Zweigvereine für einzelne Orte oder Bezirke, sofern mindestens zehn Mitglieder vorhanden sind, errichtet werden können.

Der § 10 setzt fest, daß der Hauptvorstand aus 11 Personen, und zwar aus: zwei Vorsitzenden, sechs Sekretären und drei Kassierern bestehen soll.

Zum § 12 liegen mehrere Anträge vor, die auch begründet werden, nach dem der Vorsitzende des Ausschusses nicht auf dem Verbandstage gewählt werden — wie im Entwurf vorgeschlagen —, sondern sich der Ausschuss selbst konstituieren soll.

Die Weiterberatung wird vertagt.

umfaßt keineswegs alle Aktiengesellschaften, deren Zahl noch etwas größer ist. Für einen Vergleich des Reingewinns kommen nur 4687 Gesellschaften in Frage.

Table with 2 columns: 1907/08, 1908/09. Rows: absolut in Millionen Mark, in Proz. des Aktienkapitals.

Der Reingewinn hat demnach um 0,8 Proz. des Nominalkapitals vom Jahre 1909 abgenommen. Die Abzinsungen sind nur für 864 Aktiengesellschaften in den beiden Jahren vergleichbar.

Staatliche Schlachtviehvericherung. Auf Anregung des preussischen Landesökonomiekollegiums beschäftigen sich die Vorstände der Landwirtschaftskammern wiederum mit der Frage der staatlichen Regelung der Schlachtviehvericherung.

Vom amerikanischen Eisenmarkt schreibt der „Iron Age“ in seinem Wochenbericht: Die Roheisenproduktion im Monat Januar betrug 2 600 000 Tonnen gegen 2 636 000 Tonnen im Vormonat.

Advertisement for J. Kurzberg (Herren- u. Knaben-Garderobe) and Nathan Wand (Herrn-Frühjahrs-Paletots). Includes text: 'Aus meinem Leben', 'Der deutsche Arbeiter', 'Nationalismus', 'Sozialistische Bewegungen', 'Der Jar und die auswärtige Politik', 'Rußland in der Revolution', 'Gericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion', 'Expedition des Vorwärts', 'Kautabake - 5 Pfg.-Rollen', 'Fischer & Herwig, Hann. Münden', 'Max Ziegenhals, Berlin NO., Neue Königstr. 70'.

Aus Industrie und Handel. Bilanzen der Aktiengesellschaften. Im Laufe des Jahres 1909 haben 5028 Aktiengesellschaften mit einem Aktienkapital von nominal 13 516,74 Millionen Mark ihre Bilanzen und Rechnungsergebnisse für ihr letztes Geschäftsjahr...



Urania - Salonoel



(der Name ist gesetzlich geschützt)

zu erhalten, dann fordern Sie beim Einkauf nicht nur „Salonoel“, denn unter dieser Bezeichnung wird sehr oft ein Gemisch mit billigeren Sorten verkauft.

Nur der volle Name URANIA-SALONOEL bietet Ihnen die Garantie, das unverfälschte amerikanische Sicherheits-Petroleum zu erhalten.

URANIA-SALONOEL bietet die **Größtmögliche Sicherheit gegen Explosionsgefahr bei höchster Leuchtkraft.**

Keine Verwechslung mit österreichischem (galizischem) Petroleum.

Deutsch - Amerikanische Petroleum - Gesellschaft.

Diese Plakate kennzeichnen die Verkaufsstellen.

Diese Plakate kennzeichnen die Verkaufsstellen.

Wenn Sie die Sicherheit haben wollen, das seit Jahren rühmlichst bekannte

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg., das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 18 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
Für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Durch Rauch beschädigte Gardinenstoffe, Fenster 1,25, 1,45, 1,65, 2,45, 3,25, 4,50.

Küchenschränke 1,75, 1,95, 2,45, 3,25, 4,50, 5,50.

Erbsenbänke 3,45, 4,65, 5,85, 6,50, 7,50.

Durch Rauch beschädigte Leinwandtücher 0,95, 1,25, 1,85, 2,50, 3,25, 3,85, 4,50.

Wäschbänke 4,25, 4,85, 5,25, 5,65.

Wäscherbänke 6,25, 7,85, 8,50, 9,85, 11,50.

Tuchportieren, komplette Garnitur, 3,25, 3,85, 4,50, 5,25, 5,75, 6,50.

Wäschportieren, komplette Garnitur, 6,25, 6,85, 7,85, 8,75, 9,50, 11,50, 13,50.

Wäschportieren, extra groß, 4,50, 5,75, 6,75, 7,50, 8,75, 9,50.

Wäschportieren, extra groß, 3,25, 3,85, 4,75, 5,25.

Berliner Wäschportieren 6,85, 7,50, 8,75, 9,65, 11,25, 12,50.

Grote Wäschportieren 12,50, 14,50, 16,50, 18,50, 21,50 bis 60 Mark.

Wäschportieren, extra groß, 4,50, 5,75, 6,75, 7,50, 8,75, 9,50.

Wäschportieren, extra groß, 3,25, 3,85, 4,75, 5,25.

Radfahrerkarten. Wir empfehlen den Freunden des Radfahrens: Mittelbundes Karte für Rad- und Motorfahrer von Berlin und weiterer Umgebung, auf Leinen gezogen Preis 1,75 M. (zusammenlegbar). - Karte für Rad- und Motorfahrer von Brandenburg, auf Leinen gezogen und zusammenlegbar 2,50 M. Expedition des „Vorwärts“, Lindenstraße 69, Laden.

Teppiche (Nachschleier), Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Tischdecken, Übergardinen, Sofa-Teppiche, Spottbild, Jagdplakat, Kaminbilder, große Kaminbilder, 9, 11, 13, 15, 17, 19, 21, 23, 25, 27, 29, 31, 33, 35, 37, 39, 41, 43, 45, 47, 49, 51, 53, 55, 57, 59, 61, 63, 65, 67, 69, 71, 73, 75, 77, 79, 81, 83, 85, 87, 89, 91, 93, 95, 97, 99, 101, 103, 105, 107, 109, 111, 113, 115, 117, 119, 121, 123, 125, 127, 129, 131, 133, 135, 137, 139, 141, 143, 145, 147, 149, 151, 153, 155, 157, 159, 161, 163, 165, 167, 169, 171, 173, 175, 177, 179, 181, 183, 185, 187, 189, 191, 193, 195, 197, 199, 201, 203, 205, 207, 209, 211, 213, 215, 217, 219, 221, 223, 225, 227, 229, 231, 233, 235, 237, 239, 241, 243, 245, 247, 249, 251, 253, 255, 257, 259, 261, 263, 265, 267, 269, 271, 273, 275, 277, 279, 281, 283, 285, 287, 289, 291, 293, 295, 297, 299, 301, 303, 305, 307, 309, 311, 313, 315, 317, 319, 321, 323, 325, 327, 329, 331, 333, 335, 337, 339, 341, 343, 345, 347, 349, 351, 353, 355, 357, 359, 361, 363, 365, 367, 369, 371, 373, 375, 377, 379, 381, 383, 385, 387, 389, 391, 393, 395, 397, 399, 401, 403, 405, 407, 409, 411, 413, 415, 417, 419, 421, 423, 425, 427, 429, 431, 433, 435, 437, 439, 441, 443, 445, 447, 449, 451, 453, 455, 457, 459, 461, 463, 465, 467, 469, 471, 473, 475, 477, 479, 481, 483, 485, 487, 489, 491, 493, 495, 497, 499, 501, 503, 505, 507, 509, 511, 513, 515, 517, 519, 521, 523, 525, 527, 529, 531, 533, 535, 537, 539, 541, 543, 545, 547, 549, 551, 553, 555, 557, 559, 561, 563, 565, 567, 569, 571, 573, 575, 577, 579, 581, 583, 585, 587, 589, 591, 593, 595, 597, 599, 601, 603, 605, 607, 609, 611, 613, 615, 617, 619, 621, 623, 625, 627, 629, 631, 633, 635, 637, 639, 641, 643, 645, 647, 649, 651, 653, 655, 657, 659, 661, 663, 665, 667, 669, 671, 673, 675, 677, 679, 681, 683, 685, 687, 689, 691, 693, 695, 697, 699, 701, 703, 705, 707, 709, 711, 713, 715, 717, 719, 721, 723, 725, 727, 729, 731, 733, 735, 737, 739, 741, 743, 745, 747, 749, 751, 753, 755, 757, 759, 761, 763, 765, 767, 769, 771, 773, 775, 777, 779, 781, 783, 785, 787, 789, 791, 793, 795, 797, 799, 801, 803, 805, 807, 809, 811, 813, 815, 817, 819, 821, 823, 825, 827, 829, 831, 833, 835, 837, 839, 841, 843, 845, 847, 849, 851, 853, 855, 857, 859, 861, 863, 865, 867, 869, 871, 873, 875, 877, 879, 881, 883, 885, 887, 889, 891, 893, 895, 897, 899, 901, 903, 905, 907, 909, 911, 913, 915, 917, 919, 921, 923, 925, 927, 929, 931, 933, 935, 937, 939, 941, 943, 945, 947, 949, 951, 953, 955, 957, 959, 961, 963, 965, 967, 969, 971, 973, 975, 977, 979, 981, 983, 985, 987, 989, 991, 993, 995, 997, 999, 1001, 1003, 1005, 1007, 1009, 1011, 1013, 1015, 1017, 1019, 1021, 1023, 1025, 1027, 1029, 1031, 1033, 1035, 1037, 1039, 1041, 1043, 1045, 1047, 1049, 1051, 1053, 1055, 1057, 1059, 1061, 1063, 1065, 1067, 1069, 1071, 1073, 1075, 1077, 1079, 1081, 1083, 1085, 1087, 1089, 1091, 1093, 1095, 1097, 1099, 1101, 1103, 1105, 1107, 1109, 1111, 1113, 1115, 1117, 1119, 1121, 1123, 1125, 1127, 1129, 1131, 1133, 1135, 1137, 1139, 1141, 1143, 1145, 1147, 1149, 1151, 1153, 1155, 1157, 1159, 1161, 1163, 1165, 1167, 1169, 1171, 1173, 1175, 1177, 1179, 1181, 1183, 1185, 1187, 1189, 1191, 1193, 1195, 1197, 1199, 1201, 1203, 1205, 1207, 1209, 1211, 1213, 1215, 1217, 1219, 1221, 1223, 1225, 1227, 1229, 1231, 1233, 1235, 1237, 1239, 1241, 1243, 1245, 1247, 1249, 1251, 1253, 1255, 1257, 1259, 1261, 1263, 1265, 1267, 1269, 1271, 1273, 1275, 1277, 1279, 1281, 1283, 1285, 1287, 1289, 1291, 1293, 1295, 1297, 1299, 1301, 1303, 1305, 1307, 1309, 1311, 1313, 1315, 1317, 1319, 1321, 1323, 1325, 1327, 1329, 1331, 1333, 1335, 1337, 1339, 1341, 1343, 1345, 1347, 1349, 1351, 1353, 1355, 1357, 1359, 1361, 1363, 1365, 1367, 1369, 1371, 1373, 1375, 1377, 1379, 1381, 1383, 1385, 1387, 1389, 1391, 1393, 1395, 1397, 1399, 1401, 1403, 1405, 1407, 1409, 1411, 1413, 1415, 1417, 1419, 1421, 1423, 1425, 1427, 1429, 1431, 1433, 1435, 1437, 1439, 1441, 1443, 1445, 1447, 1449, 1451, 1453, 1455, 1457, 1459, 1461, 1463, 1465, 1467, 1469, 1471, 1473, 1475, 1477, 1479, 1481, 1483, 1485, 1487, 1489, 1491, 1493, 1495, 1497, 1499, 1501, 1503, 1505, 1507, 1509, 1511, 1513, 1515, 1517, 1519, 1521, 1523, 1525, 1527, 1529, 1531, 1533, 1535, 1537, 1539, 1541, 1543, 1545, 1547, 1549, 1551, 1553, 1555, 1557, 1559, 1561, 1563, 1565, 1567, 1569, 1571, 1573, 1575, 1577, 1579, 1581, 1583, 1585, 1587, 1589, 1591, 1593, 1595, 1597, 1599, 1601, 1603, 1605, 1607, 1609, 1611, 1613, 1615, 1617, 1619, 1621, 1623, 1625, 1627, 1629, 1631, 1633, 1635, 1637, 1639, 1641, 1643, 1645, 1647, 1649, 1651, 1653, 1655, 1657, 1659, 1661, 1663, 1665, 1667, 1669, 1671, 1673, 1675, 1677, 1679, 1681, 1683, 1685, 1687, 1689, 1691, 1693, 1695, 1697, 1699, 1701, 1703, 1705, 1707, 1709, 1711, 1713, 1715, 1717, 1719, 1721, 1723, 1725, 1727, 1729, 1731, 1733, 1735, 1737, 1739, 1741, 1743, 1745, 1747, 1749, 1751, 1753, 1755, 1757, 1759, 1761, 1763, 1765, 1767, 1769, 1771, 1773, 1775, 1777, 1779, 1781, 1783, 1785, 1787, 1789, 1791, 1793, 1795, 1797, 1799, 1801, 1803, 1805, 1807, 1809, 1811, 1813, 1815, 1817, 1819, 1821, 1823, 1825, 1827, 1829, 1831, 1833, 1835, 1837, 1839, 1841, 1843, 1845, 1847, 1849, 1851, 1853, 1855, 1857, 1859, 1861, 1863, 1865, 1867, 1869, 1871, 1873, 1875, 1877, 1879, 1881, 1883, 1885, 1887, 1889, 1891, 1893, 1895, 1897, 1899, 1901, 1903, 1905, 1907, 1909, 1911, 1913, 1915, 1917, 1919, 1921, 1923, 1925, 1927, 1929, 1931, 1933, 1935, 1937, 1939, 1941, 1943, 1945, 1947, 1949, 1951, 1953, 1955, 1957, 1959, 1961, 1963, 1965, 1967, 1969, 1971, 1973, 1975, 1977, 1979, 1981, 1983, 1985, 1987, 1989, 1991, 1993, 1995, 1997, 1999, 2001, 2003, 2005, 2007, 2009, 2011, 2013, 2015, 2017, 2019, 2021, 2023, 2025, 2027, 2029, 2031, 2033, 2035, 2037, 2039, 2041, 2043, 2045, 2047, 2049, 2051, 2053, 2055, 2057, 2059, 2061, 2063, 2065, 2067, 2069, 2071, 2073, 2075, 2077, 2079, 2081, 2083, 2085, 2087, 2089, 2091, 2093, 2095, 2097, 2099, 2101, 2103, 2105, 2107, 2109, 2111, 2113, 2115, 2117, 2119, 2121, 2123, 2125, 2127, 2129, 2131, 2133, 2135, 2137, 2139, 2141, 2143, 2145, 2147, 2149, 2151, 2153, 2155, 2157, 2159, 2161, 2163, 2165, 2167, 2169, 2171, 2173, 2175, 2177, 2179, 2181, 2183, 2185, 2187, 2189, 2191, 2193, 2195, 2197, 2199, 2201, 2203, 2205, 2207, 2209, 2211, 2213, 2215, 2217, 2219, 2221, 2223, 2225, 2227, 2229, 2231, 2233, 2235, 2237, 2239, 2241, 2243, 2245, 2247, 2249, 2251, 2253, 2255, 2257, 2259, 2261, 2263, 2265, 2267, 2269, 2271, 2273, 2275, 2277, 2279, 2281, 2283, 2285, 2287, 2289, 2291, 2293, 2295, 2297, 2299, 2301, 2303, 2305, 2307, 2309, 2311, 2313, 2315, 2317, 2319, 2321, 2323, 2325, 2327, 2329, 2331, 2333, 2335, 2337, 2339, 2341, 2343, 2345, 2347, 2349, 2351, 2353, 2355, 2357, 2359, 2361, 2363, 2365, 2367, 2369, 2371, 2373, 2375, 2377, 2379, 2381, 2383, 2385, 2387, 2389, 2391, 2393, 2395, 2397, 2399, 2401, 2403, 2405, 2407, 2409, 2411, 2413, 2415, 2417, 2419, 2421, 2423, 2425, 2427, 2429, 2431, 2433, 2435, 2437, 2439, 2441, 2443, 2445, 2447, 2449, 2451, 2453, 2455, 2457, 2459, 2461, 2463, 2465, 2467, 2469, 2471, 2473, 2475, 2477, 2479, 2481, 2483, 2485, 2487, 2489, 2491, 2493, 2495, 2497, 2499, 2501, 2503, 2505, 2507, 2509, 2511, 2513, 2515, 2517, 2519, 2521, 2523, 2525, 2527, 2529, 2531, 2533, 2535, 2537, 2539, 2541, 2543, 2545, 2547, 2549, 2551, 2553, 2555, 2557, 2559, 2561, 2563, 2565, 2567, 2569, 2571, 2573, 2575, 2577, 2579, 2581, 2583, 2585, 2587, 2589, 2591, 2593, 2595, 2597, 2599, 2601, 2603, 2605, 2607, 2609, 2611, 2613, 2615, 2617, 2619, 2621, 2623, 2625, 2627, 2629, 2631, 2633, 2635, 2637, 2639, 2641, 2643, 2645, 2647, 2649, 2651, 2653, 2655, 2657, 2659, 2661, 2663, 2665, 2667, 2669, 2671, 2673, 2675, 2677, 2679, 2681, 2683, 2685, 2687, 2689, 2691, 2693, 2695, 2697, 2699, 2701, 2703, 2705, 2707, 2709, 2711, 2713, 2715, 2717, 2719, 2721, 2723, 2725, 2727, 2729, 2731, 2733, 2735, 2737, 2739, 2741, 2743, 2745, 2747, 2749, 2751, 2753, 2755, 2757, 2759, 2761, 2763, 2765, 2767, 2769, 2771, 2773, 2775, 2777, 2779, 2781, 2783, 2785, 2787, 2789, 2791, 2793, 2795, 2797, 2799, 2801, 2803, 2805, 2807, 2809, 2811, 2813, 2815, 2817, 2819, 2821, 2823, 2825, 2827, 2829, 2831, 2833, 2835, 2837, 2839, 2841, 2843, 2845, 2847, 2849, 2851, 2853, 2855, 2857, 2859, 2861, 2863, 2865, 2867, 2869, 2871, 2873, 2875, 2877, 2879, 2881, 2883, 2885, 2887, 2889, 2891, 2893, 2895, 2897, 2899, 2901, 2903, 2905, 2907, 2909, 2911, 2913, 2915, 2917, 2919, 2921, 2923, 2925, 2927, 2929, 2931, 2933, 2935, 2937, 2939, 2941, 2943, 2945, 2947, 2949, 2951, 2953, 2955, 2957, 2959, 2961, 2963, 2965, 2967, 2969, 2971, 2973, 2975, 2977, 2979, 2981, 2983, 2985, 2987, 2989, 2991, 2993, 2995, 2997, 2999, 3001, 3003, 3005, 3007, 3009, 3011, 3013, 3015, 3017, 3019, 3021, 3023, 3025, 3027, 3029, 3031, 3033, 3035, 3037, 3039, 3041, 3043, 3045, 3047, 3049, 3051, 3053, 3055, 3057, 3059, 3061, 3063, 3065, 3067, 3069, 3071, 3073, 3075, 3077, 3079, 3081, 3083, 3085, 3087, 3089, 3091, 3093, 3095, 3097, 3099, 3101, 3103, 3105, 3107, 3109, 3111, 3113, 3115, 3117, 3119, 3121, 3123, 3125, 3127, 3129, 3131, 3133, 3135, 3137, 3139, 3141, 3143, 3145, 3147, 3149, 3151, 3153, 3155, 3157, 3159, 3161, 3163, 3165, 3167, 3169, 3171, 3173, 3175, 3177, 3179, 3181, 3183, 3185, 3187, 3189, 3191, 3193, 3195, 3197, 3199, 3201, 3203, 3205, 3207, 3209, 3211, 3213, 3215, 3217, 3219, 3221, 3223, 3225, 3227, 3229, 3231, 3233, 3235, 3237, 3239, 3241, 3243, 3245, 3247, 3249, 3251, 3253, 3255, 3257, 3259, 3261, 3263, 3265, 3267, 3269, 3271, 3273, 3275, 3277, 3279, 3281, 3283, 3285, 3287, 3289, 3291, 3293, 3295, 3297, 3299, 3301, 3303, 3305, 3307, 3309, 3311, 3313, 3315, 3317, 3319, 3321, 3323, 3325, 3327, 3329, 3331, 3333, 3335, 3337, 3339, 3341, 3343, 3345, 3347, 3349, 3351, 3353, 3355, 3357, 3359, 3361, 3363, 3365, 3367, 3369, 3371, 3373, 3375, 3377, 3379, 3381, 3383, 3385, 3387, 3389, 3391, 3393, 3395, 3397, 3399, 3401, 3403, 3405, 3407, 3409, 3411, 3413, 3415, 3417, 3419, 3421, 3423, 3425, 3427, 3429, 3431, 3433, 3435, 3437, 3439, 3441, 3443, 3445, 3447, 3449, 3451, 3453, 3455, 3457, 3459, 3461, 3463, 3465, 3467, 3469, 3471, 3473, 3475, 3477, 3479, 3481, 3483, 3485, 3487, 3489, 3491, 3493, 3495, 3497, 3499, 3501, 3503, 3505, 3507, 3509, 3511, 3513, 3515, 3517, 3519, 3521, 3523, 3525, 3527, 3529, 3531, 3533, 3535, 3537, 3539, 3541, 3543, 3545, 3547, 3549, 3551, 3553, 3555, 3557, 3559, 3561, 3563, 3565, 3567, 3569, 3571, 3573, 3575, 3577, 3579, 3581, 3583, 3585, 3587, 3589, 3591, 3593, 3595, 3597, 3599, 3601, 3603, 3605, 3607, 3609, 3611, 3613, 3615, 3617, 3619, 3621, 3623, 3625, 3627, 3629, 3631, 3633, 3635, 3637, 3639, 3641, 3643, 3645, 3647, 3649, 3651, 3653, 3655, 3657, 3659, 3661, 3663, 3665, 3667, 3669, 3671, 3673, 3675, 3677, 3679, 3681, 3683, 3685, 3687, 3689, 3691, 3693, 3695, 3697, 3699, 3701, 3703, 3705, 3707, 3709, 3711, 3713, 3715, 37

Kongreß der belgischen Sozialdemokratie

Brüssel, 8. Februar. (Sig. Ver.)

Der zweite Verhandlungstag brachte den Bericht der parlamentarischen Fraktion.

Basel rügt das häufige Fehlen der sozialistischen Deputierten und wünscht mehr Kontakt zwischen diesen und der Masse. Er bedauert auch, daß das Bureau des Generalrates aus lauter Deputierten besteht.

Sandervelde schließt sich dieser Kritik an und hofft, daß in Bezug auf den letzten Punkt der nächste Kongreß Wandel schaffen werde. Für den schwachen Kammerbesuch der sozialistischen Deputierten — bei den Alerikalen grassiert das Uebel freilich in noch weit größerem Maße — gäbe es oft triftige Gründe, da die Abgeordneten auch noch andere Funktionen hätten, aber es sei höchst bedauerlich, daß durch ihn seinerzeit das Gesetz über das Verbot von Bleiwaffen gescheitert ist und schließlich das Fehlen einiger Stimmen die Vertagung der Beratung über die Umfirmierung des Gemeinde- und Provinzialwahlrechtes verschuldet hat. — Im übrigen veröffentlicht der „Peuple“ bei wichtigen Abstimmungen die Liste der unentschieden Abwesenden.

Eine von Renaus eingebrachte Tagesordnung, die an dem neuen Militärgesetz Kritik übt, eine verschärfte antimilitaristische Propaganda verlangt und ein Militärgesetz fordert, das die Ungerechtigkeiten des gegenwärtigen aufhebt, wird, da eine Debatte über den Gegenstand nicht möglich ist, für den nächsten Kongreß vertagt.

Sandervelde beklagt, daß das neue Militärgesetz eine Vermehrung der militärischen Kosten bedeutet. Was seine zweifellosen Ungerechtigkeiten anlangt, wird die Fraktion ihre Pflicht tun, um sie zu beseitigen.

Renaus und Devos beharren darauf, daß das Militärgesetz die Massen nicht befriedigt habe, wogegen Jauniaux von den „Jugendlichen“ erklärt, daß man für den Augenblick wohl zufrieden sein dürfe, denn das Gesetz hat die Abschaffung der Stellvertretung, der Blutlotterie und eine Verkürzung der Dienstzeit gebracht. Das wäre ein großer moralischer Sieg der antimilitaristischen Propaganda. (Großer Beifall.)

Zum Punkt

Presse

erstattet der Chefredakteur des „Peuple“ Genosse De Brouckere den Bericht. Die Finanzen des Parteiblattes haben sich soweit gebessert, daß Geld in der Kasse ist. Die Auflage des Hauptblattes ist auf 40 000 — gegen 24 000 des vergangenen Jahres — gestiegen, und es wird daran gearbeitet, mit Hilfe der Unterstützung der großen Genossenschaften eine weitere Erhöhung der Auflage herbeizuführen.

Sandervelde macht die mit lautem Protest aufgenommenen Mitteilung, daß De Brouckere seinen Posten im „Peuple“ verlassen will.

De Brouckere erklärt, daß er nach dem gestrigen Votum über die Politik der Partei es nicht für opportun und mit seinem Gewissen vereinbar halte, die Chefredaktion weiterzuführen. Das Blatt habe der Auffassung der Majorität Ausdruck zu geben und er könne eine Politik nicht verteidigen, die er für abhängig von der Partei halte.

Sandervelde, Demblon, Rubin, Bertrand, Leken („Peuple“), die alle die Verdienste De Brouckeres um den „Peuple“ hervorheben, beharren darauf, daß De Brouckere bleibe.

Sein

Bericht der Gewerkschaftskommission

wünscht Sekretär Bergmann und Huisman eine energischere Unterstützung der Partei für die im Frühjahr stattfindende Ausstellung für Heimarbeit.

Huisman beklagt auch, daß die Erkenntnis der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Zentralisation noch viel zu wünschen laße. 70 000 gewerkschaftlich Organisierte gehören der Kommission an — 180 000 der Partei. Diese Differenz der Ziffern sei eine Schande. Und doch 15 Prozent der Arbeiter in Belgien sind überhaupt organisiert!

Ueber die

Frauenorganisation

spricht Genossin Tillmans, die sich über mangelnde Unterstützung durch die Föderationen der Arbeiterinnenbewegung und die Scheitlere beschwert. Sie verweist auf die Anstrengungen der Alerikalen und wünscht die Schaffung eines Frauensekretariats nach deutschem Muster.

Der Kongreß spricht sich, nachdem Huisman für die Aufbringung der nötigen Fonds eingetreten ist, für die Durchführung der von Genossin Tillmans vertretenen Anregungen aus.

Nachdem der Parteisekretär Renaus noch des im August abzuhaltenden Parteifestes zur Feier des 25-jährigen Parteibestandes gedacht, schließt der Vorsitzende mit einem Hoch auf den Sozialismus den Kongreß.

Wir kommen auf seine bedeutsamen Verhandlungen noch zurück.

Soziales.

Handlungsgehilfen?

In einem vor der 5. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts verhandelten Falle wurde die Frage strittig, ob Handlungs- oder Gewerbegehilfenhaft vorliege. Kläger B. mußte für die Beslagte, die Große Berliner Wäsche- und Schlingelgesellschaft, in einer Uniform, die ihm von der Gesellschaft geliefert wurde, bei Geschäftsleuten Offerte machen und sie zum Abonnement auf die Bewachung zu veranlassen suchen. Die Beslagte hat eine größere Anzahl derartiger Angeheiler und schließt mit ihnen Verträge mit dreijähriger Kündigungsfrist ab, indem sie diese Gehilfen unter die gewerblichen rubriziert. Der Vertreter der Gesellschaft weist auch den Vorhalt des Vorstehenden, ein Angeheiler, der kaufmännische Arbeiten verrichte, bleibe trotz der Uniform Kaufmannsgehilfe, immer wieder zurück und hält dem entgegen, daß in analogen Prozessen gegen die Beslagte die Gerichte schon zu Hunderten Malen die Alkoholsteuer als Gewerbegehilfen angesehen haben. Die Verhandlung ergab im übrigen, daß nach der Entlassung dem Kläger die Papiere nicht herausgegeben wurden, weil dieser die Ausübung der Uniform verweigerte. Er wollte sie bis zur Erledigung des Prozesses zurückhalten.

Das Kaufmannsgericht entschied mit Recht, daß der Kläger als Handlungsgehilfe anzusehen, die dreijährige Kündigungsfrist mithin ungültig sei. Der Kläger hatte kein Recht, die Uniform zurückzubehalten, aber auch die Gesellschaft durfte auf keinen Fall die Papiere des Klägers einbehalten. Durch sofortigen Austausch beider Objekte und Zahlung von 10 M. wurde der Streit aus der Welt geschafft. Der Vorsitzende rief aber dem Vertreter der Beslagten dringend, die Anstellungsverträge den Anforderungen des Gesetzes entsprechend zu formulieren.

Lehrlings-Ausbildung oder Ausbeutung?

Zwei Lehrlinge, die die Firma Utermühle, Große Frankfurter Straße 137, entlassen hat, weil sie sich eines Tages geweigert hatten, die nicht entwendenden Pagarbeiten auszuführen, klagen gegen letztere im Verstand ihrer geschiedenen Vertreter vor dem Gewerbegericht auf Zahlung der Vertragsstrafe von je 100 M. Die

Kläger behaupten, daß die Beslagte ihre Vertragspflichten, sie in der Karosserie- und Wagenfaktorei gehörig zu unterrichten, nicht erfüllt hat. Demzufolge habe sie die ausbedungene Vertragsstrafe verweigert. Sie seien fast ausschließlich mit dem Putzen von Metallbeschlägen und Fensterweiben beschäftigt worden. Ihre Eltern seien deshalb wiederholt bei der Beslagten vorstellig geworden, ohne daß eine Aenderung in dem Mißstand eingetreten sei. Die zwei Jahre bisheriger Lehrzeit seien somit als verlorene Zeit zu betrachten.

Die umfangreiche Beweisnahme, die schon im Termin am 21. Januar vorgenommen wurde, ergab, daß sämtliche Sattlerlehrlinge übermäßig mit Pagarbeiten beschäftigt wurden, so daß von einer handwerksmäßigen Ausbildung nicht die Rede sein konnte. Die Lehrlinge sind bisher nicht der Handwerkskammer gemeldet worden. Die Kläger behaupten, dies sei in der unbefehlbaren Absicht erfolgt, um der Kontrolle durch die Handwerkskammer zu entgehen. Die Beslagte behauptete demnach, daß trotz der vielen Pagarbeiten die handwerksmäßige Ausbildung der Kläger nicht gelitten hätte. Das Gericht sollte das Gutachten eines gerichtlichen Sachverständigen ein. Dieser erklärte nun im gestrigen Termin, daß eine gründliche Ausbildung der Kläger in der Karosserie und Wagenfaktorei bei der Beslagten nicht stattgefunden habe, denn Pagarbeiten und Nacharbeiten ermöglichen keine handwerksmäßige Ausbildung. Auch er habe einen Wagenfaktoreibetrieb und betriebe die Karosserie, wobei sehr viel zu putzen ist. Das Putzen lasse er aber von Hausdienern besorgen. Würde er die teuren Löhne für die Hausdiener sparen wollen und die Lehrlinge die Pagarbeiten verrichten lassen, so würde er diese in übermäßiger Weise ausbeuten, aber nicht in genügender Weise ausbilden können. Die Beslagte entgegnete, ein abschließendes und zureichendes Urteil könne der Sachverständige erst nach Beobachtung der vierjährigen Lehrzeit, die nur durch die Schuld der Kläger nicht fortgesetzt worden ist, abgeben.

Das Gericht sprach sich dahin aus, die Art der bisherigen Ausbildung, die durch das Vorstelligwerden der Klägerischen Eltern nicht gebessert wurde, lasse sehr wohl Schlüsse auf die weitere Ausbildung der Kläger während des Restes der Lehrzeit zu. Es sei gerade an der Zeit gewesen, das Lehrverhältnis zu lösen, denn jetzt lasse sich noch manches nachholen, was seitens der Beslagten verkannt worden. Nach Beobachtung der Lehre sei es zu spät. Der Anspruch der Kläger sei daher durchaus berechtigt. Da die Beslagte trotz der kundgegebenen Ansicht des Gerichts sich weigerte, den Anspruch anzuerkennen, wurde sie verurteilt, an jeden der Kläger 100 M. zu zahlen.

Zum Lohnbeschlagnahmegesetz

Gegen den Tischler Paul Blom in Zehlendorf hatte die Norddeutsche Holz-Berufsgenossenschaft eine Forderung von 69,60 M., die aus überhöhten Rentenbeiträgen herrührt. Die Berufsgenossenschaft ersuchte die Gemeindefasse in Zehlendorf um Einziehung. Diese hatte nichts Eiligeres zu tun, als dem Arbeitgeber Bloms sowie diesem selbst ein Zahlungsverbot zu schicken über die Höhe des ganzen Wochenverdienstes des B., bis zur Beilegung der 69,60 M. Bloms sofort eingeleiteter Einspruch hatte zur Folge, daß dies Zahlungsverbot aufgehoben wurde. Dagegen wurde sofort ein neues Verbot erlassen, worin der 30 M. übersteigende Wochenverdienst gesperrt wurde. Dieses Zahlungsverbot nahm eigenartigerweise auf das Lohnbeschlagnahmegesetz Bezug. Blom erhob auch hiergegen Einspruch und verlangte, daß, wenn man schon mal das Lohnbeschlagnahmegesetz auslege, man es wenigstens richtig auslegen solle. Er legte dar, daß das angezogene Gesetz den Wochenbetrag von 30 M. gar nicht kennt, sondern nur den 1500 M. übersteigenden Jahresverdienst zur Pfändung zulasse. Auch wies er darauf hin, daß die angeblide Forderung der Berufsgenossenschaft die Gemeindefasse nichts angehe, von dieser dielmehr einzuzahlen sei. Er drohte mit Klage gegen die Gemeindefasse. Dieser Einspruch hatte den Erfolg, daß die Gemeindefasse das Zahlungsverbot auf Veranlassung der Berufsgenossenschaft zurückzog.

Bei dieser Gelegenheit weisen wir wiederholt darauf hin, daß die Versuche, das Lohnbeschlagnahmegesetz in der Weise auszulegen, als sei nur eine 25 M. Wochenbetrag nicht übersteigende Summe der Pfändung entzogen, durchaus irrig ist. Das Lohnbeschlagnahmegesetz läßt lediglich eine Beschlagnahme des Lohnes zu, soweit der wirklich gezahlte, nicht der zu erwartende Jahresverdienst 1500 Mark übersteigt.

Die soziale Fürsorge der Betriebskrankenkasse!

Die Betriebskrankenkassen werden regelmäßig von gewisser Seite als die vollkommenste Einrichtung in der deutschen Krankenversicherung gepriesen und den Arbeitern und Arbeiterinnen als das Muster der Krankenkassen hingestellt. Tatsächlich haben aber diese Krankenkassenebilde außerordentliche Nachteile für die Arbeiter. Der nachfolgende Fall mag die „soziale Fürsorge“ einer großen Betriebskrankenkasse etwas näher beleuchten.

Die Arbeiterin Fr. A. war seit dem Sommer 1909 im Betriebe der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft beschäftigt und damit auch Mitglied der Betriebskrankenkasse geworden. Anfangs Dezember 1909 erkrankte Fr. A. und trat in die ärztliche Behandlung des Herrn Dr. A. Als Fr. A. am 2. Januar von der Betriebskrankenkasse einen Aufnahmeschein für das Krankenhaus — der behandelnde Arzt Dr. A. hielt dieselbe für notwendig — verlor, wurde die Kranke zum Vertrauensarzt der Kasse, Dr. Mamrot, geschickt. Als sie dann wegen des Scheines sich zur Kasse begab, wurde ihr erklärt: daß sie arbeitsfähig sei, daß Krankengeld würde daher nur bis zum 2. Januar 1910 gezahlt. Seit dem 3. Januar sei sie wieder voll erwerbsfähig.

Der behandelnde Arzt Dr. A. erklärte indessen, daß er Fr. A. nicht gesundschreiben könne. Die Arbeiterin ließ sich nun von einem Arzt untersuchen, der sie nicht kannte. Das Ergebnis der Untersuchung war folgender Befund:

Die Patientin ist stark abgemagert (circa 18 Pfund in einem Vierteljahr). Die Schleimhäute sind bloß, über der rechten Lungenspitze abgeschwächtes Atmen und vereinzelte Rasselgeräusche. Es besteht außerdem ein Nachen- und Reibkopflatare, Rheumatismus in der Brust- und Rückenmuskulatur, sowie doppelteitige Eierstockerkrankung. Patientin ist nach alledem zurzeit arbeitsunfähig.

Dieses Attest des Arztes Dr. B. wurde mit einem Schriftsatz als Bewerbe der Gewerbeversicherung eingereicht. Gleichzeitig beantragte Fr. A. bei der Landesversicherungsanstalt Berlin die Einleitung des Heilverfahrens. Fr. A. wurde darauf von einem Professor untersucht und der Befund, wie ihn Dr. A. feststellte, bestätigt. Es fand darauf noch eine telefonische Besprechung zwischen dem Vertrauensarzt der Betriebskrankenkasse, Dr. Mamrot, und dem Professor statt. Dies muß wohl besonders lehrreich für den Herrn Vertrauensarzt der Betriebskrankenkasse gewesen sein. Denn die Besatwerbeführerin erhielt nunmehr von der Krankenkasse die Mitteilung, daß ihre das Krankengeld usw. auch über den 2. Januar hinaus gezahlt werden soll.

Wenn die Besatwerbeführerin in diesem Fall zu ihrem Recht gekommen ist, dann hat sie es lediglich ihrer Organisation, dem Deutschen Metallarbeiterverband, zu danken, der sich ihrer energisch annahm.

Vorort-Nachrichten.

Zempelhof.

Aus der Gemeindevertretung. Nach dem Vorschlage des Sanitäts wies die Gemeindevertretung ohne Diskussion eine Anzahl Einsprüche gegen die Gemeindevorstände zurück. Obgleich

hinlänglich bekannt sein dürfte, daß Einsprüche in der gesetzlich festgelegten Zeit beigebracht werden müssen, haben wieder eine Anzahl Wähler dies nicht beachtet; sie sind nun von der Wahl ausgeschlossen. Vier anderen Einsprüchen wurde deshalb nicht stattgegeben, weil die Einsprucherwerbenden bei ihren Eltern wohnen und deshalb als nicht „selbständig“ anzusehen sind. Einem anderen Einspruch wurde stattgegeben; es lag hier wohl eine Steuerrückständigkeit, nicht aber eine Mahnung vor. Ebenso mußte dem Einspruch des Vereinshauses der Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn stattgegeben werden. — Die Wahlzeit zur Gemeindewahl wird auf Anregung des sozialdemokratischen Wahlvereins bis auf abends 8 Uhr ausgedehnt werden. — Im letzten Etat waren 20 000 M. für Bedürfnisanstalten festgesetzt. Es hat sich nun herausgestellt, daß die Bedürfnisanstalt in der Dorfstraße 8632,18 M., das Pflaster in der Ringbahnstraße 5200 M. gekostet haben. Da nun die Abfälle, am Tempelhofer Dafen sowie am Ringbahnhof ebenfalls Pflaster aufzustellen, die je 5000 M. kosten werden, so wurden noch 2583 M. nachbewilligt. — Nach einigen geringfügigen Sachen trat die Sitzung noch in eine Vorbereitung des Voranschlags für das Etatsjahr 1910 ein. Aus dem Entwurf entnehmen wir, daß das Ergebnis im wesentlichen unverändert bleibt. Die Gemeinde hofft, mit den bestehenden Steuern auszukommen. Es sollen wie im Vorjahre 100 Proz. Zuschlag erhoben werden, zumal die Umsatzsteuer 60 000 M. Steuer einbringen dürfte. 40 000 M. Wertzuwachssteuer sollen zur Verbesserung aller Ortsteile verwendet werden. Damit dem Bedürfnis des Ostviertels gedient ist, soll im Etatsjahr u. a. ein Polizeiergant neu angefertigt werden und dort Wohnung nehmen. Für die Rixdorfer Schulen besuchenden Kinder sind 1000 M. eingestellt. Bemerkenswert ist allerdings, daß Polizeiergant 1000 M. mehr, Luftwehrstütze 400 M., Hundesteuer 1200 M., Biersteuer 1500 M. mehr einbringen sollen. Für Baugeschulgebühren sind 10 000 M. und für Sandentnahme 9200 M. eingestellt. Die Schuldenlast Tempelhofer beträgt 3 325 662 M. — Nicht unerwähnt soll bleiben, daß sich diesmal an die Öffentlichkeit eine geheime Sitzung nicht anschloß, eine seit langer Zeit nicht dagewesene Begebenheit.

Zehlendorf (Wannseebahn).

Zehlendorf hat Pech mit seiner Gemeindevertretung. Es will durchaus nicht mehr gelingen, die verschiedenen widerstreitenden Interessen unter einen Hut zu bringen und die Vertreter bei einigemmaßen wichtigen Fragen zu einigen. So werden die notwendigen Angelegenheiten zum Schaden der Gesamtheit ins Ungemessene verschleppt. Das zeigte so recht die letzte Sitzung in einer öffentlichen Sitzung im Dezember war die Vermehrung der Vertretung von 18 auf 24 Vertreter beschlossen worden. In geheimer Sitzung wurde dieser Beschluß Anfang Januar umgehoben und eine Vermehrung nur auf 21 Vertreter beschlossen. Obwohl damals der Gemeindevorstand ganz augenscheinlich dagegen war, hatte er bis zum 8. Februar seine Ansicht geändert, weil durch die Vermehrung um nur 3 Mitglieder, wie sich der Vorsteher ausdrückte, seine Befürchtung auf eine Verbreiterung der Sitzung stark herabgemindert sei. Der Vorstand empfiehlt einen Nachtrag zum Ortstatut zur Annahme, dessen wesentlicher Inhalt in der Festsetzung der Vermehrung der Vertretung, den Zeitpunkt des Inkrafttretens, sowie der Vermehrung der Schöffen auf 6 besteht. Von den Schöffen kann ein Drittel befohlen werden. Hiergegen wandten sich mehrere Vertreter, die der Meinung waren, daß nur ein Schöffe befohlen anzustellen sei, während die Anstellung eines weiteren befohlenen Schöffen nach Bedarf durch die Vertretung beschlossen werden soll. Herr Thornton hatte diese Auffassung zu entsprechenden Anträgen formuliert. Der Vorstand, dem es augenscheinlich darauf ankam, die zwei befohlenen Schöffen zu retten, vertrat mit seinen Getreuen die Meinung, man müsse sich durch die vorgelegene Festlegung freie Hand lassen. Schließlich wurden die Anträge Thornton mit 11 gegen 10 Stimmen bei einer Stimmenthaltung durch Herrn Lange, der sich augenscheinlich über diese wichtige Frage immer noch nicht klar ist, angenommen. Erwähnt sei noch ein Zusammenstoß des Großen Dohna mit Herrn Rientämper. Graf Dohna hatte über die Entwicklung der Angelegenheit einen historischen Rückblick gegeben, der von Herrn Rientämper bemängelt wurde. Der Herr Graf wies Herrn Rientämper aber sofort in die Schranken, indem er es als unerhört bezeichnete, ihm etwas Derartiges zu bieten. Einige verstaute Angriffe wies dann Herr Rientämper zurück, indem er sich verbat, ihm Belegungen erteilen zu wollen; im übrigen müsse er mehr Klarheit fordern. Gegen die Absicht, die zweite Lesung sofort vorzunehmen, wandte sich Herr Rientämper mit der Begründung, daß die Anträge Thornton nicht gedruckt vorgelegt waren. Da mehr als ein Viertel der Vertretung gegen die zweite Lesung stimmte, wurde diese vertagt. Damit ist dieser so wichtige Punkt auf ein totes Gleise geschoben. Herrn Thornton hat also sein Dank an den Gemeindevorsteher, den er glaubte in seinen Ausführungen abhalten zu sollen, nichts genutzt. Einweilen soll am 18. Februar eine besondere Sitzung darüber stattfinden, doch ist sehr zweifelhaft, ob die Angelegenheit noch bis zur Wahl erledigt werden wird.

Dasselbe Ergebnis hatte die Beratung des 2. Punktes, die Frage der Beiträge zur Sanalisation, die erneut aufgerollt wurde. Am 20. Januar 1907 war bereits die erste Beratung in der Subkommission. Seit dieser Zeit ist sie bald in dieser, bald in jener Gestalt in Kommissionen und Vertreteritzungen vorgelegt worden. Jetzt drängt die Angelegenheit. Seit Dezember hatte eine Kommission gearbeitet, um mehr Grundlagen und Ueberständigkeit für die Festsetzung der Höhe der Beiträge zu schaffen. In einer vom Vorstand vorgelegten Vorlage werden nur prinzipiell Beiträge gefordert, es wird aber kein Wort über die Höhe erwähnt. Auch nicht ein Wort darüber, was die Kommission in den langen Monaten gearbeitet hat. Vor acht Tagen ist der Bürgermeister noch von einem Vertreter auf die Vorlegung des Materials hingewiesen worden. Dennoch ist nichts in dieser Richtung geschehen. Man einigte sich dann schließlich dahin, daß in acht Tagen erneut eine Sitzung sich mit der Angelegenheit beschäftigen soll. So ist auch dieser Punkt glücklich wieder beseitigt. Auf wie lange mögen die Götter wissen. Es wurde dann noch die Gründung einer Oberlehrerstelle an der Realschule sowie einer Lehrerstelle an der Gemeindefschule beschlossen. Außerdem wurde mit Rücksicht auf die bevorstehende Gemeindevwahl, wie es scheint, beschlossen, daß vom 1. April 1910 ab die Einkommen von weniger als 600 M. nicht mehr zur Steuer herangezogen werden sollen. Herr Hammer und andere wollten bei dieser Gelegenheit auf Kosten der Gesamtheit wohlthätig sein. Sie regten an, daß der Vorstand eine Vorlage machen soll, wonach die Kriegsteilnehmer, die ein Einkommen unter 1200 M. haben, unter Befreiung ihres Wahlrechts gänzlich von der Steuer zu befreien sind.

Grünau.

Einen außerordentlichen Erfolg brachte der Organisation die am Mittwoch abgehaltene Mitgliederversammlung, zu der besonders die Frauen eingeladen und auch erschienen waren. Nur mit Mühe konnte für alle Erschienenen Platz geschafft werden. Trotzdem wurde dem Vortrag der Genossin Hoche über die Entstehung der Familie mit großer Aufmerksamkeit gefolgt. Am Schluß ihres Vortrages wies Genossin Hoche mit überzeugenden Worten nach, wie wichtig heute für jede Frau die politische und gewerkschaftliche Organisation sei. Das Resultat war, daß sich 13 neue Mitglieder zur Aufnahme meldeten. Somit hat unsere Mitgliederzahl jetzt fast die erien 100 erreicht. Nachdem zur Kreisgeneralversammlung die Genossen Lantow und Jahnner als Delegierte sowie Genosse Kumpke als Ersatzmann gewählt waren, machte Genosse Wähme bekannt, daß die Genossen sich zu der Protestversammlung am

Sonntag, den 13. Februar, pünktlich 1/11 Uhr, im Lokal „Zur grünen Ede“ versammeln, um dann geschlossen nach Adlershof zu marschieren.

Schöneiche (Kreis Teltow).

Ein Kotschrei aus Schöneiche beschäftigt am Freitag die Petitionskommission des Reichstags. Nach einstimmigem Beschlusse einer Anzahl Gemeindevertreter wurde unterm 15. Januar 1910 der Reichstag auf einen schweren Uebelstand aufmerksam gemacht. Zur Erwerbung eines Uebungsplatzes für das Gardetorps ließ der Fiskus seit 1907 verschiedene Grundstückskäufe durch den Kommissionsrat Richter vornehmen; diesen Kaufverträgen entsprechend erfolgten ab Juli 1909 die grundbuchmäßigen Auflassungen. Die Verkaufserlöse sind nun der Ansicht, daß der Reichstag eine Nachtragsforderung zum Kauf der Grundstücke noch nicht genehmigte; es habe dies erst in der Folge zu geschehen. Durch die vorzeitige Auflassung ist aber der Gemeinde Schöneiche die beantragte Wertzuwachssteuer entgangen, die am 21. Mai v. J. beschloffen, aber bis zum 5. Juli, dem Tage der ersten Auflassungen, durch eine behördliche Verzögerung immer noch keine Rechtskraft erlangte. An diesem Tage entgingen durch die Verschleppung der Gemeinde Schöneiche bereits 85 000 M. Wertzuwachssteuer, die mit einer verschärften Umsatzsteuer verbunden gewesen wäre. Die Petition berechnet den Ausfall also: Der Bürgermeister Dr. Wirth in Posen, der für einen anderen Grundstückskauftrieb, verdiente dabei 400 Proz.; die Gemeinde berechnet den Steuerverlust auf rund 50 000 M.; ebenso denjenigen, welchen der Kommissionsrat Leopold Steinthal hätte entrichten müssen, auf 35 000 M. Mit beiden Summen würde die Gemeinde auf lange Zeit ihre Bedürfnisse gedeckt haben; jetzt stünde sie wahrscheinlich vor dem Ruin.

Die Forderung der Petition, daß man der preussischen Regierung für den durch ihre Verzögerung entstandenen Schaden eine Entschädigung auferlegen soll, konnte nicht diskutiert werden, weil nach Ansicht der Petitionskommission der Reichstag nicht zuständig ist.

Der Gemeindevorstand Schöneiche (Kreis Teltow) ließ unterm 20. Januar eine Zuschrift nachfolgen, worin er die Petition nicht als eine einstimmige der Gemeindevertretung erklärte, weil zwei auswärtsige Mitglieder zur Besprechung nicht geladen waren. Es war auch von dem Vorstande der Gemeinde Kallinchen deselben Kreises wegen der Wertzuwachssteuer eine Eingabe an den Reichstag unterm 24. Januar 1910 gemacht worden. Sie wurde aber wieder zurückgezogen gemäß einem Gemeindevertretungsbeschlusse vom 20. Januar, der auch noch besonders vom Landrat des Kreises Teltow dem Reichstag durch eine vom Gemeindevorsteher Schulze aus Kallinchen abgegebene amtliche Protokoll-Erklärung interpretiert wird. Es ist auf einen Artikel der „Staatsbürger-Zeitung“ vom 27. Januar 1910 Bezug genommen, der zum Verfasser den Prediger Stier in Posen habe. Dieser mißte sich in unerträglicher Weise in die Gemeindeangelegenheiten ein und laufe den Leuten seit längerer Zeit das Haus ein, bespreche sogar im Kirchenrat kommunale Angelegenheiten, um seine Ansichten zu verbreiten und für die Wertzuwachssteuer zu agitieren. Er (der Prediger) trage die Schuld, daß in Schöneiche, Kallinchen und Töppin die Wertzuwachssteuer beschloffen wurde.

Der Gemeindevorsteher Schulze spricht dann sein tiefes Bedauern darüber aus, daß er sich zum Vollzug der Eingabe an den Reichstag, worin zum Teil Unrichtigkeiten sind, habe überreden lassen. Die Kreisaußsicht hätten ihn eines Besseren belehrt; er werde die Eingabe gehorhast zurückziehen lassen.

Fosfen.

Stadtvorordnetenversammlung. Zunächst erstattete der Bürgermeister Dr. Wirth den Verwaltungsbericht. Aus diesem sei hervorzuhoben, daß die Einwohnerzahl der Stadt Fosfen um 160 zurückgegangen ist. Die Einwohnerzahl beträgt jetzt 4670. Der Rückgang ist zum großen Teile der Betriebsbeschränkung der Internationalen Schlafloagenfabrik zuzuschreiben. Ferner ist noch bemerkenswert, daß die Lehrerbildungsanstalt der Stadt eine Mehrausgabe von 7200 M. verursacht hat. Zu dem Bericht machte Genosse Wilmann darauf aufmerksam, daß doch der Friedhof städtisches Eigentum sei und man nicht verstehen könne, daß bei Begräbnissen die Kranzträger der Arbeiterchaft auf dem Friedhof aufgefordert werden, die roten Schleifen von den Kränzen zu entfernen. Man sollte doch mit diesen Maßnahmen brechen und Gleichberechtigung walten lassen. Bürgermeister Dr. Wirth erklärte, daß es ein Beschluß des Magistrats sei, der das Tragen von Kränzen mit roten Schleifen auf dem Friedhof verbiete. Genosse Ridgewski ersuchte den Bürgermeister, dahin zu wirken, daß dieser Beschluß baldigt aufgehoben wird. Die Gemeindesteuern betragen für das Rechnungsjahr 1910 wieder 160 Proz. Abdann wurde beschloffen, daß die Gasanstalts-

betriebsgesellschaft eine Bürgschaft in Höhe von 10 000 M., anstatt in Wechseln in Bürgschaftspapieren der Berliner Handelsgesellschaft zu hinterlegen hat. Unsere Genossen enthielten sich der Stimme. Hierauf wurden der Feuerwehr 2000 M. zur Anschaffung eines Veräwagens und anderer Ausrüstungsgegenstände bewilligt. Die Einführung einer Schankkonzessionssteuer wurde nach längerer Debatte gegen 2 Stimmen angenommen. Die Abgaben richteten sich nach der Veranlagung der Gewerbesteuer und betragen in der niedrigsten Klasse 300 und in der höchsten 2000 M. Ablösminge von Schankkonzessionsinhabern und Witwen sind von der Steuer befreit. Troß längerer Ausführungen des Genossen Ridgewski gegen die Steuer waren die Bürgerlichen nicht zu überzeugen. Herr Weege trat mit aller Kraft für die Schankkonzession ein; er bemerkte, man soll unbeschränkt Konzessionen erteilen, da ja auch andere Geschäftskente nicht durch Konzessionen geschützt seien. Die Steuer sei sehr „gerecht“ und werde von den Interessenten gern bezahlt. Ferner wurde beschloffen, die Steigerleitungen zum Befördern von Gas auf das Baukonto der Gasanstalt zu nehmen, wogu sich die Gesellschaft bereit erklärt hat. Es werden circa 8000 M. erforderlich sein.

Gerichts-Zeitung.

Schwere sittliche Verfehlungen eines Vormunds

gegen seine jugendlichen Pflegebefohlenen lagen einer Anklage wegen Verbrechen gegen die §§ 176, 175 und wegen Untreue zugrunde, welche gestern in mehrtägiger Sitzung vor der 2. Strafkammer des Landgerichts I hinter verschlossenen Türen verhandelt wurde. Angeklagt war der 23jährige Zeichner Adolf Bourget. Die Verhandlung entrollte ein sehr trübes Sittenbild. Der im Landsberger-Tor-Viertel wohnhafte Angeklagte war im Jahre 1904 zum Vormund des noch nicht 14 Jahre alten Sohnes Willi des verstorbenen Regierungsrates B. eingesetzt worden. Durch sein Ründel lernte er auch dessen Brüder Bodo und Armin B. kennen. Wie die Anklage behauptet, soll der Angeklagte schon im Jahre 1904 die drei Knaben, die jetzt Schlosser bzw. Friseurgehilfen sind, in der schwersten Weise zu unsittlichen Zweden mißbraucht haben. Das schändliche Treiben des Wüßlings kam erst jetzt durch einen Zufall zur Entdeckung. Wie sich zugleich herausstellte, hatte sich Bourget auch einer Untreue gegen einen Pflegebefohlenen schuldig gemacht. — Das Gericht erkannte auf nur 1 Jahr und 6 Monate Gefängnis.

Das Schicksal der Loie Fuller-Truppe

spielte in eine Verhandlung hinein, mit der sich gestern in der Berufungsinstantz die 6. Strafkammer des Landgerichts I zu beschäftigen hatte. Angeklagt wegen versuchter Nötigung und Verleumdung war der Pensionatsinhaber Eugen Reinhardt. Das Schöffengericht hatte den Angeklagten, wie seinerzeit mitgeteilt, wegen versuchter Nötigung zu 50 M. Geldstrafe verurteilt, und zwar auf Grund folgenden Sachverhalts: Anfang vorigen Jahres war die bekannte Tänzerin Loie Fuller mit ihrer aus sechs Tänzerinnen bestehenden Tanztruppe in einem hiesigen Theater aufgetreten. Während sie selbst in einem vornehmen Hotel Wohnung nahm, brachte sie ihre Schülerinnen in dem Pensionat des Angeklagten in der Marienstrasse unter, wobei sie es vergaß, die nicht unerhebliche Rechnung zu begleichen. Der Angeklagte glaubte ein Recht dazu zu haben, sich an den Kostümern der bei ihm wohnhaften Tänzerinnen schadlos halten zu können und behielt nicht nur diese, sondern auch noch die Kleidungsstücke und selbst die Leibwäsche der Tänzerinnen zurück. Die sechs zum Teil noch sehr jugendlichen Mädchen gerieten dadurch in die größte Verlegenheit. Es wurde ihnen vom Gericht der Rechtsanwalt Dr. Ahmann als Pfleger bestellt, der eine einstweilige Verfügung erwirkte, in welcher A. zur Herausgabe der Sachen aufgefordert wurde, da nicht die sechs Tänzerinnen, sondern Miß Fuller als eigentliche Schuldnerin in Frage kam. Da sich der Angeklagte trotz des Gerichtsbeschlusses weigerte, die Sachen herauszugeben, wurden diese gewaltsam durch einen Gerichtsvollzieher abgeholt. Rechtsanwalt Dr. Ahmann erhielt später seine dem Angeklagten zugestellte Kostenrechnung mit einem in höhnischem Tone gehaltenen Brief von A. zurück. Ferner teilte letzterer dem Vorkaufsstellen Pflanz telefonisch mit, daß er den Angestellten des Dr. A., wenn sie sich nochmals bei ihm sehen lassen würden, das Genid brechen werde. — Die Berufungskammer erkannte auf die Verurteilung der Staatsanwaltschaft wegen versuchter Nötigung und Verleumdung auf 60 M. Geldstrafe, während die Verurteilung des Angeklagten verworfen wurde.

Militärkriminalische Unterschleife vor dem Kriegsgericht.

Der große Versteckungsprozeß, der am Dienstag vor acht Tagen vor dem Kriegsgericht der 1. Gardebrigade begann, hat jetzt sein Ende gefunden. Freitag vormittag wurde durch den Verhandlungsleiter, Kriegsgerichtsrat Ullmann,

Das Urteil
über die sieben Angeklagten verkündet: Wachtmeister Karstoft wurde wegen Beihilfe zum Diebstahl zu 1 1/2 Jahr Gefängnis verurteilt, die Angeklagten Mayer, Bahl und Müller wegen militärischen Diebstahls zu je 1 1/2 Jahr Gefängnis und Degradation sowie Verfehlung in die 2. Klasse des Soldatenstandes. Arusafek erhielt 1 Jahr und 3 Monate Gefängnis. Wachtmeister Nautenberg wurde freigesprochen. Drei Monate Untersuchungshaft wurden für verbißt erachtet.

Eingegangene Druckschriften.

- Motorluftschiffe und Flugmaschinen. Von Oberleutnant a. D. R. Solff. (Bd. 137 Bücher des Wissens.) 50 Pf. S. Hügel, Berlin W. 9.
- Neuzeitliches System nebst kritischer Analyse des Wertes „Mein System“ von H. H. Müller. Himmergummital von Dr. M. J. Salomon. 1,80 M. Priber u. Lommers, Berlin W. 8.
- Der hohle Lumpenkrum. Roman von Amemarie von Katschus. Berlin, Otto Jante. 4 M., geb. 5 M.
- Zeitschrift für Sozialwissenschaft. Heft 2. Begründet von Dr. A. Hoff. Fortgesetzt von Dr. L. Pohle. Vierteljahr 5 M. Monatlich ein Heft, 12 Hefte ein Band. H. Deichert (S. Böhm), Leipzig.
- Jahresbericht und Bericht über die Lohnbewegung und Ausdehnung 1909 des Verbandes der hausgewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. Zweigverein Hamburg und Umgegend. Bearbeitet von E. Hoffmeier. 198 Seiten. Verlag: Ortsverwaltung Hamburg.
- Notwendigkeit, Erfolge und Ziele der technischen Unfallverhütung. Von Dr. Ing. E. Barton. 3 M. H. Trotschel, Gr.-Lichterfelde.
- Welt-Geschichte. Heft 71-77. Herausgegeben von Professor Dr. J. v. Flügel-Hartung. 80 Lieferungen a 60 Pf. Witten u. Co., Berlin.
- Leopold Graf von Kalckreuth. Eine Kunstausgabe. Mit einem Geleitwort von Trost. Verlag Jol. Scholz in Mainz. 1 M.
- Sternenbächlein 1910. Von H. Henjeling. 91 Seiten. Französischer Verlagshandlung, Stuttgart.
- Kunst und Künstler. Heft 5. 2,50 M. Monatschrift für bildende Kunst und Kunstgewerbe. S. Cassirer, Berlin, Durlingerstr. 16.
- Der Tropenpflanzer. (Nr. 2). Herausgegeben von D. Warburg und F. Wöhlmann. Erscheint monatlich. Jährlich 12 M. Berlin, Unter den Linden 43.
- Die Milchpreiserhöhungen und die Milchversorgung der Stadt Wien. Von Prof. Ing. D. Stadler. 40 Seiten. Bräuer Sulzgrün, Wien.
- Wahnwünige als Herrscher und Führer des Volkes. Von Professor S. N. Kowalewsky. Aus dem Russischen überetzt von B. Hensel. 8 M. „Kerytische Rundschau“, D. Smellin, München.
- Naturalismus. Natürliche Weltanschauung gegenüber christlichem Idealismus. 40 Pf. Verlag Karl Ruskat, Basel, Friedr. str. 4.
- Die Nierenkrankheiten und die Erkrankungen der Blase. Von M. Fleming. 2 M. Verlag „Reform“, S. Müller, Stuttgart.
- Die Keilame. Eine Untersuchung über Anfindungswesen und Berberkeit im Geschäftsleben von Dr. S. Rataja. 1 M. Dunder u. Humblot, Leipzig.
- Was ein Mann von 45 wissen muß. Von S. Stall. 3 M., geb. 3,75 M. S. Witt, Berlin W. 35.
- Deutsches Wörterbuch. Von Fr. L. A. Weigand. Lieferung 9, vollständig in zwölf Lieferungen 10 M. A. Löpeltmann (S. Rider), Gießen.
- Eine Pflanze am Krankenbett. Samariter-Vertrieb und Einführung in die Krankenpflege von Dr. S. Jitel. 2,50 M. Schweizer u. Co., Berlin NW. 87.
- An amazing revolution and after (Eine überraschende Revolution und ihre Folgen). Von George Allen u. Schme, London. 165 Seiten. 2/6 Schilling.
- Der Jar und die auswärtige Politik. Von Wladimir Buzkow. 90 Seiten. E. Fromme, Berlin, Löhovstr. 2.
- Der kaiserliche Steinbruch. Von E. Kappstein. 67 Seiten. S. Cassirer, Berlin.
- Der Kolonial-Interessent. Ratschläge von S. Kowtow. 1 M. Deutscher Kolonialverlag (S. Reinecke), Berlin W. 30.

Kunstlicher Marktbericht der kaiserlichen Reichsbahn-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Marktblasen. Marktfrage: Fleisch: Zufuhr reichlich, Geschäft ruhig, Preise unverändert. **Wid:** Zufuhr knapp, Geschäft lebhaft, Preise hoch. **Woll:** Zufuhr reichlich, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise schwankend. **Fische:** Zufuhr etwas reichlicher, Geschäft lebhaft, Preise im allgemeinen hoch. **Butter und Käse:** Geschäft ruhig, Preise unverändert. **Gemüse, Obst und Gebäck:** Zufuhr reichlich, Geschäft reger, Preise wenig verändert.

Witterungsüberblick vom 11. Februar 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenlage	Bevorz.	Temp. u. d. G. u. d. N.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenlage	Bevorz.	Temp. u. d. G. u. d. N.
Schwetzingen	769	SSW	3 bedekt	-1		Karlsruhe	756	SSW	6 bedekt	-6	
Hamburg	766	SSW	3 bedekt	1		Leipzig	770	SHN	bedekt	-5	
Berlin	769	SSW	2 wolken	-2		Stettin	766	SSW	4 wolken	3	
Frankfurt	769	SSW	3 bedekt	0		Aberdeen	754	SSW	1 bedekt	8	
München	773	SSW	3 halb bb.	-8		Wien	769	S	2 bedekt	2	
Wien	770	SSW	2 bedekt	-1							

Wetterprognose für Sonnabend, den 12. Februar 1910.
Etwas wärmer, veränderlich, vorwiegend wolfig mit geringen Niederschlägen und ziemlich lebhaften südwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

BERLIN O. Gr. Frankfurter Str. 126 Eckhaus Koppen-Strasse

S. WEISSENBERG

BERLIN O. Gr. Frankfurter Str. 126 Eckhaus Koppen-Strasse

Zur Einsegnung

Schwarze und weiße Kleider- und Seidenstoffe:

Cheviot- und Diagonalstoffe reine Wolle . . . Meter M. 0.85, 1.25	Ein Posten reinsiedener Damassés Meter M. 1.25, 1.65
Alpakas, glatt und gemustert 90/120 cm breit . . . Meter M. 0.90, 1.25	Taffet und Taffet-Mousseline, reine Seide . . . Meter M. 0.95, 1.35
Kammgarnstoffe u. Satintuche, reine Wolle . . . Meter M. 1.25, 1.65	Louisine und Messaline, reine Seide . . . Meter M. 1.45, 1.75
Wollbatist und Kaschmirstoffe, reine Wolle . . . Meter M. 1.—, 1.25	Merveilleux, reine Seide . . . Meter M. 1.10, 1.35

Große Auswahl in fertigen Einsegnungskleidern aus glatten reinwollenen Stoffen u. moderner Ausführung mit reicher Garnierung, Stück 14.50, 18.50, 22.50

Zu Prüfungskleidern:

Ein Posten reinwollener Diagonales, Crepes und Cheviots in den neuesten Farben Meter	1.00, 1.25
Einfarbige Lastings und Satintuche in schönen modernen Farben Meter	1.25, 1.50, 2.00
Gemusterte und glatte Kammgarnstoffe in sparten Farben	Meter 1.50, 2.00
Fantasiestoffe, moderne Ausführung in gestreift und kariert	Meter 1.75, 2.50
Schwarze Blusen in den modernsten Macharten in Seide, Wolle, Alpaka und Satin	Stück 2.65, 3.50, 5.00 bis 10.50
Schwarze u. farbige Kostümröcke in den neuesten Macharten u. Stoffen	St. 3.75, 6.50, 8.50, 13.50 b. 20.00
Weißer Stickerei- u. Anstandsrocke in großer Auswahl	Stück 2.00, 2.50, 3.50 bis 5.00
Schwarze und farbige Unterröcke in den neuesten Macharten und Stoffen	Stück 3.75, 4.50, 6.50 bis 8.50

Kottkes Drogerie, Baumschulenweg, empf. ihre Spezialitäten sowie sämtl. Artikel zur Krankenpflege.

Zigarren, Zigaretten
Gustav Adler, Insterburger Straße 1.

◆ Großer Frühstück-, Mittag- und Abendtisch. ◆
Mittag mit Bier 60 Pf., abends à la carte in reicher Ausw. zu sol. Preisen. (Fr. Fremdenlogis a. Zeit 40 Pf. 2 Vereinszimmer (20 u. 60 Pers.) Teleph. Amt IV 2306.

H. Stramm Ritterstraße Nr. 123.

Papke's Gesellschaftshaus, Weißensee, Rölkestraße 20, Tel. Weihensee 218, empfiel als Paradieseigenschaft seinen Saal und Garten. Jeden Sonntag: Tanz-Réunion. 1882

Hermann Papke.

HERREN KNABEN KLEIDUNG

S. LEVY, CHARLOTTENBURG, SCHARRENSTR. 36.

Herren-, Damen-, Kinderwäsche
eigenes Fabrikat.

Margarete Dietrich
Berlin O.,
Mirbachstr. 25,
Eingang Samariterstraße.